
BERLIN, MÄRZ 1936 · III. JAHRGANG 3. FOLGE

PREIS 15 RPF.

DER SCHULUNGSBRIEF



HAUPTSCHULUNGSAMT DER NSDAP UND DER DEUTSCHEN ARBEITSFRONT

Die beiden Funkzeitschriften der Bewegung!



bringt:

- Spezialausgaben für alle Reichssender
- Das vollständige und ungekürzte Programm aller deutschen Reichssender
- Sendefolgen von 60 wichtigen Auslandssendern
- Aktuelle Berichterstattung
- 16 Tiefdruckseiten mit spannenden und interessanten Bildern
- Gute Romane, viel Unterhaltung, Rätsel- und Bastler-Ecken
- Sehr viel Humor und immer Kurt Balkies Karikaturen

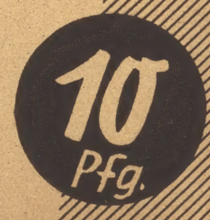
20 Pfg.

Einzelheft 20 Pfennig monatl. Bezugspreis 80 Pfennig (außerhalb Groß-Berlins zuzüglich Zustellgebühr)



die neue Zeitungsausgabe des „NS-Funk", bringt:

- Das Programm aller Reichssender
- Wichtige Sendefolgen von 30 Auslandssendern
- Gute Bilder
- Viel Unterhaltung
- Viel Humor
- Rätsel
- Manches Wichtige für den Bastler



Einzelheft 10 Pfennig, monatlicher Bezugspreis 35 Pfennig (außerhalb Groß-Berlins zuzüglich Zustellgebühr)

Jeden Freitag neu!



BERLIN, MÄRZ 1936 · III. JAHRG. · 3. FOLGE

Der Schulungsbrief

Hauptſchulungsamt der NSDAP. und der DAF.

Aus dem Inhalt:

Horst von Metzsch: **Gerhard David Scharnhorst**

Waffendienst als Ehrenpflicht

Als 1919 das Diktat von Versailles, dem der Tilsiter Frieden von 1807 zum Vorbild gedient hatte, uns die allgemeine Wehrpflicht verbot, wäre natürlich gewesen, sich des großen Niedersachsen zu erinnern, der sie 1813 aufgerichtet hat, um Preußen vom Feinde zu säubern. Statt dessen wurden Stimmen laut, welche das Ehrenrecht jedes Deutschen, mit einer Waffe ausgebildet zu werden, als überholt und gestrig bezeichneten. Auch die Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht hatten recht viel an den militärischen Einzelmaßnahmen Scharnhorsts auszusetzen, von denen allerdings manche, weil sie vor hundert Jahren zeitbedingt gewesen waren, mit Recht nicht mehr brauchbar schienen. Darüber wurde die großartige Einfachheit des Scharnhorstgedankens vergessen. Darüber verblaßte auch heute noch zuweilen die Übereinstimmung, die den Wehrzielen sowohl David Scharnhorsts als Adolf Hitlers anhaftet.

Es wird daher im nachfolgenden versucht, aus dem dicken wehrliterarischen Knäuel, von dem der Kerngedanke Scharnhorsts umwickelt ist, den richtunggebenden Leitfaden herauszulösen, den die Nation braucht, um die Geradlinigkeit zu verstehen, mit der unser Führer am 16. März 1935 fortsetzte, was Scharnhorst am gleichen Tage des Jahres 1813 in den Grenzen des Möglichen vollendet hatte. Dazu muß man allerdings die fachmilitärischen Einzelwege auf sich beruhen lassen. Sie waren oft recht kraus und vielverschlungen, auch Fehlwege sind darunter, und kaum einer erreichte zu Lebzeiten des großen Organisators ein voll befriedigendes Ziel. Aber das wesentliche des schöpferisch Neuen, nämlich die Ergänzung des militärischen Instrumentes durch die wehrpolitisch anteilhabende und anteilnehmende Nation, das wurde durch Scharnhorst erreicht, und auf diese Erkenntnis kommt es heute an.

Gewiß hat der Scharnhorstgedanke, daß jeder zur Verteidigung seines Vaterlandes geboren sei, Vorläufer gehabt. Dem Kantonreglement des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. oder den ersten Massenaufgeboten der französischen Revolution lagen ähnliche Gedanken zugrunde. Allein, zu Zeiten des preußischen Kanton-Gesetzes war von einer verstehenden Anteilnahme der Nation noch gar keine Rede, und der Rausch der lévée en masse, die schon Carnot einst als Hirngespinst gebrandmarkt hatte und die erst recht für das nachfriderizianische Preußen unbrauchbar war, wich in Frankreich rasch jener verhaßten Zwangsaushebung (conscription), die sofort wieder fiel, als der napoleonische Imperator fiel.

Es kam also für Scharnhorst darauf an, nicht einen nur gesetzmäßigen Zwang, sondern eine gesinnungsmäßige Verpflichtung zu schaffen, und dazu mußte zunächst einmal das ganze Gerümpel politischer Hemmungen beiseitegeschoben werden, das einem allgemeinen Drang der Nation zum Waffendienste hindernd im Wege stand. Der ständisch gebundene Staat mußte aufgelockert werden, um die Armee zu festigen. Das tat Stein. Die freiwillige Einsatzbereitschaft des Volkes aller Stände mußte geweckt werden, um den „Kriegsstaat" zu schaffen. Das tat Scharnhorst.

Freilich erkannte der große Soldat sehr wohl, daß die militärische Vervollkommnung der Armee in sich fachlich nur als gezügelte Reform von oben her betrieben werden und nicht als ungezügelte Revolution gelingen konnte. Diese hatte in Frankreich militärisch dahin geführt, daß nach sechs Jahren Krieg

nahezu alles wieder verloren war, was die Sansculottenhaufen überrannt hatten. Mit der preußischen Wehrreform erreichte dagegen Scharnhorst, daß, so revolutionierend seine Ideen auch waren, die neugeschaffene Armee ihren ersten Zusammenstoß mit dem Feinde am 2. Mai 1813 bei Groß-Görschen in Ehren bestand. Der einzige zuverlässige Prüfstein, den militärische Arbeit hat, nämlich die Bewährung am Feinde, bewegte den unbestechlichen Wirklichkeitssinn des Erneuerers, der Jena erlebt hatte, unausgesetzt. Zu diesem Zwecke hat er als Vorsitzender der Militär-Reorganisationskommission die alten Armeereste scharf gesiebt und gesäubert. Er hat dabei sein ganzes geistiges und soldatisches Ansehen zugunsten der beruflichen und charakterlichen Hebung des Offizierkorps in die Waagschale geworfen. Er hat die Vorrechte des Geburtsadels in der Armee beseitigt und die Bahn freigemacht für ein Offizierkorps, dessen Auslese im Frieden auf geistigem und seelischem Adel, im Kriege außerdem auf Tüchtigkeit und Tapferkeit vor dem Feinde beruhte.

Über die Grenzen dieser beruflichen Arbeit hinaus suchte der staatsmännische Sinn Scharnhorsts unaufhörlich nach den schlummernden Wehrkräften im gesamten Volke. Die Nation sollte zum Nährboden der Armee gemacht werden. Aus diesem einen Gedanken heraus erhob er die Wehrpflicht zu einem Ehrenrecht, von dem kein Stand und kein Besitz befreien dürfe. Aus derselben Überlegung durfte es niemandem mehr erlaubt sein, den Soldaten so gering zu achten wie das üblich geworden war.

Um diesen gewaltigen wehrpolitischen Umbruch, um die Wandlung des militärisch unzulänglichen Ständestaates zum wehrpolitisch geleiteten Volksaufstand, pflegen in den meisten Scharnhorstbiographien viel schöne Zitate zu schwirren, durch die sich mancher heutige Volksgenosse des Scharnhorst-Studiums enthoben glaubt. Wichtiger als begeisternde Worte ist aber an der Scharnhorstzeit die Tatsache, daß sich damals ein großer Soldat von zähester Beharrlichkeit, unbestechlichem Charakter und unzerstörbarer Zuversicht mit wenigen Getreuen durchbohrte durch ein Dickicht von Widerständen, unter denen weder der Monarch noch die Masse fehlte, zu schweigen von Napoleon und seinen Schergen. Nicht einmal die packende Gegenüberstellung, daß Scharnhorst die 22000 Mann, mit denen Preußen auf seinen militärischen Tiefstand gelangt war, bis 1813 auf 280000 brachte, trifft die Scharnhorstgröße im Kern. Sie lag vielmehr darin, daß die Vervierzehnfachung der Armee verankert war im Volke bis in das letzte Dorf, und daß dieses Volk nun einen Armee-Rahmen vor sich aufgerichtet sah, in dem sich „alle moralischen und physischen Kräfte aller Staatsbürger" vereinigen und betätigen konnten.

Es ist richtig, daß dieser Rahmen voller militärischer Mängel war. Scharnhorst hat daher mit aller ordentlichen Willenskraft daraufhingearbeitet, abseits der Organisation im großen, das Fachkönnen der Armee, insbesondere des Offizierkorps zu heben. Aber niemals ist sein Wirklichkeitssinn irre geworden an der damals durchaus neuen Auffassung, daß die Armee, der Staat und die Nation so innig als irgend möglich zu vereinigen seien, „gleichsam ein Bündnis zu schließen hätten", um die Freiheit des Vaterlandes zu erkämpfen. Darum die starke Betonung der Wehrpflicht als eines Ehrenrechtes für alle! Darum die sorgfältige Pflege und Auslese des Offizierkorps als eines Führertums von allen! Darum die Aufrichtung der Armee als einer Institution, getragen und gefördert durch alle!

Darum besteht aber auch das Blücherwort zu Recht, daß man schlechthin alle Erfolge des Befreiungskampfes Scharnhorst verdanke. Er hat sie nicht erlebt. Aber er hat für sie gelebt bis an sein Ende.

*

Nach dem Gesagten könnte es scheinen, als habe Adolf Hitler das Scharnhorsterbe nur wieder ausgegraben, ohne ihm neues, eigenes Gedankengut einzufügen. Dem ist zu widersprechen.

Wenn es zu Scharnhorsts Zeiten geboten war, die allgemeine Wehrpflicht als einen Gegensatz zum veralteten Ständestaat zu begreifen, — im heutigen, dem Dritten Reiche, ist es erst recht nötig, den 16. März 1935 ganz anders zu sehen als den 16. März 1813, das heißt: den „Aufruf an mein Volk", durch den das Werk Scharnhorsts in Breslau seine königliche Bestätigung fand. Der Ernst unserer Tage erlaubt keine billige Parallele zu jenem unvergeßlichen Tage der preußischen Geschichte. Denn, trotz

aller genialen Vorsorge Scharnhorsts war damals nur eine großartige Improvisation, eine nur behelfsmäßige Notwehr, wenn auch ganz großen Stiles geschaffen. Sie hat zwar genügt, um den Korsen zu stürzen. Die allgemeine Wehrpflicht hat auch das größere Preußen von 1815 wesentlich gefestigt. Sie ist auch bis in den Weltkrieg hinein eine unvergleichliche, durch nichts anderes zu ersetzende Volkserziehungsschule gewesen. Aber sie hat nicht genügt, um die innere Anteilnahme der Nation am Scharnhorstgedanken zu erhalten. Gerade die Leichtigkeit und der Glanz der militärischen Erfolge von 1864, 1866 und 1870/71 sind es gewesen, die — neben ganz anderen Ursachen — dazu beitrugen, das wehrpolitische Pflichtgefühl in der Führung des Volkes zu lähmen, statt zu beleben. So traten wir 1914 in den Weltkrieg ein als eine Nation, die ihrem größten wehrpolitischen Vorkämpfer Scharnhorst untreu geworden war.

Die Schwere des großen Ringens, das 1914 begann, hat dann noch einmal eine kriegerische Improvisation erzeugt, welcher die Geschichte ihre Bewunderung ebenfalls nicht versagen wird. Aber wiederum hat die innere wehrpolitische Anteilnahme, die Scharnhorst forderte, nicht hingereicht, um den Krieg aufrecht zu beenden. Sie hat noch weniger genügt, um die Wiederaufrichtung nach dem Zusammenbruch von 1918 erfolgreich durchzuführen. Erst Adolf Hitler hat die Voraussetzung zur wehrfreudigen Hingabe, nämlich die geeinte und innerlich anteilnehmende Nation, geschaffen. Insofern stimmen der Führer und Scharnhorst für immer überein.

Sie unterscheiden sich aber scharf und klar dadurch, daß Scharnhorst den alten Ständestaat bekämpfen mußte, um ihm ein wehrbrauchbares militärisches Instrument zu schaffen, während Adolf Hitler eine wehrfreudige Nation und einen wehrbrauchbaren Staat als Instrumente schuf, um die militärische Teilkraft nicht wieder vereinsamt einem hoffnungslosen Kampfe auszusetzen, wie das im Weltkriege um so mehr geschah, je länger er dauerte. Die Wehr*macht* kann also nicht mehr, wie es Scharnhorst als ein Kind seiner Zeit (es war die Zeit der militärischen Kriege), ganz naturgemäß wollte, „die Vereinigung aller moralischen und physischen Kräfte aller Staatsbürger" sein. Heute ist es die gesamte personelle, materielle und ideelle Wehr*kraft* der Nation, die allein dem unvergänglichen Scharnhorsterbe gerecht zu werden vermag.



Gerhard Johann David Scharnhorst, geb. 12. November 1755 zu Bordenau, Königreich Hannover. Sohn eines Bauern.

1773 Eintritt in die vortreffliche Kriegsschule auf dem Wilhelmstein.

1778—1782 Leiter der Regimentsschule des Dragoner-Regiments von Estorff.

1782—1793 Lehrer an der Artillerieschule in Hannover.

1793—1795 Batterieführer in dem hannoverischen Korps, das an den niederländischen Feldzügen gegen Frankreich teilnahm. Zweimal greift Sch. entscheidend in die Gefechtsführung ein.

1796 wird Scharnhorst daher Chef des Generalstabes der hannoverischen Armee.

1801 tritt er als Artillerist in die preußische Armee über, wo man ihn schon 1797 begehrt hatte. Kurz darauf gründete er die „Militärische Gesellschaft" in Berlin und wird Direktor der Akademie für Offiziere.

1806 war er zwar Generalstabschef des Herzogs von Braunschweig, wurde aber bei Auerstedt ausgeschaltet, schließlich verwundet und geriet bei Lübeck in Gefangenschaft. Ausgetauscht verhindert er bei Preußisch-Eylau eine Napoleon günstige Entscheidung.

1808 ernannte ihn der König zum Vortragenden Generaladjutanten und zum Chef des Allgemeinen Kriegsdepartements, das heißt damals in praxi zum Kriegsminister.

1810 mußte er auf Napoleons Verlangen dieses Amt aufgeben, arbeitet aber geheim weiter.

Anfang 1813 beauftragte der König ihn mit der Leitung aller Rüstungen. Am 2. Mai 1813 wurde er bei Groß-Görschen verwundet; übernahm dessenungeachtet, die weltentscheidende Mission, Österreich als Bundesgenossen zu gewinnen, starb aber am 28. Juni 1813 in Prag an der Vernachlässigung seiner Wunde.

Neben dieser skizzierten Laufbahn steht eine fortlaufende schriftstellerische Arbeit, die fast allen militärischen Einzelgebieten galt, aber deren wichtigste Erkenntnis war, daß die Quelle des Unglücks von 1806/07 tief mit den innenpolitischen Verhältnissen Preußens verwebt sein müsse.



SCHARNHORST



Von 13000000
unserer Soldaten und Offiziere
sind gefallen 1903801
wurden verwundet 4200000
von hundert Soldaten fielen 14
von hundert aktiven Offizieren 39
Der Staat versorgt:
Kriegsbeschädigte 804000
Kriegerwitwen 359000
Kriegerwaisen 136000
Kriegereltern 176000
DIE FAHNE HOCH!



Männer und Sippen starben im feldgrauen Ring vor den deutschen Grenzen. Der Besitz aber feierte Orgien feiler Gier, bis sich zum Schieber noch der Deserteur gesellte. In den Kot sank, was mehr ist als der Tod, die Fahne mit den Farben der Reinheit, des Blutes und der Härte. Als Niedertracht und Neid den Tatenruhm der Toten verrieten, bestimmte die ewig gerechte Vorsehung diesem Reich das verdiente Ende. Vergessen ruhte bestes Blut in fremdem Boden, bis eine kleine Kameradschaft Überlebender die Front der Treue im Volke neu formierte und mit waffenlosem Willen dem neuen Reich die reinen Farben wiedergab. Aus dem Ruhm des einzelnen wurde der Ruhm der Gemeinschaft. Der grauen und braunen Toten Tatenruhm fand seine höchste Form im neuen Heer des jungen Reiches. Ein Jahr schon läßt es jene Jugend waffenfähig werden, die, mit dem stärksten Waffeneid der deutschen Geschichte der Fahne verpflichtet, durch eigene Tat ihre Treue bekunden will, zu dem, was uns der Führer unvergeßlich eingeprägt hat mit den Worten: „Mögen Jahrtausende vergehen, so wird man nie von Heldentum reden und sagen dürfen, ohne des deutschen Heeres im Weltkriege zu gedenken. Dann wird aus dem Schleier der Vergangenheit heraus die eiserne Front des grauen Stahlhelms sichtbar werden, nicht wanken und nicht weichen, ein Mahnmal der Unsterblichkeit. Solange aber Deutsche leben, werden sie bedenken, daß dies einst Söhne ihres Volkes waren.“

5

Dr. M. Frauendorfer

Schulung und Führernachwuchs

Den Nationalsozialismus kann man nicht erlernen. Diese Tatsache zeigt sofort die Grenzen der Wirksamkeit der weltanschaulich-politischen Schulung auf und ist geeignet, den Weg erkennen zu lassen, auf dem das Ziel dieser Tätigkeit der Partei erreichbar ist. So gewiß aber zwischen Kunst und Politik die Gemeinsamkeit besteht, daß der eine mit zwanzig Jahren ein vollendeter Künstler sein kann und der andere mit sechzig Jahren nur ein wohlausgebildeter Dilettant, so wenig kann diese Tatsache uns von der Pflicht befreien, überhaupt Schulungsarbeit zu leisten. Es kommt nur darauf an, diese Arbeit in der Art und Weise vorzunehmen, daß, den einmal gegebenen Tatsachen entsprechend, ein positives Ergebnis erzielt wird. Neben der Eignung der Lehrkräfte und der Güte des Lehrstoffes, hängt nun das Ergebnis jeder Arbeit vor allem von der Art derjenigen ab, die erzogen und geschult werden sollen, und ihre Auslese und Bereitstellung ist entschieden das schwierigste der drei Probleme. Auch die beste Erziehungsarbeit und vollendetste Ausbildung muß dann wirkungslos bleiben, wenn ihr Objekt nicht von Natur aus geeignet ist, zu dem zu werden, wozu es gebildet werden soll. Ebenso wie eine Kriegsschule trotz hervorragendster Lehrer und richtigster Erkenntnisse niemals gute Offiziere aus Menschen machen könnte, denen nicht der echte soldatische Geist angeboren ist, genau so wenig könnte eine politisch-weltanschauliche Erziehungsarbeit aus geborenen Materialisten oder Spießern politische Führer der Nation gestalten.

So ist die Erfüllung der Aufgabe, einen politischen Führernachwuchs fortlaufend und für alle Zeiten dem deutschen Volk zu sichern, naturnotwendig nicht etwa nur Angelegenheit einer Organisation oder Dienststelle, sondern der gesamten Partei. Denn der Wert derjenigen Menschen, die der Ausbildung zugeführt werden können, hängt ab von der Anziehungskraft, die die Bewegung gerade auf jene ausübt, die ihrem Charakter und ihrer Fähigkeit nach zur politischen Führung berufen sind. Daß diese Anziehungskraft auf die charaktervollsten und politisch fähigsten Menschen jeder Generation größer ist als die irgendeiner anderen Betätigungsform oder Einrichtung im Rahmen der Nation, ist daher für die Partei als Trägerin der Weltanschauung zwingende Lebensnotwendigkeit. Denn nur diese stärkere Anziehungskraft sichert der Bewegung für alle Zukunft jenes überlegene Maß von Charakter, Fähigkeiten und Willensstärke, das die Voraussetzung bildet für das tatsächliche Vorhandensein und Wirken als politischer Führerorden. Wenn dabei neben selbstverständlicher charakterlicher Sauberkeit und politischem Fingerspitzengefühl auch ein möglichst hohes Maß fachlichen Könnens gefordert werden muß, so deshalb, weil erst Fachkenntnisse und weltanschauliche Sicherheit ein Ganzes ergeben.

Jede Einrichtung dieser Welt wirkt an sich schon als Appell gerade an diejenigen, deren Wesen diese Einrichtung entspricht. Sorge der Partei aber muß es sein, daß der kämpferische Mensch sich zu allererst und zu allen Zeiten zu ihr hingezogen fühlt. Das aber wird solange der Fall sein, als die Bewegung unzweifelhaft auch eine kämpfende Bewegung bleibt und selbst jeden Anschein, daß sie ihre Aufgabe bereits restlos erfüllt habe und damit logischerweise überflüssig geworden sei, zu vermeiden weiß. Daß diese Forderung und Voraussetzung zu allen Zeiten von der Partei erfüllt werden kann, wird uns dann klar, wenn wir überlegen, daß die gewaltige Aufgabe der kommenden Zeiten darin besteht, die für die Grundsätze des Nationalsozialismus erkämpfte Anerkennung immer mehr auch zu ihrer selbstverständlichen Anwendung und Verwirklichung im Leben des einzelnen und der Gesamtheit werden zu lassen.

Die Erfüllung dieser Forderung aber bedingt härtesten Kampf und volles Einsetzen der Bewegung und gewährleistet damit die dauernde Gewinnung jener Menschen, die die Partei allein zu politischen Führern der Nation gestalten kann: der Kämpfer für ein Ideal.

Dr. Hans Alfred Grunsky, München

Blut und Geist

Sind wir „Rassenmaterialisten"?

Wenn wir das für unsere weltanschauliche Schulung so außerordentlich wichtige Verhältnis zwischen Blut und Geist ins Auge fassen, so zeigt es sich, daß hier der Nationalsozialismus ebenfalls einen neuen Standpunkt einnimmt, der sich — und das ist gewiß kein Zufall — auf eine ähnliche Formel bringen läßt wie die Grunderkenntnis, daß Nationalismus und Sozialismus untrennbar zusammengehören.

Aber wie das? So mögen manche unter uns, die vor dem Worte Geist zurückschrecken, fragen. Betont der Nationalsozialismus nicht ohne Einschränkung die Macht des Blutes? Heißt unsere Losung nicht: weg von den spindeldürren, windigen Gebilden des Geistes, die nur eine trügerische Fata Morgana vorspiegeln, zurück zu allen blutsmäßigen Bindungen?

Wenn solche scheinbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen wahren Nationalsozialisten auftauchen, so sind sie gewiß durch wenige Worte der Verständigung ebenso schnell zu beheben. Da mag uns der Vergleich mit der politischen Lage einen guten Dienst leisten. Es gab innerhalb der bürgerlichen Welt Leute, und es waren darunter nicht bloß Hurrapatrioten, sondern ernste Männer, die sagten: Fort mit allem Sozialismus, denn Sozialismus ist Marxismus. Diese Politiker scheiterten kläglich, denn mit Recht folgte ihnen niemand der also Angerufenen. Die ungeheure Kraft des Nationalsozialismus bestand demgegenüber darin, daß er diesen Fehler nicht machte, daß er den Arbeitern nicht sagte: Sozialismus ist Unsinn, ist Wahnsinn und Verderb, sondern daß er ihnen erklärte: Sozialismus ist gut, das wollen wir auch, aber was ihr bisher so nanntet, ist ein falscher, entarteter, verbogener Sozialismus, darum kämpfen wir *für* den Sozialismus *gegen* seine Verräter, die sich frech Sozialisten nennen.

Sobald wir erkannt haben, daß die Lage gegenüber dem Geist heute eine ganz ähnliche ist, werden wir alles andere tun, als in diesem Bereich den Fehler machen, den jene bürgerlichen Politiker in bezug auf den Sozialismus begingen. Wir werden nicht sagen: Weg mit dem Geist! Sondern wir dürfen stolz bekennen: *Der Geist, der steht bei uns!* Wenn einmal in der Rückschau aus Jahrhunderten die Geschichte unserer Tage geschrieben wird, so wird es heißen: Damals brach sich der schöpferische deutsche Geist in der nationalsozialistischen Idee Bahn wie nie zuvor und fegte den unfruchtbaren Ungeist hinweg. Diese Tat des schaffenden Geistes konnte nur getan werden aus der Wahrheit heraus, daß Geist und Blut unlöslich zusammengehören, der Wahrheit, daß *Geist ohne Blut nicht mehr Geist*, sondern eine fürchterliche Entartung, eine Krankheit und ein fressender Schaden ist. Gegen dieses Mißgebilde *Geist ohne Blut*, in dem das, was wir heute mit dem Wort *Intellektualismus* meinen, eingeschlossen ist, kämpfen wir. Und das heißt: Wir kämpfen *für* den Geist, gegen seine Verräter, die sich ebenso anmaßend wie unberechtigt die „Geistigen" nennen und doch nur Mißbrauch mit dem Namen des Geistes treiben. Aber gerade deshalb überlassen wir ihnen diesen Namen nicht, sowenig wie wir den Marxisten den Namen des Sozialismus überließen. Das wäre noch schöner, wenn es die jüdische Zersetzung durch ständigen Mißbrauch fertiggebracht hätte, uns einen unserer wundervollsten Begriffe zu verleiden, in dem die stürmische, brausende, gärende Bewegung (denn dies bedeutet das Wort Geist ursprünglich in unserer Sprache) zum Sinnbild für alles schöpferische Gestalten geworden ist.

Indessen, nichts dürfen wir weniger tun, als bei Unklarheiten oder gar Phrasen stehenbleiben. Wenn wir also die unlösliche Zusammengehörigkeit (nicht Gleichheit!) von Blut und Geist vertreten, so müssen wir genau angeben, was wir unter diesen beiden Polen verstehen. In der Tat drohen hier sofort wieder die schlimmsten Mißverständnisse. Wenn wir von Blut und Geist reden, so hat dies nicht das mindeste zu tun mit der Entgegensetzung, die man zwischen Körper und Geist, zwischen Stoff und Geist zu

machen pflegt im Sinn des Sichtbaren und Unsichtbaren, des Körperlichen und Unkörperlichen. Indem unsere Gegner uns diese Fehldeutung irrtümlich oder auch böswillig unterschieben, setzen sie Stoff und Blut gleich, und das Märchen vom „Rassenmaterialismus" ist fertig.

Aber Blut ist doch etwas Stoffliches? Als Flüssigkeit, die in unsern Adern pulsiert, gewiß! Aber dieses rote Blut, das bei der Hingabe des Lebens für die Gemeinschaft wirklich fließt, ist uns ja nur ein heiliges Sinnbild für etwas, was weit über die Körperwelt hinausreicht. Alle Wirklichkeitsmächte bezeichnen wir mit solchen anschaulichen, symboldurchdrungenen Bildern. Bei dem Wort Geist (Sturm) sahen wir eben, daß es sich damit nicht anders verhält. Also handelt es sich bei Blut und Geist wohl um den Unterschied von Natur und Geist? Obwohl diese Entsprechung nicht ganz so fehlgeht wie die zwischen Stoff und Geist, trifft sie doch keineswegs das Wesentliche. Mißverständnisse entstehen sofort wieder, wenn man an jene Lehren denkt, daß der Geist die Natur überwinden solle. Von da aus wird dann dem Nationalsozialismus vorgehalten, daß er bei der Natur stehenbleibt und darum einen Rückschritt bedeute, womit bewiesen ist, was man sich, gleichviel durch welche Trugschlüsse, zu beweisen vorgenommen hatte.

Nun, was ist dann also Blut? Darauf läßt sich eine sehr eindeutige Antwort erteilen. Die Welt des Blutes ist eine Welt der Gemeinschaft, und zwar der ursprünglichsten Gemeinschaft, die überhaupt denkbar ist.

Dies wird besonders deutlich, wenn wir einen bekannten Begriff als Gegensatz zum Vergleich heranziehen. Die innere und die äußere Welt, die das Ich, das Einzelwesen umgibt, nennt man dessen Umwelt. So zu Recht nun auch der Begriff einer solchen Umwelt besteht, so wird man ihn in Zukunft doch nicht gebrauchen dürfen ohne den ergänzenden Begriff einer andern Welt, die ich die Blutwelt nennen will.

Die Blutwelt ist einerseits in uns als Inbegriff aller durch unsere besondere Art und Anlage bedingten Haltungen, Wertungen, Neigungen und Abneigungen; andererseits ist sie außer uns in allen, die gleichen Blutes mit uns sind, die also denselben Neigungen und Abneigungen unterliegen, ja sie wird ebenso verkörpert durch die Gegenstände jener Neigungen, d. h. durch alle Dinge (seien es nun die Landschaft, Boden, Tier und Pflanze, seien es innerseelische Angelegenheiten), zu denen das gemeinsame Blut diese Menschen in einer gemeinsamen Weise hintreibt. All dies ist in der Blutwelt miteinander verknüpft und verbunden. Von der Umwelt allein kommt man nie zur Gemeinschaft. Daher muß jeder Wirklichkeitsbegriff, der die Blutwelt vernachlässigt, falsch und unvollständig bleiben, da ihm das Wichtigste fehlt, nämlich eben die Vorstellung der Gemeinschaft.

Eine große tragende Wirklichkeit, die ein umfassendes Ganzes darstellt, kommt nur in der Übereinstimmung von Blutwelt und Umwelt zustande. Wo die Umwelt der Blutwelt entspricht, da ist Heimat und Halt, da ist Geborgenheit in einer tragenden Wirklichkeit. Wo die Umwelt der Blutwelt entgegengesetzt ist, da ist Fremde, Angst und Verzweiflung. Die Wucht einer großen Wirklichkeit, wie sie sich im Nationalsozialismus äußert, beruht nicht zuletzt auf der Tatsache, daß hier Umwelt und Blutwelt wieder miteinander in Übereinstimmung gebracht sind. Was wir heute erleben, das ist der gewaltige, jahrhunderte-, nein jahrtausendelang vorbereitete Durchbruch der deutsch-germanischen Blutwirklichkeit.

Zugleich wird aber gerade hier sichtbar, daß eine solche Wirklichkeit immer auch eine Wirklichkeit des Geistes ist. Denn der Begriff der Blutwelt selber schließt ein Geistiges unmittelbar und sehr wesentlich ein. Während das Ich selbst Zentrum der Umwelt ist, die es umgibt, sind die Einzelwesen gleichen Blutes in der Blutwelt zu einem Kreis der Gemeinschaft zusammengeschlossen, der seinen unsichtbaren Mittelpunkt in dem Artgesetz der Rasse hat, der diese Menschen angehören. Rasse ist eben darum Rasse und kein unverbundener Mischmasch von Eigenschaften, weil sie eine einheitlich bedingte Gestalt, etwas Geformtes, etwas Geprägtes ist. Also schon in dieser Hinsicht waltet der Geist, der sich überall findet, wo Gestalt und Form anzutreffen sind, im reinen Blut, während er die zerrüttete, in unzusammenhängende Teile auseinanderfallende, also sich selbst aufhebende Blutwelt wie alles Chaotische verläßt. Wo die Blutwelt nicht mehr durch ein geistiges Gesetz zusammengehalten wird, da fallen die Neigungen sowohl der ver-

schiedenen Menschen wie auch die Regungen in der Einzelseele selbst in eine unverbundene Menge von verschiedenen Trieben auseinander, von denen jeder für sich seine Befriedigung sucht. Das bedeutet: *Blut ohne Geist* ist nicht mehr Blut, ist keine Blutwelt, keine Welt ursprünglicher Gemeinschaft mehr, sondern stellt sich als eine Entartung dar, bei der aus dem Instinkt, diesem wundervollen Geschenk der Natur, die eigensüchtigen Instinkte im üblen Sinn des Wortes werden.

Jetzt erkennen wir die Zerspaltung von Geist und Blut deutlich als den Krebsschaden des liberalistischen Zeitalters. Wohin wir blicken, überall treffen wir auf den aus derselben Wurzel entspringenden Gegensatz der Entartungen Blut ohne Geist und Geist ohne Blut. Man vergleiche nur etwa die wilde Triebhaftigkeit des brutalen Ausbeutertums auf der einen, und den blutlosen Intellektualismus, der sich wie Meltau auf das Geistesleben jener Zeit legte, auf der andern Seite. Der Nationalsozialismus bringt uns dagegen die große Erkenntnis, daß *Blutwirklichkeit und Geistwirklichkeit nicht ohneeinander denkbar* sind, daß beide sich gegenseitig bedingen.

Gingen wir vom Blut aus, um zu zeigen, daß es den Geist notwendig einschließt, so können wir jetzt ebensogut den umgekehrten Weg durchlaufen. Geist ist Einheit, Zusammenhang, Ordnung, Gestalt. Wir können dafür auch sagen: Geist ist Zeugung aus einem Mittelpunkt heraus. Denn alles Schaffen, Gestalten, Bauen setzt an einem zeugenden Mittelpunkt an, um darum herum eine Ordnung aufzubauen. Wem das nicht gleich klar ist, der wird es sofort an einem Beispiel bestätigt finden. Wir fragen: Was ist eine schöpferische Idee, wie äußert sie sich? Darauf antworten wir: Eine Idee ist kein unendlich fernes Wunschbild, kein windiges Gedankengespinst, sondern eine kraftgeladene Wirklichkeit, die von einem Punkt aus wie ein Magnet das um sie liegende Chaos in eine Ordnung umschafft. Nehmen wir nur das Beispiel, das uns zunächst liegt und das doch eines der größten aller Zeiten ist!

Da ist ein Mann mit einem winzigen Häuflein Menschen, denen er den Anfang einer neuen, dem Chaos abgerungenen Ordnung aufgeprägt hat. Und dieser Mann behauptet: Wir sind das wahre Deutschland, in uns ist es verkörpert. Und er richtet in der Mitte seiner kleinen Schar ein neues Banner auf und behauptet wiederum: Diese Fahne ist Deutschland, in ihr werden einst alle Deutschen einig sein, und daß sie es sein werden, dafür bürgt unser Kampf und unser Glaube. Mit einer solch ungeheuren Paradoxie hebt jede Idee an: ein Teil stellt sich selber in einer schöpferischen Tat als Symbol des Ganzen ans Licht, wobei wesentlich ist, daß dieses Symbol auch noch zeugender Mittelpunkt bleibt, wenn die Idee wächst und tatsächlich immer mehr das Ganze erobert.

Wenn nun aber dergestalt zum wahren Geist stets notwendig das Symbol gehört, das das Ganze meint und es erobern will, so ist eine solche gemeinschaftsbildende Aufgabe nur möglich und sinnvoll unter der Voraussetzung, daß jenes zu gewinnende Ganze derselben Blutwelt angehört wie der zeugende Punkt, von dem als dem gesetzgebenden Sinnbild die Idee ihren Ausgang nimmt. Darum gibt es *keinen echten Geist ohne Blut*.

Gründet sich der Geist nicht auf das Blut, so verliert er in demselben Maß seine Symbolkraft und damit sich selbst, d. h. er entartet zum blutlosen Geist, der ewig unfruchtbar bleibt.

Freies Schöpfertum des Geistes heißt stets zugleich dem Blut am tiefsten gehorchen. Denn die wahrhaft schöpferischen Werke und Taten bestehen darin, die Umwelt so umzuschaffen, daß diese mit der Blutwelt übereinstimmt. Darin und nur darin liegt der Sinn aller Kultur.

Es gibt nun eine schöpferische Tat, die eine besondere Weihe besitzt, weil sie das ernsteste Symbol schafft, das uns zur tiefen und immer tieferen Durchgestaltung unserer Gemeinschaft aufruft: das ist die Tat, die das eigene Blut dahingab, damit die Umwelt nach dem geistigen Bilde der Blutwelt gestaltet werde. Das ist es, was den Heldentod auszeichnet, daß er zum Sinnbild wird, von dem eine neue Ordnung des Lebens ihren Ausgangspunkt nimmt. Die Gedenkstätten der gefallenen Helden sind uns heute die zeugenden Mittelpunkte einer neuen Kultur. Ihr Tod wurde fruchtbar und eine Tat des schöpferischen Geistes, weil sie starben nicht in der Sorge: „Was wird aus mir?", sondern in dem Gedanken: „Was wird aus Deutschland?"



Erich Maschke:

Das deutsche Gemeinschaftsleben im Mittelalter

Nicht nur in einzelnen Handlungen einzelner Männer, sondern in einem gewaltigen, sozialen Wandlungs- und Umschichtungsvorgang finden wir die Ursachen, die den mittelalterlichen deutschen Staat von innen her formten. Familie, Sippe und Stamm waren die drei germanischen Lebenseinheiten, in denen das Dasein der Freien sich vollzog. In den langen Kampf- und Wanderzeiten hoben sich Geburtsadel und Königstum nach oben ab, während auch die Zahl der Unfreien und der aus Kriegsgefangenen bestehenden Sklaven wuchs. Nach der Seßhaftwerdung in den neuen Sitzen wurden die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede stärker und durch sie naturgemäß gerade die bisher im ganzen noch so einheitlichen F r e i e n getroffen. Dabei bestanden zunächst bedeutende Unterschiede zwischen d e n Stämmen, die unter den Einfluß römischer Sozial- und Wirtschaftsformen gerieten, und den übrigen, so daß gerade die Verfassung der Sachsen sich noch längere Zeit von der der anderen deutschen Stämme unterschied. Es kann hier nur unsere Aufgabe sein, diejenigen Entwicklungslinien zu ziehen, die uns in das deutsche Leben des Mittelalters hineinführen, um uns dabei zu fragen, was vom alten germanischen Erbgute dabei noch bewahrt, was verändert oder aufgegeben wurde.

Eine der wichtigsten wirtschaftlichen Erscheinungen des Mittelalters ist die G r u n d h e r r s c h a f t. In der Wanderungszeit der germanischen Stämme gelegentlich vorkommend, spielte sie damals noch keine Rolle. Sie beruhte darauf, daß, zum Unterschiede von jener Zeit, der Besitzer des Bodens ihn nicht oder nur zum Teil selbst bebaute, sondern mit unfreien Bauern, Hintersassen, besetzte, auf deren Abgaben und Arbeit er seine wirtschaftliche Existenz gründete. Es gab zunächst auch zahlreiche kleine Grundherrschaften im Besitze freier Bauern oder kleiner Lehnsleute. Aber entscheidende Bedeutung kam doch nur den großen Grundherrschaften

zu. Größter Grundbesitzer war der König: als Nachfolger im römischen Besitze wie als Herr über weite Strecken wüsten Landes, von Wald und Weide, Bruch und Moor. Auf Umfang und Geschlossenheit dieses Besitzes beruhte vor allem die Kraft der königlichen Zentralgewalt. Er wurde schließlich in Reichsgut, über das der jeweils regierende Herrscher das Verfügungsrecht hatte, und in Hausgut, das der Herrscherfamilie gehörte und vom Könige nach freiem Ermessen vererbt werden konnte, geschieden. Auch die anderen weltlichen Großen, vor allem die Herzöge, waren Besitzer großer Grundherrschaften.

Die Kirche als Grundherrin

Aber als starke Wirtschaftsmacht überragte sie weit, fast ebenbürtig neben dem Könige stehend, die Kirche. Durch Schenkungen und Stiftungen der weltlichen Grundherren, der großen wie der kleinen, ging ein gewaltiger, weit verstreuter und in alle Raum- und Lebensbeziehungen eingreifender Besitz in ihre Hand über. Reichere Stifter besaßen 3000—4000 Hufen, aber auch 8000 und mehr; das Kloster St. Gallen in der Schweiz klagte im 9. Jahrhundert darüber, daß es nur 4000 Hufen besitze; der Bischof von Augsburg hatte etwa 1500 Hufen (eine Hufe ist die Einheit, die von einer bäuerlichen Familie bewirtschaftet wird, und läßt sich später auf etwa 30 Morgen angeben). Es gab Klöster, die einen Besitz von 30 000—40 000 Hektar hatten.

Aus religiösem Bedürfnis wie aus Gründen der Nützlichkeit waren diese Schenkungen zustandegekommen. Sie hätten eine gewaltige, den Staat in seinem Eigenleben geradezu vernichtende Macht dargestellt, wenn nicht gerade hier das germanische Denken ein Gegengewicht geschaffen hätte. Denn der germanische Schenkungsbegriff beruhte auf dem Vertrage und auf der Treue; er war nicht vorbehaltlos. Daher behielten sich vielfach die Schenkenden doch die Nutzung vor, und der Staat hat in der fränkischen Zeit und noch später immer über das Kirchengut verfügt. Vor allem aber hat das ganz aus germanischem Rechtsdenken und germanischer Überlieferung kommende Eigenkirchenwesen die deutsche Kirche fest in das deutsche Leben hineingebaut. Die Stifter von Kirchen und Klöstern behielten über ihre Schenkungen außer einer oft vorhandenen materiellen Nutzung ein weitgehendes Verfügungsrecht. Da nun der König als der größte Grundherr auch der bedeutendste Stifter und Geber wurde, blieb die deutsche Kirche im Gefüge des deutschen Staates. Jetzt verstehen wir auch, weshalb Otto der Große es wagen konnte, die deutsche Reichskirche als festen Rückhalt gegen die auseinanderstrebenden Sondergewalten der Stammesherzogtümer und für die Reichseinheit zu verwenden. Er gab Staat und Königtum nicht an eine fremde Gewalt preis, sondern handelte völlig im Rahmen des eigenkirchlichen Denkens von germanischem Ursprung. Gerade Sachsen hat ja, nachdem einmal das Schicksal den Lauf der Entwicklung festgelegt hatte, geradezu eine Germanisierung des Christentums in Angriff genommen. Wie die Dichtung des „Heliand" die Christusgestalt als germanischen Helden begreift, so hat auch Otto die Reichskirche mit dem Staat verbunden. Er hat sie damit von der Mitte des deutschen Lebens her bestimmt und nicht von einem fremden Mittelpunkte aus beherrschen lassen.

Erst im 11. Jahrhundert hat westliches Denken in der Form kirchlicher Reformpläne nach den klösterlichen Idealen von Cluny, einem Benediktinerkloster in Burgund, diese deutsche Auffassung von Kirche und Staat gebrochen. Heinrich IV. hat im gewaltigen Kampfe gegen die römische Kurie, in der Abwehr der Weltherrschaftsansprüche Papst Gregors VII. letzten Endes das ganze deutsche Leben in seinem Eigenrecht und seinen aus germanischen Wurzeln gewachsenen Formen verteidigt. Die Sieger dieses sogenannten Investiturstreites (Einsetzung der Bischöfe durch den deutschen König oder den römischen Papst) waren vor allem die deutschen Fürsten — und unter ihnen auch die geistlichen Fürsten. Auch ihre Stellung wurde schließlich vom Lehnswesen bestimmt, das der königlichen Gewalt in Deutschland wachsende Schranken setzte. Auch sie erwarben schließlich die Rechte, auf denen sich selbständige Territorialstaaten bildeten, und der Staufenkaiser Friedrich II. hat ihnen 1220 diese Rechte feierlich bestätigt.

Damit war der Grundgedanke, von dem Otto der Große ausgegangen war, in sein Gegenteil verkehrt worden. Die geistlichen Fürsten Deutschlands standen der königlichen Gewalt ebenso selbständig gegenüber wie die weltlichen Fürsten,

gegen die jene doch ein Gegengewicht hatten bilden sollen. Ja, noch schlimmer: indem die deutsche Reichskirche durch den Investiturstreit des 11. und 12. Jahrhunderts aus dem deutschen Zusammenhange herausgerissen und Rom unterworfen wurde, konnte das Papsttum von jetzt an als fremde und feindliche Macht tief in die innerdeutschen Verhältnisse eingreifen. Deshalb haben die geistlichen Kurfürsten in den Jahrhunderten nach dem Sturze des staufischen Hauses, also nach 1250, den deutschen König oftmals nach den Wünschen des römischen Papstes gewählt.

Die Männer der deutschen Reichskirche waren tapfere, aufrechte Gestalten gewesen, Soldaten und Verwaltungsbeamte und doch Diener ihrer Kirchen und der religiösen Bedürfnisse ihrer Zeit. Dieser Typ, den Otto der Große geschaffen hatte, hat sich in einzelnen Männern bis in das späte Mittelalter hinein immer wieder gefunden; aber er war seit dem Investiturstreit doch in der Minderzahl. Um so bedeutungsvoller ist es, daß diese Männer durch das Zölibat aus dem natürlichen Fortpflanzungsprozesse des deutschen Volkes ausgeschaltet waren. Was sie dem deutschen Könige empfahlen — eben daß sie ihnen überlassene Rechte nicht an eigene Nachkommen vererben konnten —, mußte sich für die biologische Auslese unseres Volkes höchst ungünstig auswirken. Klöster und Abteien blieben ja dank der Grundauffassung ihrer Gründer, von der wir sprachen, mit den Familien ihrer Stifter eng verbunden. Die Söhne königlicher, fürstlicher oder adliger Familien hatten auch als Bischöfe teil am politischen Leben, an der Verwaltung des Staates. So kam es, daß Jahrhunderte hindurch Bistümer und Domkapitel, Klöster und Abteien von Mitgliedern der deutschen Oberschicht besetzt wurden. Ihre Erbmasse aber ging dem deutschen Erbstrom verloren. Man hat berechnet, daß sich unter fürstlichen Familien jener Jahrhunderte 31 v. H., unter gräflichen 36 v. H. und unter freiherrlichen sogar 50 v. H. Eheloser befanden. Die aus germanisch-deutschem Denken geformte Reichskirche Ottos des Großen hat schließlich unter dem Einfluß westlicher, asketischer und staatsfeindlicher Ideen ihr eigentliches Wesen preisgegeben und hat durch die enge Verbindung von Familien der Oberschicht mit hohen kirchlichen Ämtern mit Klöstern und Domkapiteln ungünstig auf die rassische Zusammensetzung dieser Schicht eingewirkt.

Freie, Unfreie und Bauerntum

Wir haben einen wichtigen Zusammenhang des innerdeutschen Lebens, der für lange Jahrhunderte bedeutsam gewesen ist, auf sein Wesen hin betrachtet und müssen jetzt noch einmal zurückkehren zur Grundherrschaft. Wir hatten gesagt, daß in ihr der Grundherr nur noch zum Teil den Boden selbst nutzte und ihn im übrigen durch Intersassen bebauen ließ. Vom Herrenhofe aus bewirtschaftete der Grundherr das „Salland" selbst mit seinem Gesinde; das übrige war in „Leihe" unter recht verschiedenen rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen an persönlich freie und unfreie Bauern ausgetan, wobei freilich auch die Freien sachlich mehr oder minder gebunden erscheinen.

Im Bilde der mittelalterlichen Grundherrschaft ist also für einen kein Raum mehr: für den Freien — für den eigentlichen Träger der germanischen Geschichte. Das freie Bauerntum wird zwar keineswegs vernichtet. Es hält sich besonders in Sachsen und Friesland, wo die alten Sippenverbände auch als Siedlungsverbände die Jahrhunderte überdauern, ferner auch in der Schweiz; darum ist es kein Wunder, daß gerade die Stedinger an der unteren Weser, die in der Zeit Kaiser Friedrichs II. von weltlichen und geistlichen Fürsten vernichtet wurden (1234), und die Schweizer Bauern im hohen und späten Mittelalter aus dem deutschen Bauerntum wieder eine selbständige und in sich geformte politische Kraft gemacht haben. Auch sonst ist der germanische Gemeinschaftsgedanke und der Wille, in Gemeinschaft zu leben, dem deutschen Bauerntum nicht verloren gegangen. In der Markgenossenschaft, dem Wirtschaftsverband der Dorfgenossen, der auch auf Rodungsland noch in Brauch blieb, in der Dorfgemeinde mit bestimmten Rechten und Gerichtswesen und in der Flurverfassung erhält sich germanisches Gemeinschaftsleben. Die Flurverfassung sah den Flurzwang vor: die Dorfflur



war in einzelne Stücke nach Lage und Bodengüte geteilt, und jedes dieser Gewanne zerfiel in so viele Streifen, wie es Höfe gab. So hatte jeder Anteil an guten wie an schlechteren Böden. Es war selbstverständlich, daß er mit seinem Teile nicht tun und lassen konnte, was er wollte, sondern sich für die Bestellung im Wechsel der Dreifelderwirtschaft, für Saat und Ernte nach dem gemeinsamen Beschluß zu richten hatte. Am längsten hat sich die Allmende, der gemeinsame Besitz an Wald und Weide, als Zeugnis dieses Gemeinschaftslebens erhalten.

Das freie Bauerntum ist dennoch weithin zugrunde gegangen. Seine Vernichtung steht in engstem Zusammenhange mit der Entstehung der Grundherrschaft. Es war ein wirtschaftlicher und sozialer Vorgang. Aber wir wissen: Wirtschaft und soziale Ordnung folgen dem Gesetz der Politik. Daher stehen wir hier vor einem der folgenschwersten Ereignisse der germanisch-deutschen Geschichte. Es ging darum, daß nicht mehr die Masse der freien Bauern in den alten Ordnungen der Sippe und des Stammes die Träger des politischen Lebens waren, die Gliederung des Volkes sich nicht mehr entscheidend nach den B l u t s zusammenhängen vollzog, sondern eine ständische Gliederung sich anbahnte, bei der die aus verschiedenen Wurzeln entstehende Oberschicht allein die Politik verantwortete, die Volksversammlung der Freien zusammenschrumpfte zur Versammlung der Großen des Reiches.

Wie kam es zu dieser Entwicklung? Auf den Freien lasteten die Heerespflicht und die Pflicht zur Teilnahme an den Volksversammlungen immer drückender, denn jetzt wurden ja diese alten Pflichten des einzelnen in den gewaltig gewachsenen Verhältnissen des Reiches, nicht mehr des Stammes gefordert. Noch Otto der Große hat für seine Fernzüge Bauern aufgeboten. Dieser Belastung war das freie Bauerntum auf die Dauer nicht gewachsen. Rücksichtslos wurde seine schwere Lage von den großen Grundherren ausgenutzt. Zudem wandelte sich unter mancherlei Einflüssen, nicht zuletzt unter dem des Christentums, die seelische Haltung der Menschen. Der Stolz des Freien, der den Germanen beherrscht hatte, verlor sich. Unter der Einwirkung des Christentums und mangels der Gelegenheit, Kriegsgefangene zu machen, hörte die eigentliche Sklaverei um das Jahr 1000 auf. Aber wenn sich freie Bauern immer zahlreicher unter Wahrung ihrer persönlichen Freiheit in dingliche Unfreiheit begaben, indem sie sich einem Grundherren unterstellten, so schwand doch das Gefühl dafür, daß die Aufgabe eines Teiles der alten Freiheit auf die Dauer auch



den Verlust der persönlichen Freiheit nach sich ziehen mußte.

Auch dieser Vorgang entwickelte sich zunächst aus den Wurzeln germanischer Lebensformen. Während der alte Sippenverband sich lockerte, blieb doch, ja wuchs noch unter den geschilderten Einwirkungen das Bedürfnis nach Schutz. Hatte bisher der Sippenälteste die Munt, den Schutz (vgl. unser Wort Vormundschaft) für die Mitglieder der Sippe gewahrt, so begab sich jetzt der Bauer in den Schutz eines Grundherrn, der für ihn die Munt übernahm und aus dieser wie aus der Leihe von Land an den Betreffenden auch Rechte über ihn gewann. So gehörten auch die Hintersassen zur „Familie" des Grundherrn im weiteren Sinne. Religiöse Vorstellungen wie die, daß es ehrenvoll sei, sein Land dem berühmten Heiligen eines Klosters aufzutragen, und die besondere Stellung der kirchlichen Anstalten führten zahlreiche Bauern gerade in die geistlichen Grundherrschaften hinein. Die Kirche hat daher aus mangelndem Empfinden für den germanischen Freiheitsbegriff wie aus eigenem wirtschaftlichen Interesse diesen Vorgang nur gefördert. Sie hat an der Zerstörung des freien Bauerntums und seiner politischen Rolle in der merowingischen und karolingischen Zeit wesentlichen Anteil. Wirtschaftlich gesehen, war es für den Bauern im allgemeinen nur vorteilhaft, sich in die Munt eines Grundherren zu begeben. Wenn er diesem sein Eigentum auftrug, so tat er es, um es ungemindert, oft sogar vermehrt, unter bestimmten Bedingungen zurückzuerhalten. Oft ist das für den bäuerlichen Bevölkerungsüberschuß sogar der einzige Weg gewesen, um am noch unerschlossenen Neuland, am Rodungsland, teilzuhaben.

Die Bauern, die im Bereiche einer Grundherrschaft lebten, konnten sich aus dieser Entwicklung heraus zunächst in sehr verschiedenem Stande der Freiheit oder Unfreiheit befinden. Mit der Zeit aber trat eine immer weitergehende Vereinheitlichung ein. Andererseits dehnte der Grundherr seine Zuständigkeit immer weiter aus. Er gewann wesentliche Rechte der Gerichtsbarkeit über seine Hintersassen und schloß den Einfluß der königlichen Rechtsprechung vom Gebiete seiner Grundherrschaft mehr und mehr aus. So hob er sich immer mehr aus der Masse heraus; außerdem wurde eine weitgehende Angleichung der bäuerlichen Unfreiheit erreicht: wie an die Stelle der blutsgebundenen Sippe die sogenannte Fronhofsverfassung der Grundherrschaft getreten war, so wurde das Bauerntum zu einem nicht mehr blutsmäßig, sondern beruflich zusammengeschlossenen Stande — und zwar zu einem Stande minderer Freiheit. Erst im Zuge der ostdeutschen Kolonisation des 12. bis 14. Jahrhunderts hat sich die rechtliche Stellung des deutschen Bauern wieder gebessert.

Das Herabsinken der freien Bauern in die Hörigkeit und die Ausbildung einer verhältnismäßig einheitlichen, unfreien bäuerlichen Schicht mußte sich im Gebiet germanischer Stämme auf ehemals romanischem Staatsboden auch rassisch auswirken. Indem die bisher sorgsam gewahrten Schranken zwischen den Resten römischer und der neuen germanischen Bevölkerung fielen, trat eine Rassenmischung ein, die vielleicht dem Umfange nach nicht bedeutend war, aber sich doch zuungunsten des nordischen Rassenanteils auswirken mußte.

Wie die Blutszusammenhänge der Sippe dahinschwanden, so sind auch die auf gleicher Stammes zugehörigkeit beruhenden „Volksrechte", die Rechtssätze und -sammlungen der einzelnen Stämme, zwischen der Gerichtsbarkeit des Königs und der auf der Grundherrschaft erwachsenden Gerichtsbarkeit schließlich unwirksam geworden. Für salische und ribuarische Franken, für Bayern, Schwaben, Friesen, Sachsen und andere germanische Stämme aufgezeichnet, halten sie vor allem den Gedanken fest, daß ein jeder nach dem Rechte seines Stammes gerichtet werden müsse, auch wenn er im Gebiete eines anderen Stammes schuldig geworden war. Lange hat sich dieser Gedanke erhalten, daß das Recht von der Stammeszugehörigkeit, also letztlich wieder vom Blute und nicht vom Raume her gelte und dem in einem bestimmten Gebiete üblichen Recht überlegen sei. Im Laufe des Mittelalters hat sich dann schließlich doch das räumlich gültige Recht über das an der Person haftende Abstammungsrecht erhoben. Es hat in langen Jahrhunderten unserer Geschichte mit zur Zersplitterung Deutschlands beigetragen und wird erst durch die Erweiterung der nationalsozialistischen Neuschöpfungen im deutschen Rechtsleben endgültig überwunden werden.

Als Wirtschaftsform ist die Grundherrschaft von der größten Bedeutung für die Erschließung



des deutschen Bodens geworden. Für den Germanen war der eigentliche Feind seines Siedlungsbodens der W a l d gewesen, zumal wenn sein Wachstum durch klimatische Verhältnisse begünstigt wurde. Auch die Römer sind auf ihren Eroberungszügen an den gewaltigen Wäldern Germaniens gescheitert. Nicht die Höhe der Bergketten, sondern die sie bedeckenden Wälder errichteten unübersteigbare Schranken. So entstanden Namensgebungen wie der Thüringer Wald, der Schwarzwald und andere, die uns eigentlich verwundern müssen, da wir ja sonst ein Gebirge auch als Gebirge zu benennen pflegen. Aber diese Namen erinnern uns daran, daß bis in die karolingische Zeit hinein der Mensch sich seinen Siedlungsboden nicht mit Axt und Hacke schuf, sondern in den natürlichen Lücken zwischen diesen Waldgebieten siedelte, so daß in diesen Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch ein Volk der Erbe des anderen wurde. Erst die Wirtschaftsformen der Grundherrschaft boten nun die Möglichkeit, durch Menschenkraft in großem Umfange den Wald zurückzudämmen und auf dem Rodungsland neue Siedlungen zu errichten. In der karolingischen Zeit sowie im 11. und 12. Jahrhundert hat dieser Landesausbau dem deutschen Volke gewaltige Strecken Siedlungslandes gewonnen. So wurden die mitteldeutschen Waldgebirge, der Schwarzwald und Teile der Alpen bis in Höhenlagen und Böden, die auf die Dauer wirtschaftlich nicht zu halten waren, erschlossen. So fand hier der Bevölkerungsüberschuß des jungen deutschen Volkes Lebensraum, und so grenzten die deutschen Stammes- und Siedlungsgebiete unmittelbar und inniger aneinander an. In den Formen der Grundherrschaft und durch die Ansiedlung unfreier Hintersassen begann im Südosten schon die erste Welle der ostdeutschen Kolonisation die neugewonnenen Außengebiete zu überspülen: in karolingischer Zeit haben vor allem bayerische Grundherren, im 11. Jahrhundert vor allem fränkische Grundherren — weltliche Herren, Klöster und Kirchen und nicht zuletzt die Könige selbst, unter den Saliern vor allem Heinrich III. — die Alpenlande, die Mark Österreich zu deutschem Volksboden gemacht. Dennoch lagen im Wesen der Grundherrschaft durch die Bindung des Bauern Schranken für die Erschließung weiterer Grenzräume. Erst das freiere bäuerliche Recht des 12. und 13. Jahrhunderts gab der freien Entschlußkraft des deutschen Bauern den nötigen Spielraum, so daß e r es dann wurde, der unserem Volke den deutschen Osten für alle Zukunft sicherte.

Das Lehnswesen

Wir haben gelegentlich schon eine Verfassungsform des deutschen Mittelalters genannt, die neben der Grundherrschaft die größte Bedeutung für das Leben und die innere Ordnung unseres Volkes gehabt hat: das L e h n s w e s e n. Von ihm müssen wir noch kurz im Zusammenhang sprechen. Auch seine Wurzeln führen uns in die germanische Zeit zurück: zu jenen Gefolgschaften, die sich, durch persönliche Treue gebunden, um ihre Fürsten und Könige scharten, Leibwache und treueste Gefährten ihrer Führer. Von hier aus ergab sich, daß das eigentliche Ziel des Lehnswesens darin bestehen mußte, die Gefolgschaft des Königs fähig zum Heeresdienst zu machen. Von der Wehrverfassung her ist darum das Lehnswesen zu einer Grundform germanisch-deutschen Lebens

geworden. Gerade da ja der freie Bauer als Waffenträger des Volkes mehr und mehr verschwand, mußte dafür ein Ersatz gefunden werden. Aus seinem Gute verlieh der König seinen Gefolgsleuten Land, damit sie zum Kriegsdienste auch wirtschaftlich fähig waren; ebenso wurde für Dienst bei Hofe oder als Beamte des Königs, wie für die Grafen, diese wirtschaftliche Grundlage gefunden. Während dieses Verhältnis noch ganz auf dem persönlichen Bande der Treue beruhte, wurde dann die Auffassung der „Leihe", der Vergebung von Gut durch König oder Fürsten, abgewandelt nach der Art, wie die Kirche ihr Gut verlieh. Sie kannte ja nicht das Band der persönlichen Treue, sondern nur das der sachlichen, dinglichen Bindung. Damit kam ein neues Moment in das Lehnswesen hinein, das ihm nicht aus germanischer Überlieferung zuwuchs. Nicht mehr das persönliche Treueverhältnis, sondern das Lehen selbst, das Lehnsgut, wurde zur Hauptsache in der Beziehung von Lehnsherrn und Lehnsmann. Es wurde erblich; der Lehnsherr verlor damit die Verfügungsgewalt über das Lehen, wenn nicht das Geschlecht des Lehnsmannes ausstarb oder dieser sich eines Treuebruches schuldig machte. Die lebendige Erinnerung an das persönliche Treueband, das Lehnsherrn und Lehnsmann zusammenschloß, ist freilich lange zwingend geblieben. Schließlich hat in Deutschland nicht die persönliche, sondern die dingliche Seite des Lehnswesens gesiegt. Nicht nur als Gut für den Heeresdienst und als Amtsgut für Leistungen in der staatlichen und königlichen Verwaltung, sondern auch die Ämter selbst wurden als Lehen ausgetan, und ebenso Nutzungen und Gerechtsame verschiedenster Art, wie Gerichtsgefälle, Zölle an Land- und Wasserstraßen, Münzrecht, Schürfrecht auf Metalle und vieles andere mehr. In allen Zeiten königlicher Schwäche haben die deutschen Großen es verstanden, diese Entwicklung des Lehnswesens zu ihren Gunsten und gegen den obersten Lehnsherrn, den deutschen König, auszunutzen.

So begegnen wir hier wieder der Schicksalsfrage des deutschen Volkes: Einheit oder Zersplitterung. Indem das deutsche Lehnswesen sich von den germanischen Grundlagen der Gefolgschaft entfernte, und während in Frankreich der König das Lehnssystem schließlich zugunsten der Zentralgewalt umbildete, hat es in Deutschland verhängnisvoll zur Zersplitterung von Staat und Volk beigetragen. Gegen diese Entwicklung bildete auch die Tatsache kein Gegengewicht, daß ja nicht nur der König Lehnsmannen besaß, sondern auch die Fürsten und Großen wieder Lehen an alle zum Empfang derselben Berechtigten austeilten. So entstand ein ganzes System lehnsrechtlicher Abhängigkeiten, eine Pyramide von Lehnsherren und Lehnsmannen, an deren Spitze der König stand, und innerhalb derer nach einem genau abgestuften System jeder nur von einem im Stande Höheren ein Lehen nehmen durfte, wenn er nicht seinen eigenen Stand mindern wollte. Es ist bezeichnend, daß in dieser sogenannten „Heerschildordnung" an erster Stelle nach dem Könige die geistlichen Fürsten, die sogenannten „Pfaffenfürsten", standen, von denen auch der König ohne Standesminderung Lehen nehmen durfte.

Jetzt verstehen wir die Politik des Staufenkaisers Friedrich Rotbarts bei der Zerschlagung der Stammesherzogtümer. In den gegebenen Grenzen des Lehnswesens, die er als zeitgebundener Mensch nicht zu sprengen vermochte, hat er versucht, durch eine völlige Durchbildung des Lehnswesens dem Königtum an der Spitze desselben eine wieder beherrschende Stellung zu geben und zugleich durch Verkleinerung der größten Lehen, der Herzogtümer, ihr Ausbrechen aus diesem vom Könige beherrschten Lehnssystem, zu verhindern. Andererseits hat Friedrich I. gegen seinen Willen die Zerspaltung des deutschen Volkes noch gemehrt, indem er nach dem Sturze Heinrichs des Löwen das politische Hervortreten eines abgesonderten *reichsfürstlichen* Standes zulassen mußte. Hatte das Absinken freier deutscher Bauern in die Unfreiheit zum ersten Male den Kreis derer, welche verantwortlich die Politik der Führer mittrugen, im Verhältnis zur germanischen Zeit eingeschränkt, so hat die weitere Entwicklung diesen Kreis immer enger werden lassen. Aus ihm hob sich jetzt der Stand der Reichsfürsten hervor, den übrigen Adel politisch hinter sich zurücklassend. Auch dieser Kreis sollte im Laufe des 13. Jahrhunderts, wenigstens im Zusammenhange mit der deutschen Königswahl, noch einmal eingeengt werden, so daß von der germanischen Volksversammlung und ihrem Wahlrecht der Weg zum Kurfürstenkolleg mit seinen drei geistlichen und vier welt-

lichen Mitgliedern führt, welche die Wahl des deutschen Königs vollzogen.

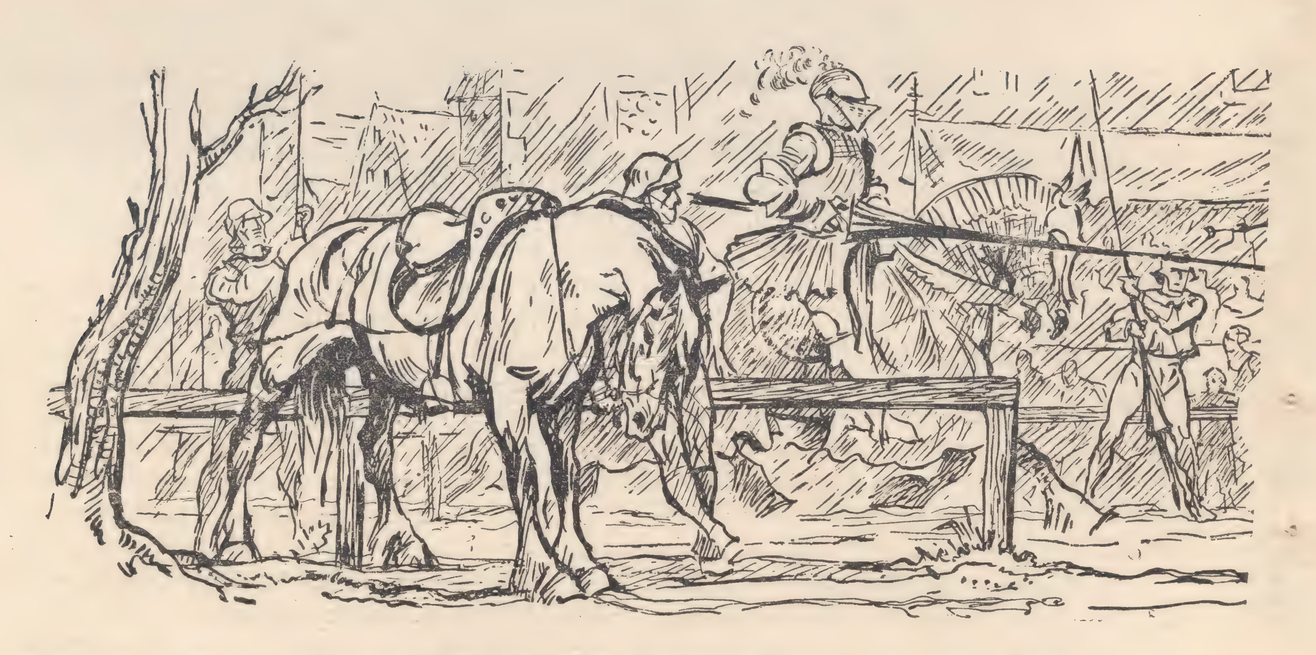
Auf dem Wege über das Lehnswesen ist auch die Ausbildung der deutschen Territorialstaaten endgültig geworden. Politisch war sie ein Kampf gegen das Königtum nach oben, gegen die kleineren oder schwächeren Standesgenossen nach unten. Rechtlich beruhte sie auf der Belehnung mit Rechten verschiedenster Art, unter denen die Hochgerichtsbarkeit, der „Blutbann", also die ursprünglich als königliches Amt vom Grafen wahrgenommenen Rechte die wichtigsten waren. Kaiser Friedrich II., der sein sizilisches Erbe aus mütterlichem Blute in den straffen Formen eines absolutistischen Staates organisierte, hat in Deutschland, dem Erbe seiner Väter, bedenkenlos der Zersplitterung freien Raum gegeben und 1220 die Landeshoheit der geistlichen, 1232 die der weltlichen Fürsten feierlich privilegiert. Fast genau 700 Jahre, von 1232 bis 1933, hat das deutsche Volk an diesem Fluche einer Zersplitterung in Territorialstaaten leiden müssen.

Da ja auch die geistlichen Fürsten an dieser Entwicklung teilhatten, war der deutsche Westen durch die Territorien von Bischöfen und Stiften am meisten zersplittert. Der Rhein wurde zur „Pfaffengasse des Heiligen Römischen Reiches". Die deutsche Westgrenze verlor unter dieser Vielheit kleiner und kleinster Staatsgebilde an Widerstandskraft nach außen, und nicht zuletzt dieser Tatsache verdankte der nach Osten gerichtete Eroberungswille des im Königtum geeinten französischen Staates seine Erfolge in späteren Jahrhunderten. Im deutschen Osten aber entstanden auf Kolonialboden, vor allem in den Markgrafschaften von Holstein über Brandenburg und Meißen bis nach Österreich, große weltliche Territorien, welche die Stürme von Jahrhunderten überdauerten. So kam es, daß von den großen ostdeutschen Staaten her, erst im Kampfe Preußens mit Österreich und dann in der Erfüllung einer deutschen Sendung durch Preußen im 19. Jahrhundert, der Beginn mit der Wiederherstellung der im 13. und 14. Jahrhundert verlorengegangenen Einheit Deutschlands gemacht werden konnte.

Ministeriale und Ritter

Schon früh erkannten die deutschen Könige die Gefahren, die ihnen von seiten der großen Lehnsträger erwuchsen. Sie gingen daher zunächst daran, den niederen Adel gegen den höheren zu unterstützen (Konrad II. 1024 bis 1039) und sich, wie übrigens auch die Fürsten, geeignete Unfreie für Kriegsdienst und Verwaltung heranzuziehen. In Erbgang, Heirat und anderen Dingen rechtlich beschränkt, stiegen diese Dienstmannen (Ministerialen) durch ihren Dienst bei Königen und Fürsten sozial empor, da sie zum ritterlichen Waffendienste herangezogen und dafür mit einem Dienstlehen ausgestattet wurden. Abhängiger als die Lehnsmannen, von deren Stellung zu ihren Lehnsherren wir ja oben gesprochen haben, wurden diese Dienstmannen zu den treuesten Dienern ihrer Herren. Den staufischen Kaisern seit Friedrich I. wurden sie geradezu die immer zuverlässigen Träger ihrer weitgespannten Politik. Während schon Fürsten und hoher Adel ihre eigenen Wege zu gehen begannen, haben sie an der Größe und Einheit des Deutschen Reiches gearbeitet und an sie geglaubt, bis das staufische Herrscherhaus dahingesunken war. Ihre soziale Entwicklung ist noch in anderer Beziehung wichtig geworden. Wirtschaftlich durch reiche Dienstgüter gesichert, zum Waffendienste wie der freie Adel bestimmt, durch Angehörige des freien Adels, die freiwillig in die Ministeralität eintraten, gemehrt, wuchs dieser Dienstadel immer enger mit dem Lehnsadel zusammen. Durch gemeinsamen Waffendienst und gemeinsame Lebensformen verwischen sich die Geburtsunterschiede zwischen Freien und Unfreien immer mehr. So wurde schließlich, wie wir es ähnlich bei den Bauern gesehen hatten, vom Beruf, nicht mehr vom Geblüt her ein einheitlicher ritterlicher Stand geprägt, der sich seit dem 13. Jhdt. ausbildet. Er ist der Träger der ritterlichen Kultur, die in Lebensformen, Kunst und Dichtung auf deutschen Boden reiche Blüten hervorgebracht hat.

Die Burgen wurden zum Sitz und Mittelpunkt dieses Lebens. Wie sie vor allem Festungsbauten waren und Wehrzwecken dienten, so erschöpfte sich auch das ritterliche Berufsleben vor allem in Krieg und Kampf. Freilich war der Ritter nicht nur in die allgemeinen Zusammenhänge der Kriegs- und Rechtsverfassung eingegliedert. In der Fehde erhielt sich ein Recht auf Selbsthilfe, das wiederum auf germanische Wurzeln zurückging. Im Laufe der Zeit oftmals



mißbraucht, wurde es durch die, aus Westeuropa übernommenen sogenannte Gottesfrieden, den Ausschluß bestimmter Tage und Zeiten für das Austragen von Fehden, mehr und mehr eingeschränkt.

Bürger und Städte

Mit dem Bürger und der Stadt aber sehen wir noch eine neue Lebensform entstehen. Nicht die alten Römerstädte auf deutschem Boden, wie Xanten, Köln, Mainz und manche andere sind Keim der deutschen Stadt geworden, sondern sie ist eigenständig aus den Bedürfnissen deutschen Lebens erwachsen. Die Einrichtung von Märkten durch die Grundherren steht an ihrem Anfange. Die Stadt ist zunächst eine römische, den Germanen unbekannte Lebensform. Als dann im Mittelalter auch auf deutschem Boden Städte entstanden, waren sie aus anderen Wurzeln als denen der Römerstädte erwachsen. Die Hansestädte aber — und neben ihnen die ostdeutschen Kolonialstädte — sind die stolzesten Zeugnisse dafür, was die „Stadt" in der Prägung durch die nordische Rasse wurde. Denn die niedersächsischen Bürger, die in der Gemeinschaft der Hanse hinausfuhren zu allen Küsten der Ost- und Nordsee, waren nicht kleinliche Krämer, sondern Männer, die als Herren und politische Gestalter eines ihnen gemäßen Lebensraumes auftreten durften. So ist doch das germanische Erbe durch den Wandel der Zeiten und der Erscheinungen wenigstens in einem solchen Umfange hindurchgetragen worden, daß das deutsche Leben in seiner letzten Tiefe von diesem Erbe bestimmt wurde.

Eine große Anzahl von Städten ging aus älteren Siedlungen hervor, andere entstanden als Neugründungen. Bei allen wirkte der Stadtherr, mochte es der König oder sein Vogt, ein Bischof oder ein Landesherr sein, entscheidend mit. Bei den Gründungsstädten aber konnte sich bald die Tatkraft des jungen Bürgertums entfalten, indem Unternehmergemeinschaften die Stadtgründung durchführten. So ist zuerst wohl Freiburg im Breisgau 1120 entstanden. Schließlich gehörten Marktrecht, eigene Gerichtsbarkeit und Verwaltung sowie Befestigung zu den Merkmalen einer Stadt. Die Stadt wurde zu einer politischen Körperschaft eigenen Rechtes und Ranges. In ihrem Drange nach Selbständigkeit gerieten die Bürgerschaften namentlich in den westdeutschen Städten die einen geistlichen Stadtherrn hatten, in Gegensatz zu diesem. Heinrich IV. hat es im Kampf gegen die Fürsten wohl verstanden, sich auf die junge Kraft des deutschen Bürgertums zu stützen und etwa die Bürger von Worms gegen ihren bischöflichen Stadtherrn auszuspielen, aber weder er noch seine Nachfolger haben den revolutionären Schritt gewagt, sich mit dem reichstreuen Bürgertum gegen die fürstlichen Sondergewalten zu verbünden, und Friedrich II. hat zwar die Reichsstädte, voran Lübeck, das spätere Haupt der deutschen Hanse, gefördert, aber die Bischofsstädte der Landeshoheit ihrer geistlichen Herren geopfert. Wenn dennoch die deutschen



Städte mehrfach in schweren Zeiten der Reichsgeschichte die Stimme für Einheit und Größe des Reiches erhoben haben, wenn sie im ganzen Osten mit fast unerschöpflicher Kraft ihre Lebensformen entfalteten, so sind das Zeugnisse für die Artgemäßheit des deutschen mittelalterlichen Städtewesens. Die Städte waren ja die jüngste Prägung deutschen Gemeinschaftslebens, und nur als Ausdruck dieses tief in Blut und Überlieferung ruhenden Willens zur *Gemeinschaft* waren die deutschen Städte zu einer politischen Leistung bestimmt, die sie weit über wirtschaftliche Interessen und materialistischen Egoismus hinaushob.

Innerhalb der deutschen Reichsgeschichte haben die Städte des Mittelalters nach dem Ende der Staufer ihre erste große geschichtliche Stunde gehabt. Sie stellten sich als selbständige politische Kraft neben Königtum und Fürsten, die beiden Träger des politischen Lebens in der Zeit, in der das staufische Haus unterging. Doch eben das Ende des staufischen Kaisertums traf auch das deutsche Königtum mit voller Gewalt, schwächte es und wandelte es in seinem Wesen. So bedeutete der Tod Friedrichs II. (1250) und das furchtbare Ende seiner Söhne und Enkel einen tiefen Einschnitt in der deutschen Geschichte. Der an sich so nichtssagende Begriff vom „späten Mittelalter" sagt uns doch eins gewiß: daß um die Mitte des 13. Jhdts. ein Umbruch in der deutschen Geschichte erfolgte.

Bisher war Deutschland eine *Erbwahlmonarchie* gewesen: die Fürsten hatten den König gewählt, waren aber bei ihrer Wahl an den Bluts- und Erbzusammenhang der herrschenden Familie bzw. nach ihrem Aussterben an eine mit ihnen verwandte Familie gebunden. Nur gelegentlich wurden davon Ausnahmen gemacht; immer wieder haben die deutschen Königshäuser versucht, durch Vererbung der königlichen Würde Gradlinigkeit in die deutsche Entwicklung zu bringen und Brüche zu vermeiden. Stets hat das Schicksal sie daran gehindert und der allzu frühe Tod ihre Pläne durchkreuzt, während im benachbarten Frankreich eine Dynastie Jahrhunderte hindurch an der Festigung des Staates arbeiten konnte. Mit dem Untergange des letzten großen deutschen Kaiserhauses, der Staufer, waren diese Bemühungen begraben. Von jetzt an waren die Fürsten die „Landesherren", die eigentlichen Träger und Gestalter des politischen Lebens in Deutschland, und nur soweit der von ihnen gewählte König vor oder nach seiner Krönung als Landesherr, als Territorialfürst Macht besaß, war auch das deutsche Königtum noch mächtig.

Schmählich genug haben die deutschen Fürsten nach dem Aussterben der Staufer ihres Amtes gewaltet. Während sich die Wähler bei den nächsten Wahlen auf ein kleines Kollegium der „Kurfürsten" beschränkten, war die Kür des neuen Königs für sie nur die Gelegenheit zum großen politischen und finanziellen Geschäft. Als der Gegenkönig gegen die Staufer, Wilhelm von Holland, von friesischen Bauern im Kampfe erschlagen worden war (1256), gaben die deut-

schen Kurfürsten, durch große Summen bestochen, ihre Stimmen zwei Ausländern: einem Engländer und einem Kastilianer.

In dieser Zeit deutscher Schwäche und Schande schlossen sich deutsche Städte zum ersten Male zu einem politischen Bunde zusammen. Der Rheinische Städtebund entstand (1254). Nach außen suchte er das Recht des deutschen Königtums zu vertreten. Nach innen wahrte er zusammen mit den ihm angeschlossenen Fürsten und Adligen den Landfrieden. Die Hut des Landfriedens war eine der wesentlichen inneren Aufgaben des deutschen Königs. Wenn er versagte, so mußten andere an seine Stelle treten. Die Städte hatten an Frieden und Gerechtigkeit ja das größte Interesse, wenn ihr Handel und Wandel gedeihen sollte. Aber es spricht doch für die Kraft ihres Gemeinschaftslebens, wenn gerade sie jetzt in die Bresche traten, die das daniederliegende Königtum nicht mehr ausfüllte. So wurde aus der Not heraus jetzt und im folgenden Jahrhundert in ähnlichen Städtebünden von neuen Gemeinschaftsformen die Rechtswahrung übernommen, die in vergangenen Jahrhunderten dem König zugefallen war und ihm jetzt wieder entglitt.

Die Hausmacht der Habsburger

Für einen politischen Einsatz war freilich der Rheinische Städtebund zu uneinheitlich und zu schwach. So kam erst Ruhe über das gequälte deutsche Land, als im Jahre 1273 ein neuer deutscher König gewählt wurde: Rudolf von Habsburg (1273–1291). Mit ihm beginnt eine neue Auffassung des deutschen Königtums. Er hing seine Träume und Pläne nicht mehr an die Weltpolitik, nicht an Rom und die Kaiserwürde. Die ersten Habsburger, die dem Elsaß entstammten, hatten recht und schlicht, sicher und zähe sich einen nicht unansehnlichen Besitz im Bereich des Oberrheins geschaffen. Als die Kurfürsten den kleinen Grafen von Habsburg zum Könige wählten, ahnten sie nicht, daß er mit der gleichen Zähigkeit, die seinen Ahnen Erfolg gebracht hatte, an die Bildung einer Hausmacht gehen würde. Eben das aber war das eigentliche Programm Rudolfs von Habsburg. Er strebte nicht mehr nach der Kaiserkrone. Er suchte nicht die große und gefährliche Welt, in der die Staufer zugrunde gegangen waren. Als kluger und umsichtiger Hausvater sorgte er für das Seine. Mit dem Volke wußte er zu leben wie ein Bürger unter Bürgern. Als ihn die Erfurter nach dem ersten Schoppen Bieres fragten, ob er einen zweiten wolle, antwortete er: „Nur Kranke nötigt und fragt man, Gesunden gibt man!" Unermüdlich und zäh, auch vor kriegerischer Auseinandersetzung nicht zurückweichend, schuf sich dieser Mann in noch nicht zwei Jahrzehnten eine bedeutende Hausmacht. Er gewann zu den westdeutschen Besitzungen seinem Hause Böhmen, das er Ottokar II. aus dem Hause der slawischen Przemysliden abnahm, Österreich und die Steiermark sowie Krain. Damit hatte sich das Schwergewicht des Habsburger Hauses in den Südosten verschoben — eine Tatsache, die für lange Jahrhunderte der deutschen Geschichte bis in den Weltkrieg hinein sich ausgewirkt hat.

Auf die eigene Macht gestützt, gefördert von den Städten, die für seine Politik die notwendigen Steuern aufbrachten, konnte Rudolf I. von Habsburg rücksichtslos gegen Friedensstörer vorgehen. In Thüringen hat er einmal Dutzende von Burgen zerstört und Raubritter hinrichten lassen. So schien es, als sollte der Rückzug Deutschlands aus der Weltpolitik sich doch segensreich auswirken und gerade auf dem Wege, der die Zersplitterung des Reiches gebracht hatte, auch die Überwindung des Zerfalls möglich werden. Denn Rudolf zog ja aus der unaufhaltsamen Ausbildung von „Ländern", von Territorien innerhalb des Reiches die letzte Folgerung, indem er durch den Zusammenschluß verschiedener deutscher Länder zu einer geschlossenen Hausmacht das Königtum neu zu begründen suchte. Auf dem gleichen Wege hat ja dann Preußen die deutsche Einigung durchzuführen begonnen. Aus diesem Vergleich sehen wir auch schon, wo die Grenzen einer solchen Politik lagen. Man kann ein Volk nicht einen, indem man gewissermaßen aus einem Teile ein Ganzes zu machen sucht, sondern indem man ihm eine neue Mitte, eine neue Idee, einen neuen Lebensinhalt gibt. Das konnte Rudolf von Habsburg nicht, und das konnte keiner der deutschen Könige und Kaiser des alten Reiches nach ihm. Sie haben alle nach dem Vorbilde gehandelt, das ihnen Rudolf von Habsburg bot. Sie alle haben die Königs-

...gnon

...ft
...edtner

Romanischer Palas

Frühgotischer Palas

Wand des romanischen Palas

Aufnahmen: Kunstgesch. Seminar Marburg

Die Burg Münzenberg in Hessen



Burgfrau und Handelsmann. Miniatur, Heidelberger Liederhandschrift. (14. Jhdt.)
Aufn.: Dr. F. Stoedtner

Ein Stift in Goslar mit romanischer Kemenate



Ruine der Ehrenburg bei Koblenz

Aufn.: Collignon

mit
nate

ollignon





Drei Holzschnitte des deutschen Meisters Albrecht Dürer. Oben: Mariä Geburt, vom mittelalterlichen Leben aus gesehen. Links: Ritter und Landsknecht. Unten: „Nürnberger Kanone" mit typisch mittelalterlichem Landschaftsbild. (Anfang des 16. Jhdts.)



Drucke der Reichsdruckerei



Lübeck um 1490. Holzschnitt aus Schedels Weltchronik

Aufn.: Collignon

Die Waage von Nürnberg. Holzschnitt von Adam Kraft

Aufn.: Dr. F. Stoedtner





Gewandhaus in Braunschweig (erbaut 1300) mit Ostfassade, die aus dem 16. Jhdt. stammt

Aufn.: Dr. F. Stoedtner

würde benutzt, um sich eine Hausmacht für ihre Familie, einen möglichst großen Territorialbesitz zu schaffen, sie haben dann durch ihre Hausmacht das Königtum zu stärken gesucht. Aber auch der Egoismus eines, zur Königswürde aufgestiegenen Fürsten konnte doch den vereinten Egoismus der übrigen Fürsten nicht überwinden.

Noch Rudolf von Habsburg mußte das erfahren. Er konnte die deutsche Krone seinem Sohne Albrecht nicht sichern. Statt dessen wählten die deutschen Kurfürsten nach dem Tode Rudolfs einen kleinen und, wie sie hofften, machtlosen Grafen: Adolf von Nassau (1292—1298). Tapfer und gebildet, war er doch der Last der königlichen Würde nicht gewachsen. Mit entwürdigenden Zusagen beugte er sich den Wünschen der Kurfürsten, ohne sie doch zu gewinnen. Als er daran ging, sich in Thüringen und Meißen eine Hausmacht zu schaffen, riefen die Fürsten den Sohn Rudolfs von Habsburg, Albrecht von Österreich gegen ihn herbei. Im Kampf mit ihm ist Adolf gefallen. Die Fürsten aber wählten jetzt doch den Habsburger zum König.

Alle Eigenschaften des Vaters fanden sich noch ausgeprägter beim Sohne: er war nüchtern und geizig, eine „bäurische Person", wie ein Chronist mißachtend schrieb. Und ein anderer hat die Politik Albrechts treffend mit den Worten gekennzeichnet: „Er war geizig nach Gut, das er doch nicht dem Reiche zufügte, sondern nur seinen Ländern, deren er viele besaß". Während Albrecht dem Papste Bonifazius VIII. Zugeständnisse in bezug auf Königtum und Kaisertum machte, wie kein deutscher König zuvor, betrieb er seine deutsche Politik mit solchem Erfolge, daß er das Reich wirklich wieder zusammenzuzwingen schien. Da machte ein Verwandter, Johann Parricida, dem Leben des Königs gewaltsam ein Ende (1. Mai 1308); Friedrich Schiller hat die Gestalt des Mörders an das Ende seines „Wilhelm Tell" gestellt.

Die Päpste von Avignon

In diesen Jahren war außerhalb des Reiches ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung eingetreten. Im Kampfe mit dem Weltherrschaftsanspruch der römischen Kurie waren die Staufer zugrunde gegangen. Ihre Nachfolger wirkten nur noch im Raume des deutschen Staates. Den grundsätzlichen Kampf um das Eigenrecht dieses Staates aber hatten sie aufgegeben. Er wurde von Frankreich wieder aufgenommen, und während Albrecht I. jeder Forderung des Papstes nachgab, hat Philipp der Schöne von Frankreich mit Bonifazius VIII. auch das Papsttum tödlich getroffen, das in der Lenkung der Welt seine höchste irdische Aufgabe sah. Einige Jahre danach verlegte die Kurie ihren Sitz nach A v i g n o n in Südfrankreich. Die französischen Päpste wurden ein Instrument der französischen Machtpolitik. Auch die Päpste von Avignon haben den Kampf gegen das Reich fortgeführt. Zwar ist der Nachfolger Albrechts, der Luxemburger Heinrich VII., noch einmal nach alter Art der deutschen Könige nach Italien gezogen; von dem großen italienischen Dichter Dante freudig begrüßt, mußte er doch die bittere Erfahrung, daß die Zeit der deutschen Italienzüge unwiderruflich vorüber war, mit seinem Tode im südlichen Lande besiegeln. Als es dann zu einer Doppelwahl kam und der Habsburger F r i e d r i c h d e r S c h ö n e von der einen, der Wittelsbacher L u d w i g d e r B a y e r von der anderen Partei der Kurfürsten gewählt wurde (1314), da suchte Papst Johann XXII. die Entscheidung des Thronstreites zu seiner Sache zu machen. Der Sieg Ludwigs hat ihn daran verhindert. Der Kampf um das Reich aber ging weiter. Der Papst von Avignon und der König von Frankreich waren die äußeren Gegner. Eben in diesen Jahren waren von radikalen politischen Denkern neue Grundlagen für das Eigenrecht des Staates gegenüber der Kirche erarbeitet worden, für diese seit dem Investiturstreit brennende Frage. Von diesen Grundlagen aus hat Ludwig den Kampf gegen die Kurie im Bunde mit bestimmten Gruppen des Franziskanerordens aufgenommen. Aber wichtiger für die politische Haltung der Deutschen war doch, daß jetzt zum ersten Male aus der Tiefe des Volkes heraus den Forderungen der Kurie geantwortet wurde. Als päpstliche Legaten französischer Abstammung in Westdeutschland erschienen, schrieb ein Kanzleibeamter des Erzbischofs von Trier: „Die Nuntien irren, wenn sie glauben, mit harten und rauhen Worten, mit ihren Drohungen zum Ziele zu kommen. Das ist ein bei den Deutschen, welche Furcht nicht kennen, ganz und gar nicht verfangendes Unternehmen." So brach denn in diesem letzten Kampfe von Kaiser und Papst

zum ersten Male ein stolzes völkisches Selbstbewußtsein hindurch, Zeugnis dafür, daß die alten Eigenkräfte des deutschen Volkes auch in verwandelten Formen und trostlosen Zeiten lebendig geblieben waren. Im Jahre 1338 aber kam die Nachricht nach Avignon, die dort, wie es hieß, „mit heftigem, herzbeklemmend starrem Staunen und nicht ohne viel Mißfallen" aufgenommen wurde, daß die Kurfürsten am Königsstuhl zu Rense bei Koblenz beschlossen hätten: der von ihnen gewählte König bedürfe nicht der Bestätigung des Papstes, um seines königlichen Amtes voll und ganz walten zu können. Hier hatten die deutschen Kurfürsten einmal als Hüter des Reiches und des deutschen Königtums stolz die Schranke gegen die päpstlichen Ansprüche errichtet.

Als freilich trotz aller Bereitwilligkeit Kaiser Ludwigs der Friede mit der Kurie nicht zustande kommen wollte, griffen die Fürsten wieder zu dem Mittel einer Neuwahl. Sie wählten den Kandidaten, den ihnen der Papst bot: Karl IV. (1346 – 1378). Der Tod Ludwigs des Bayern hat Deutschland vor einem längeren Thronstreit bewahrt (11. Oktober 1347). Karl IV. aber hat die neue Form deutschen Königtums, für die Rudolf von Habsburg den Grund gelegt hatte, zu einer gewissen Vollendung ausgeprägt. Der Enkel Kaiser Heinrichs VII. aus luxemburgischem Hause hat auf einem Romzuge die Kaiserkrone erworben und stets in seiner großen Politik die Kurie als wichtigen Faktor berücksichtigt. Aber der eigentliche Bereich seines Wirkens war noch enger beschränkt: auf Böhmen, dessen Krone sein Vater Johann für das luxemburgische Haus gewonnen hatte, und auf Deutschland. Ein späterer deutscher Kaiser, Maximilian I., hat einmal auf Karl IV. das Wort von dem Erzstiefvater des Heiligen Römischen Reiches geprägt. Es trifft nicht zu. Karl hat nicht nur für Böhmen, sondern auch für das Reich tätig gewirkt. Indem er die Mark Brandenburg erwarb, reichten seine Interessen bis gegen die See. Er plante eine wirtschaftliche Zusammenfassung Mitteleuropas, für welche die Elbe von Böhmen bis Hamburg die Achse werden sollte. Die Unterstützung der deutschen Hanse und des deutschen Ordens in Preußen dienten dem gleichen Zweck. Ein deutscher König, der Wirtschaftspolitik im großen treibt: welch ein Wandel der Zeiten gibt sich darin zu erkennen, wie tief wirkte hier schon das bürgerliche Denken auf das fürstliche ein, wieviel näher standen sich deutsches Bürgertum und landesfürstliches Königtum, als die ritterlich-adlige Welt des Lehnswesens, die vergangene Jahrhunderte beherrscht hatte! Als nüchterner Tatsachenmensch erkannte Karl auch die Stellung, welche die Kurfürsten sich im letzten Jahrhundert geschaffen hatten, durch die „Goldene Bulle", eine Festlegung der Königswahl wie überhaupt der königlichen und fürstlichen Rechte an. Er brachte damit die tatsächliche Zersplitterung erst in die Rechtsform einer Verfassung, hielt aber auch einen weiteren Zerfall des Reiches auf. Nüchtern in allen praktischen Erwägungen, ein guter Rechner und kluger Kaufmann, jedem kriegerischen Einsatz nach Möglichkeit abhold, hat Karl IV. regiert. Eine eigenartig verängstigte Frömmigkeit mit dem Glauben an Wunder und Vorzeichen hat sich mit dieser Nüchternheit verbunden.

Schöpferischer als im Reich war sein Wirken in Böhmen. In der Königlichen Kanzlei zu Prag saßen Männer, die von der jungen italienischen Renaissance Anregungen empfingen, um sie in deutsches Leben umzusetzen. Die deutsche Sprache, wie sie in der Kanzlei Karls IV. gepflegt wurde, ist eine Stufe zu der neuhochdeutschen Sprache, welche die Schriftsprache des ganzen deutschen Volkes geworden ist. In Prag errichtete ein deutscher Baumeister, Peter Parler, den herrlichen Chor des Domes. Im Jahre 1348 entstand die Universität Prag als erste Universität auf deutschem Reichsboden. Sie ist auch der völkischen Zusammensetzung ihrer Lehrer und Studenten nach zunächst trotz ihrer übervölkischen Zielsetzungen wesenhaft deutschgestimmt gewesen.

So blühte denn das deutsche Leben zur Zeit Karls IV. nirgends reicher als in Böhmen. Doch war nicht Böhmen in den ersten Jahrhunderten mittelalterlicher deutscher Geschichte in der Hauptsache ein slawisches Land, das zwar staatlich zum Reiche gehörte, aber in seiner völkischen Zusammensetzung neben Resten alter germanischer Bevölkerung und frühen Ansiedlungen deutscher Kaufleute zunächst einmal undeutsch gewesen war? Welcher gewaltige Vorgang hatte das Deutschtum in diesen Landschaften zur eigentlichen schöpferischen Kulturmacht werden lassen? Es war die ostdeutsche

Kolonisation, auf die wir später in größerem Rahmen zurückkommen werden.

Die schöpferischen Kräfte

Innerhalb des deutschen Lebens aber, dem wir durch die Jahrhunderte nachgegangen sind, sehen wir die Stadt, das Bürgertum als lebendige Volksschicht, in ganz Deutschland entstehen. Überall wuchsen neue Städte empor. Überall wurde die Siedlungsdichte vermehrt. Die Städte selbst aber nahmen in dieser Zeit auch zahlenmäßig stark zu, wenngleich Städte von 20 000 Einwohnern im Mittelalter noch eine Seltenheit darstellten. Weder die Zahl noch die Größe der deutschen Städte ist vom ausgehenden 15. bis zum ausgehenden 18. Jahrhundert merklich gewachsen.

Auch der Bauer erlangt den Besitz seiner persönlichen Freiheit wieder. Er ist in weiten Teilen Deutschlands zwar nicht tätiger Träger des politischen Lebens, wohl aber hat er aktiv an der Rechtsbildung und Wirtschaftsentwicklung wieder teil. In der Schweiz machte sich in dieser Zeit das bäuerliche Volk auch politisch selbständig. In den Schlachten von Morgarten (1315) und Sempach (1366) siegten die Schweizer Bauernheere über die österreichischen Ritterheere der Habsburger. Eine landschaftlich gebundene, in alten Gemeinschaftsformen aufgewachsene Bevölkerung setzte sich gegen den territorialpolitisch denkenden Landesherrn zur Wehr.

Daß aber jetzt und in Zukunft das Fußheer über das Heer der Ritter im schweren Panzer und zu Pferde siegte, weist uns auf die schwere Krisis hin, in der sich der ritterliche Stand befand: er wurde auf dem eigensten Felde seines Berufes, im Kriege, besiegt. Die Wandlungen der Heeresverfassung mußten die deutsche wie die ganze europäische Ritterschaft schwer treffen. Von der wirtschaftlichen Entwicklung her, einem inneren Verfall der grundherrschaftlichen Wirtschaftsformen und dem Siege der Geldwirtschaft über die Naturalwirtschaft, auf der ja Lehnswesen und Ritterstand seit ihrem Entstehen beruhten, wurden sie nicht minder bedroht. So ist es zu verstehen, daß so manche Burg zum Raubritternest wurde, Adlige das Fehderecht mißbrauchten, um sich an Nachbarn und Städten schadlos zu halten, und der Kaufmann wie der Bauer vor Überfällen nicht mehr sicher waren. Das Fehlen einer starken Reichsgewalt förderte diese unheilvolle Entwicklung noch. Durch Verarmung, Abzug in die Stadt, eheliche Verbindung mit dem städtischen Patriziat, die Verleihung des Adels an bisher nichtadlige Familien, die seit Karl IV. aufkam (Briefadel), veränderte sich das bisherige Wesen des Adels. Politisch hat er sich in den ständischen Formen bis in die Neuzeit hinein gehalten. Wirtschaftlich verlor er seit dem 13. und 14. Jahrhundert die ihm eigentümlichen Grundlagen. Kulturell war das Rittertum schon seit dem 13. Jahrhundert unschöpferisch geworden.

Im Laufe des 15. Jahrhunderts hat sich auch die rechtliche und soziale Stellung der Bauern wieder verschlechtert, als Folge der allgemeinen unsicheren Zustände litten sie unter geradezu bitterer Armut. In Sprüchen und Liedern sind die Bauern die „groben Filzhüte", die „Ackertrappen", um schließlich in der Sprache der Zeit die „armen Leute" schlechthin zu werden.

So blieben als Träger des politischen wie des kulturellen Lebens im späten Mittelalter die Fürsten und die Städte. In den ständischen Kämpfen der Zeit miteinander verfeindet, haben sie sich doch auch ergänzt, und gerade auf kulturellem Gebiete durchdrangen sich bürgerliche und fürstliche Lebenskreise vielfältig. Form und Inhalt dieses Lebens soll uns auf dem Hintergrunde des großen politischen Geschehens jetzt noch beschäftigen.

Die Verpflanzung der päpstlichen Kurie von Rom nach Avignon brachte in das Wesen des Papsttums und seiner Politik bedeutsame Wandlungen. Die Kurie erkannte die ungeheure Bedeutung der aufkommenden Geldwirtschaft. Im Bunde mit dem Gelde wurde die päpstliche Machtpolitik jetzt Finanzpolitik, wo sie bisher Weltherrschaftspläne verfolgt hatte. In einem bis ins letzte Dorf reichenden Steuersystem wurden weltliche und geistliche Abgaben aus dem ganzen Abendlande eingetrieben. Wenn die Behauptung umging, Papst Johann XXII. (1316–1334) habe bei seinem Tode 25 Millionen Goldgulden hinterlassen, so war das weit übertrieben. Aber gerade diese Übertreibungen verraten, was die Völker über die Finanzpolitik der Kurie meinten. So wuchs gegen diese überall der Widerstand. Niemand traute mehr der bestimmungsgemäßen Verwendung der Gelder.

Das Papsttum selbst aber spaltete sich durch eine Doppelwahl (1378) in zwei Kurien. In Rom wie in Avignon saß nun ein Papst. Eine allgemeine Kirchenversammlung (Konzil) sollte der gespaltenen Kirche die Einheit wiedergeben. Aber nachdem von einem solchen Konzil zu Pisa in Italien ein neuer Papst gewählt war, bestanden die beiden anderen Päpste auf ihrer Stellung, und nun gab es drei Päpste, bis dann das Konzil von Konstanz der Kirche wieder einen einzigen Papst gab (1417).

Das Reich war in diesen Jahren nicht geschlossener. Der Sohn Karls IV., namens Wenzel, wurde 1400 als „unnützer, träger, unachtsamer Entgliederer und unwürdiger Inhaber des Reiches" abgesetzt und an seiner Stelle der schwächliche Ruprecht von der Pfalz gewählt. Nach dessen Tode (1410) wurden zwei Luxemburger, Wenzels Bruder Sigmund, der durch die Bemühungen seines Vaters, Karls IV., die ungarische Krone erworben hatte, und Jobst von Mähren in Doppelwahl zu deutschen Königen erkoren; und da auch Wenzel überraschend wieder auf sein Königtum pochte, gab es gleichzeitig drei deutsche Könige. Zum Glück löste sich die Wirrnis schnell; Sigmund, der letzte männliche Sproß aus dem luxemburgischen Hause, hat die deutsche Krone dann bis zu seinem Tode (1437) getragen. Drei Könige und drei Päpste: so waren die beiden großen universalen Mächte des Abendlandes in sich zerfallen! Weder Papsttum noch König- oder Kaisertum waren mehr das, was sie im hohen Mittelalter gewesen waren. Die Kirchenversammlungen von Konstanz und Basel brachten der Kirche die äußere Einheit wieder, die innere Reform aber nicht.

Nach Kaiser Sigmunds Tode fiel die Krone wieder an die Habsburger. Friedrich III. hat in den langen Jahrzehnten seiner Herrschaft (1440–1493) in seinen österreichischen Stammlanden mit kleinlicher Pedanterie die Verwaltungskünste eines Landesherrn ausgeübt. Um das Reich hat er sich kaum gekümmert, und wenn er es tat, war es nur zum Unheil. So hat er die im Streit von Papst und Konzil fast vollzogene Schaffung einer deutschen Nationalkirche durch ein Konkordat mit dem Papste (1448) verhindert. Hatte schon unter Kaiser Sigmund durch die Hussitenstürme das Deutschtum in Böhmen schwere, wenn auch nicht unheilbare Verluste erlitten, so ist während der Regierung Friedrichs III. der deutsche Ordensstaat Preußen vom Reiche den Abfallsgelüsten der preußischen Stände (Städte und Adel) und dem Zugriff des polnischen Königs ausgesetzt worden. Trotz solcher Schwäche hat der Kaiser – der letzte übrigens, der noch in Rom die Kaiserkrone empfing – doch durch die Vermählung seines Sohnes Maximilian mit der Erbin von Burgund den Grund zur Habsburgischen Großmacht in der Politik gelegt, die das Habsburgische Haus auf den Weg einer immer volksfremder werdenden Politik führte.

Maximilian I. (1486–1519) hat die dynastische Politik seines Vaters fortgesetzt. Zwischen diese und ein romantisches Festhalten am alten universalen Kaisertum gestellt, hat Maximilian doch als erster deutscher König die deutsche Nation als Einheit gesehen und die völkische Ehre zum – freilich nicht ausschließlichen – Maßstabe seiner Politik gemacht. Unermüdlich im Planen und Handeln, leidenschaftlicher Jäger, Kenner und Förderer von Literatur und bildenden Künsten, vom Volke geliebt als erhoffter Erneuerer deutschen Volkes und Reiches, ist er als der „letzte Ritter" in unsere Geschichte eingegangen.

Stände und Zünfte

Immer loser umschloß der Rahmen des Reiches das Leben des deutschen Volkes und seiner staatlichen Einzelgebilde. Die Fürsten schufen an ihren Residenzen kulturelle Mittelpunkte, die zwar nicht die ausschließliche Bedeutung späterer Jahrhunderte hatten, aber doch für die Entwicklung von Kunst und Bildung wichtig wurden. Sie beriefen Räte als ihre politischen Vertrauten und bauten für ihre Länder den modernen Beamtenapparat auf, dessen Ausbildung dem einheitlichen Deutschen Reiche früherer Jahrhunderte nicht gelungen war. Ihre innerpolitischen Gegenspieler fanden sie in den „Ständen", den Vertretungen von Ritterschaft, Städten, oft der Geistlichkeit, und nur selten den Bauern, die im Landtage zusammentraten und durch das Recht der Steuerbewilligung sich entscheidenden Einfluß auf die Regierung sicherten. Das galt auch für den Reichstag gegenüber dem deutschen Könige.

Trotz dieses Gegensatzes der Städte gegen die

Fürsten wurde auch der Lebensbereich dieser von der bürgerlichen Kultur durchdrungen. Wie Bürgersöhne in den Adel übergingen oder die hohen kirchlichen Würdenstellen einnahmen, die in früheren Jahrhunderten dem Adel vorbehalten gewesen waren, so gewannen sie als fürstliche Räte und Beamte auch auf die fürstliche Politik bedeutsamen Einfluß.

Seine eigentliche Schöpferkraft entfaltete das deutsche Bürgertum des späten Mittelalters aber doch in seinem Lebensbereich, in der Stadt. Vor allem die freien Reichsstädte wurden Mittelpunkte einer blühenden Kultur. Während der großen Zahl kleiner und kleinster Städte ihr ländliches Wesen erhalten blieb entwickelten sich Städte wie Nürnberg und Augsburg oder Köln oder die Hansestädte zu Gemeinden, in denen die Fäden aus aller Welt sich verknüpften.

Anders war das politische Bild. Das Deutschland dieser Zeit ist nicht nur zersplittert in Territorien. Es ist auch zerrissen durch den Haß seiner Stände und Schichten. Von Fürsten und Städten angefeindet, von Verarmung bedroht, hatten sich die Ritterschaften im 14. Jahrhundert zu großen Bünden zusammengeschlossen. Der Ritter wiederum sah im Bürger, den Pfeffersäcken, und gar im Bauern ein Freiwild. War so das Leben der ländlichen Bevölkerung Deutschlands vergiftet, so stand es um die Städte nicht besser. Auch hier stand eine Oberschicht gegen eine aufstrebende Unterschicht. Die eigentliche Handhabung der städtischen Selbstverwaltung war ganz in die Hände des Patriziats übergegangen, das als ein geschlossener Kreis von „ratsfähigen" Familien die Ämter des städtischen Rates besetzt hielt. Gegen dieses Patriziat wandten sich die Zünfte, Zwangszusammenschlüsse von Unternehmern eines Gewerbes, vor allem eines Handwerks. Während des ganzen 14. und 15. Jahrhunderts dauerten die Zunftkämpfe, bis auch die Handwerker in irgendeiner Form am Rate der Stadt beteiligt waren. Doch auch die Zünfte schlossen sich wiederum im Interesse einer günstigeren Verteilung der vorhandenen Arbeit ab. So entstand eine breite Schicht von Gesellen, die niemals zur Stellung eines selbständigen Meisters aufstiegen, sondern bei schlechten Löhnen sich den ungünstigsten Arbeitsbedingungen unterwerfen mußten. Wenn keine Ausländer, keine Angehörigen unehrlicher Gewerbe und deren Nachkommen in die Zunft aufgenommen wurden, wenn eheliche deutsche Herkunft und eine Ahnenprobe über vier Geschlechter verlangt wurde, so diente das alles der rassischen Reinhaltung. Andererseits versperrten diese Beschränkungen innerhalb des deutschen Volkes den Aufstieg gesunden und kräftigen Nachwuchses etwa bäuerlicher Herkunft, so daß das Zunftwesen geistig, blutsmäßig und wirtschaftlich schließlich vergreiste und erstarrte. Zu dieser sozialen Krise aber kam die religiöse, von der noch zu sprechen sein wird.

Eine Zeit ging zu Ende. Mühselig drängten inmitten des Alten doch erste Keime eines Neuen, das zugleich Selbstbesinnung auf die alten, urewigen Kräfte des Volkes war, ans Licht. Wenn im 15. Jahrhundert der alte Begriff des „Heiligen Römischen Reiches" weitergebildet wurde zum neuen Begriff des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation", so bedeutete das die Einschränkung auf den deutschen Teil, den eigentlich völkischen Kern des Reiches, und nicht das Imperium unter deutscher Herrschaft als Ganzes. In der deutschen Wissenschaft brach die Erinnerung an die germanische Vorzeit wieder durch. Nirgends wurde zu Ausgang des 15. Jahrhunderts die alte und ewig neue Welt germanisch-deutschen Lebens so gepriesen, wie im schönsten der westdeutschen Grenzlande, im Elsaß. Gegen französische Gelüste verteidigte Jakob Wimpheling den deutschen Charakter des Rheines; er glaubte an die Einigkeit der Deutschen, „daß aus Liebe des Gemeinnutzes ihr alle Einhelligkeit und ganze Liebe gegeneinander habet". In der gleichen Zeit verkündete der Schwabe Heinrich Bebel seine Überzeugung von der deutschen Vergangenheit als Glauben an die deutsche Zukunft: „Es waren nicht Zugewanderte und nicht ein Völkergemisch, das den Germanen den Ursprung gab, sondern wir sind auf dem Boden geboren, den wir heute bewohnen, unsere Sitze sind auch unser Geburtsland." Nichts anderes bedeuten diese Worte als den ewigen Glauben an die eigene Art. Er war in Jahrhunderten wechselnder Schicksale ungebrochen geblieben. Über Zerfall und fremde Einflüsse hinweg blieb er das Erbe, das auch uns anvertraut wurde, um es zu mehren und zu wahren.

ABC der Aussenpolitik

Brest-Litowsk. Stadt in Polen. Hier wurde 1917 der Waffenstillstand, am 3. März 1918 der Friede zwischen den Mittelmächten und Sowjetrußland geschlossen. Rußland verzichtete zugunsten der Mittelmächte auf seine Ostseeprovinzen und auf Polen. Schon zu den Waffenstillstandsbedingungen der Entente gegenüber Deutschland vom 8. November 1918 gehörte der Verzicht auf die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest durch Deutschland. Der Führer begann den Kampf der Bewegung in München durch Reden, die Brest-Litowsk und Versailles miteinander verglichen, da die Novemberverbrecher zur Tarnung ihrer Dolchstoßschuld beide Verträge auf eine Stufe stellten.

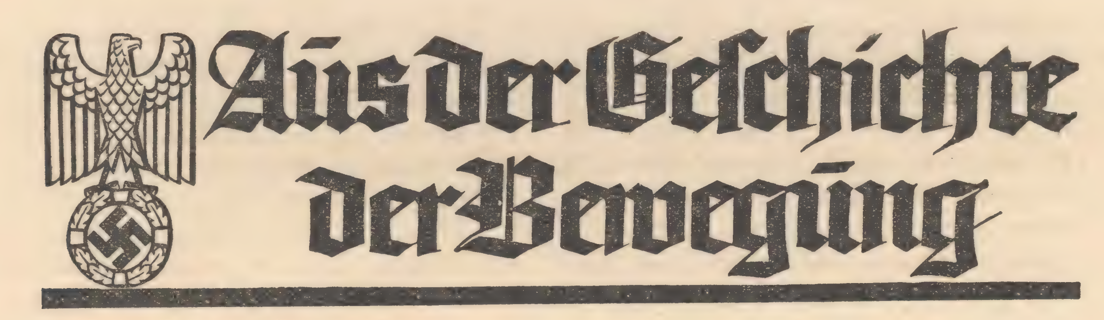
Brückenkopf. Militärischer Begriff; Befestigung des nach dem Feinde zu gelegenen Vorgeländes einer Brücke. Als Brückenköpfe des nach dem Kriege besetzten deutschen linksrheinischen Gebietes wurden Köln, Koblenz, Mainz und Kehl bezeichnet, wenn sie auch nicht befestigt waren. Zurzeit sind völlig unbegründete Fantasien der Auslandspresse über eine angebliche deutsche Militarisierung der westdeutschen Brückenkopfgebiete das Steckenpferd der internationalen Hetze gegen uns.

Clearing im zwischenstaatlichen Verkehr, bedeutet Zahlungsausgleich im Wege gegenseitiger Verrechnung, also ohne Verwendung effektiver Devisen. Man unterscheidet Vollclearing oder Teilclearing.

Ein Zwangsclearing liegt vor, wenn ein Staat einseitig alle oder bestimmte Verbindlichkeiten gegenüber Angehörigen eines anderen Staates statt an diese ausländischen Gläubiger an eine besondere Stelle im Inland zahlen läßt, um daraus die Forderungen einheimischer Gläubiger zu befriedigen.

Von Deutschland wurden die ersten Clearingverträge 1932/1933 mit Balkan- und Baltenstaaten geschlossen, weil ein großer Teil der deutschen Exportforderungen von diesen Ländern nicht in Devisen bezahlt werden konnte („eingefrorene Guthaben"). Diese Verträge gaben die Möglichkeit, deutsche Exporteure aus den Zahlungen deutscher Importeure zu befriedigen. Einen anderen Zweck verfolgen die sogen. Zahlungsabkommen, die — gleichfalls in den Jahren 1932/33 — mit solchen europäischen Ländern geschlossen wurden, denen gegenüber die deutsche Handelsbilanz mehr oder weniger aktiv ist (wie Holland, Schweiz, Frankreich, Schweden). Diese Abkommen sollten der durch die deutsche Devisengesetzgebung behinderten Ausfuhr jener Länder größeren Spielraum gewähren und dadurch etwaigen Gegenmaßnahmen gegen die deutsche Ausfuhr vorbeugen. Deutsche Importeure durften deshalb nach Erschöpfung ihrer Devisenkontingente (d. h. der ihnen zum Wareneinkauf zugeteilten Devisen) aus den Vertragsländern weitere Waren einführen und den Gegenwert in Reichsmark auf ein Sonderkonto der betreffenden Notenbank bei der Reichsbank einzahlen. Dabei war ausdrücklich vorgesehen, daß sich durch diese „zusätzliche" Einfuhr die Handelsbilanz nicht wesentlich zu Ungunsten Deutschlands verändern dürfe („Schwedenklausel"). Anfangs arbeiteten diese Abkommen einigermaßen zufriedenstellend, doch wurden sie seit Anfang 1934, als die Devisenknappheit sich immer stärker bemerkbar machte, in steigendem Umfang mißbraucht und mußten daher gekündigt werden.

An ihre Stelle traten, meist auf Wunsch des Auslandes, Verrechnungsabkommen im engeren Sinne, die — im Gegensatz zu den Verrechnungsabkommen der älteren Art — in der Regel außer dem Warenverkehr auch den Dienstleistungs- und Kapitalverkehr erfassen. Bewährt haben sich diese Vereinbarungen nicht, vielmehr drängten die mit dem Clearing verbundenen bürokratischen Hemmnisse die ausländischen Importeure mehr und mehr auf den Handelsverkehr mit solchen Ländern ab, mit denen derartige Verträge nicht bestehen.



F. H. Woweries:

Unsere N.S.-Presse

Ihr Weg von der Opposition zum Mittel der Volks- und Staatsführung

Zweiter Teil: Die N.S.-Blätter in den Gauen bis zur Machtübernahme.

„.... Die nationalsozialistische Presse kann nicht auf Traditionen vieler Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte zurückblicken. Sie ist ein Kind unserer Zeit und steht auch heute noch mitten im Kampf um ihre endgültige Ausgestaltung und Formung. Sie ist aber in den Kampfjahren gemeinsam mit dem gesprochenen Wort eine scharfe Waffe der Verteidigung und des Angriffs gewesen und bleibt dieses Werkzeug innerhalb der Bewegung für immer. Zugleich aber ist sie in der heutigen Epoche ein wichtiges Mittel der geistigen Gestaltung und wird immer mehr in die Aufgabe hineinwachsen, die Weltanschauung der nationalsozialistischen Bewegung allseitig darzustellen und auf allen Gebieten des Lebens zu vertreten. Zehn Jahre Kampf wiegen heute viele, viele Jahrzehnte vergangener Epochen auf; denn in diesen zehn Jahren ballte sich ein politisches Geschehen zusammen, wie man es in diesem Umfang und in dieser Tiefe nur ganz selten in der Weltgeschichte in einer so kurzen Spanne Zeit durchleben konnte ....."

Alfred Rosenberg.

Der erste Teil einer geschichtlichen Betrachtung der nationalsozialistischen Presse mußte sich fast ausschließlich auf den „Völkischen Beobachter" und den „Zentralverlag" der Partei beschränken, weil die Geschichte der N.S.-Presse in den Anfangsjahren der Bewegung gleichbedeutend war mit der Geschichte des am 17. Dezember 1920 übernommenen „V. B.", für dessen Erwerb die ersten Aktivisten trotz eigener Not 3762 Goldmark gesammelt hatten.

Mit dem Wachsen der Partei verstärkte sich das Bedürfnis nach Bewegungsorganen mit besserer örtlicher Verbundenheit. Es fehlte an ausreichenden Möglichkeiten, die Bewegung gegen die Großmacht der roten und schwarzweißrosaroten Journaille zu verteidigen, weil das Zentralorgan naturgemäß nicht annähernd die Leserzahl erfassen konnte, die das ständige Opfer dieser vom Judentum und der Freimaurerei finanzierten täglichen Lügenflut wurde. Wohl ist bei der Betrachtung des historischen Werdeganges der N.S.D.A.P. immer wieder festzustellen, daß die N.S.D.A.P. nicht **mit** der „Großmacht Presse", sondern **gegen** sie groß geworden ist, aber Tatsache ist auch, daß die Entwicklung im Endkampf um die Macht in den letzten Monaten schließlich dahin gediehen war, daß die gegnerischen Parteien oft fast nur noch in der Presse gegen den Nationalsozialismus auftreten konnten. Daher wäre es falsch, die geschichtliche Bedeutung und die Leistungen der bewegungseigenen, an Zahl zwar immer unterlegenen Presse der Kampfzeit zu verkennen. Genau so wie im Weltkriege die Kraft des deutschen Frontsoldaten stärker war als die ungeheuren gegnerischen Mittel des Materialkrieges und unsere Heeresleitung dennoch rastlos bemüht blieb, den Einsatz technischer Kräfte zu steigern, ebenso mußte im Ringen der Ideen der Kampf des gesprochenen Wortes in immer stärkerem Maße durch eine starke Presse unterstützt werden. Die Bewegungspresse mußte als die Artillerie der Propaganda wirken, während das gesprochene Wort weiter die Hauptlast des Kampfes trug,

solange nicht Redeverbote die Aufgaben verlagerten. Die traurigen finanziellen Erfahrungen der früheren völkischen Bewegung konnten durch die bereits behandelten weitsichtigen Richtlinien des Führers weitgehend, wenn auch nicht völlig verhindern, daß ein zu früher Einsatz neuer eigener Zeitungen allzu große wirtschaftliche Belastungen einbrachte. Allzu groß muß dabei immerhin stark betont werden, denn „Lehrgeld" ist noch genug gezahlt worden, jedoch der gesunde Geist der Bewegung sorgte dafür, daß sich zunächst mit wirklich bescheidensten Anfängen begnügt wurde, um das hochgesteckte Ziel durch organisches Wachstum und beharrliche Kleinarbeit zu erreichen. Wie oft war die Wohnung eines Parteigenossen, der Teil eines Zimmers oder ein gespendeter Schreibtisch im Parteilokal die erste Redaktion. Fast immer war Verleger, Schriftleiter, Packer und Anzeigenwerber derselbe Mann, ein Freiwilliger aus der Front, der sich vorher vielleicht noch niemals um Zeitungsangelegenheiten bekümmert hatte. Wenn überhaupt erst eine Druckerei gefunden worden war, die sich bereit erklärte, für uns zu arbeiten, wenn die ersten hundert Festbezieher durch Parteibefehl gesichert waren, dann blieb die Schriftleiterfrage meist kaum noch ein Problem. Da sich außerhalb der Bewegung selten ein „Fachmann" bereit fand, alles aufs Spiel zu setzen, genügte ein Parteigenosse, der vor allem anderen bereit war, für das neue Kampfmittel nötigenfalls auch in das Gefängnis zu gehen. Denn der entschlossene Wille, im Kampf gegen den Untergang rücksichtslos vorzugehen, die Bereitschaft, auch einmal, wo es nötig tat, heißes Eisen anzugreifen, war das Anfangskapital unserer Blätter. Die wichtigste Redaktionswaffe war die genaue Kenntnis der Maschen und Möglichkeiten des Republikschutzgesetzes und des Pressegesetzes. So wurden die ersten Schriftleiter außer all den verschiedenen Tätigkeiten, auch noch juristische Berater mit ständig wachsender „Erfahrung". Ein Hauptschriftleiter stand 30mal vor dem Gericht, sein Mitarbeiter 26mal, ein anderer erhielt 8½ Monate Gefängnis. Geldstrafen hagelte es förmlich, von 40 000 Mark bis zu 4000 werden rückblickend festgestellt. Die behördlichen Terrormaßnahmen häuften sich so, daß die Gaue heute die Anzahl und Gesamthöhe der Strafen nicht mehr ermitteln können. Die amtlichen Unterlagen allein könnten noch eine genauere Bilanz des Einsatzes der ersten nationalsozialistischen Pressemänner in Redaktionen und Verlagen geben, soweit damals Redaktion und Verlag überhaupt in verschiedenen Händen lag. „Strafen gab es am laufenden Band", meldet ein Gau, andere berichten ähnlich: „unzählige . .", „in Menge", „monatelange Verbote . . .", „Trotz minimaler Anfangsauflage etwa zwei Monate nach dem ersten Erscheinen Verbot auf nahezu ein halbes Jahr. Existenz trotzdem nicht vernichtet . . ." Den Verfolgungsrekord hält mit 16 Verboten der „Angriff". Am 13. September 1925 macht die als „Dawes-Sondernummer in einer Massenauflage herauskommende Folge 19 (!) des „Westdeutschen Beobachters" das schneidige Wochenblatt des damaligen Gaues Niederrhein weit über die Grenzen seines bescheidenen Verbreitungsgebietes hinaus bekannt. Bezeichnend für die große Schwierigkeit und noch größere Entschlossenheit zu ihrer Überwindung ist die Tatsache, daß dieses in Köln erscheinende Kampfblatt in Zusammenarbeit mit dem Gau Pommern in Greifswald (!) gedruckt wurde. „Zeitungstechnisch ein unmögliches Beginnen, politisch aber eine Tat, die wie Fanfarenstoß ins schwarzrote Rheinland klang", schreibt ein bekannter Mitarbeiter. Und nach 10 Jahren kann Dr. Ley feststellen: „10 Jahre ‚Westdeutscher Beobachter', ein Kampfabschnitt, auf den wir stolz sein können — eine Fülle von Erinnerungen auch für mich zeichnen die Stationen dieses Kampfes ebenso, wie die 36 Prozesse nebst den dazugehörenden Verurteilungen, die ich dem „Westdeutschen Beobachter" verdanke. Sie sind Blick-, um nicht zu sagen, Lichtpunkte des harten Weges, den wir heute für unseren Führer Adolf Hitler jederzeit wieder gehen würden . .!"

So ist es reizvoll, hier als eins von zahlreichen möglichen Beispielen die Verfolgungsliste eines der größten Bewegungsblätter in den Gauen, die „Rote Erde — Westfälische Landeszeitung", Gau Westfalen-Süd, festzuhalten. Da heißt es: „Immer wieder versuchte das damalige Weimarer System die „Rote Erde" mundtot zu machen. Verbote in den Jahren 1931 und 1932 hemmten die Vorwärtsentwicklung. Es gab

Verbote vom 11. April 1931 – 25. April 1931; 13. Juni 1931 – 13. Juli 1931; 24. Juli 1931 – 20. August 1931; 30. September 1931 – 14. Oktober 1931; 9. April 1932 bis 18. April 1932. Durch Geldstrafen versuchte man den Kampfgeist der an der „Roten Erde" beschäftigten Parteigenossen zu lähmen. So erhielten an Geldstrafen der Hauptschriftleiter Dr. Picl um insgesamt 1500 RM. Geldstrafe; Pg. Dr. Pfafferott 1000 RM. Geldstrafe; Pg. Löbbert 2300 RM. Geldstrafe. Mit einer Auflage von 180 000 ist das heutige Gauorgan des Gaues Westfalen-Süd, die „Westfälische Landeszeitung – Rote Erde", eines der größten Zeitungsunternehmen ..." Zahlreich könnten ähnliche und noch schlimmere „Verlustlisten" genannt werden. Aber diese „Strafen" griffen ja nur selten in ein Stammkapital oder Privatvermögen, sie standen immer vor Männern und Betrieben, die nichts zu verlieren hatten.

Daß am Wirkungsort der bekanntesten Rotationssyngoge die N.S.-Presse in Frankfurt am Main mit an der Spitze der Zahl der Verfolgungen stand, ist dort zu erwarten gewesen. Hier war die erste Redaktion ebenfalls wie in den meisten Gauen im Wohnzimmer des Gauleiters. Dem persönlichen Einsatz der Gauleiter hat die junge Bewegungspresse viel, oft sogar alles zu verdanken und wohl jeder Gauleiter war irgendwie einmal im Pressewesen der Partei intensiv mit tätig. Der Druck der Verfolgungen löste den Gegendruck der immer wieder angreifenden Verfolgten aus. Im Volk fand diese Kraft Anerkennung, auch wenn mitunter nur bedrucktes Papier statt einer Zeitung herauskam, was bei der zuweilen fast unbeschreiblichen Notlage nur allzuhäufig vorkam. „Buchstäblich aus dem Nichts war in wenigen Wochen von unserem damaligen Gauleiter Dr. Robert Ley ein Zeitungsbetrieb aus dem Boden gestampft worden", so berichtet Koblenz-Trier. Andere schreiben „Zuerst war nichts da ...", ein anderer Gau bekennt: „Kleiner und bescheidener als unser Gaublatt kann eine Zeitung wohl gar nicht begründet worden sein ..." Und doch war das tatsächlich noch bescheidener möglich; berichtet doch die heute so ausgezeichnet entwickelte „N. S. Z. - Rheinfront": „Manches später großgewordene Unternehmen rühmt sich, einmal mit nichts angefangen zu haben. Die „N.S.Z.-Rheinfront" hat sogar mit einigen Tausend Mark Schulden angefangen ..." Dementsprechend war das erste Gesicht dieser Blätter natürlich ausgesprochen spiegelfeindlich.

Der Hohn der „besseren Leute" und der Zeitgenossen, die allein schon aus „Niveau-Gründen" eine Beschäftigung mit unserem rauh angreifenden ersten kleinen Blättern entrüstet ablehnten, hinderte das Wachstum der schnell bekanntwerdenden N.S.-Blätter ebensowenig wie der amtliche Terror. Besonders zeigte das der älteste Mitkämpfer des Zentralorgans, „Der Stürmer", der im April 1923 hervorgegangen war aus dem am 1. Oktober 1921 gegründeten Organ der deutschen Werkgemeinschaft „Deutscher Volkswille", seit 22. Oktober 1922 anerkanntes Wochenblatt für die N.S.D.A.P. Vorher hatte Julius Streicher am 4. Juni 1920 ein Blatt „Der deutsche Sozialist" gegründet. Nach dem Novemberverrat von 1923 blieb „Der Stürmer" bis 1925 verboten, um dann um so ungestümer wieder anzugreifen und über unzählige Verbote, Geld- und Freiheitsstrafen hinweg vom Frankenführer in Nürnberg zu der heutigen in der ganzen Welt bekannten Bedeutung geführt zu werden, die in einer Auflage von 486 000 zum Ausdruck kommt.

In Bayreuth erschien ebenfalls bereits 1923 ein Wochenblatt „Der Nationalsozialist". Auch der Gau Thüringen konnte schon 1924 in Weimar ein offizielles Wochenblatt der N.S.D.A.P., „Der Nationalsozialist" als Vorgänger der späteren „Thüringer Staatszeitung" und der heutigen „Thüringer Gauzeitung" herausbringen.

Im Jahre 1925 erschienen einige neue Wochenblätter in den Gauen Köln, Mecklenburg-Lübeck, Hannover, Pommern und Rheinpfalz.

Der „Kampfverlag" bringt neben der „Berliner Arbeiterzeitung" fünf Kopfblätter für Nord-, West- und Ostdeutschland, „Rhein und Ruhr" und für Sachsen heraus. In Frankfurt a. M. erscheint die „Freiheitsfahne", in Bamberg die „Flamme", in Oberfranken „Der Hakenkreuzler", in Forchheim „Der Streiter", in Hannover der „Niedersächsische Beobachter", in Wismar der „Niederdeutsche Be-

obachter", in der Pfalz der „Eisenhammer", in Marktbreit „Die Sturmfahne", in Württemberg „Der Süddeutsche Beobachter". Auch noch eine Tageszeitung erscheint im Namen der Bewegung, der „Kurier für Niederbayern" in Landshut. In Worms a. Rh. bringt Claus Selzner die „Faust" heraus; als man sie verbietet, läßt er dafür die „Stirn" erscheinen. Die nächste parteiamtliche Tageszeitung und das erste täglich erscheinende Gauorgan gründet Schleswig-Holstein am 2. Februar 1929. Nun beginnt ein Wetteifer unter den Gauen, der ahnen läßt, welch eine großzügige Entwicklung am Ende dieses Weges stehen wird. So schreibt doch das vielgehaßte Kölner Gaublatt, als dort 1931 das große rote Bebelhaus für die Marxistenpresse errichtet wurde: „Dieses Haus baut ihr für uns!"

Noch aber stand im Bewegungsganzen gesehen die Versammlungstätigkeit und die propagandistische Kleinarbeit mit Redner, Flugblatt und Plakat im Vordergrund des Ringens. So gab es vor dem Septembersieg 1930 insgesamt neben 47 Wochenblättern nur sieben N.S.-Tageszeitungen im Reich (5 in Bayern, 1 in Sachsen, 1 in Schleswig-Holstein) und 1 in Österreich). Als die Propaganda der Partei in Berlin verboten wurde, erschien am 4. Juli 1927 im schweren Ringen um die Reichshauptstadt der „Angriff" als „Deutsches Montagsblatt in Berlin". Das sofort im ganzen Reich bekannt gewordene Kampfblatt kam ab 1. Oktober 1929 zweimal wöchentlich und seit 1. November 1930 täglich heraus. Der „Angriff" ist heute die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront und in Berlin die nationalsozialistische Abendzeitung neben dem morgens erscheinenden „VB.". Es gibt keine zweite Zeitung der Bewegung, die so schnell und durchschlagend zur begehrtesten Waffe aller Aktivisten draußen im Reich wurde. Als „die am meisten verbotene Tageszeitung Deutschlands" weiß der „Angriff" immer wieder lachenden Haß in Wort und Bild durchschlagend wirken zu lassen und einen begeisterten Leserkreis zu Kämpfern auszurüsten. Die Parteigenossen warteten des Sonntags stundenlang auf das Bahnpostpaket, um das vielbegehrte Kampfblatt zu bekommen und es dann von Hand zu Hand gehen zu lassen, bis eine Unleserlichkeit, die oft schier an Unkenntlichkeit grenzte, die nächste Folge mit der gleichen Ungeduld und Spannung erwarten ließ.

Inzwischen stellte auch die Hitler-Jugend das gedruckte Wort in ihre Dienste. Nachdem sie auf dem Weimarer Parteitag 1926 offiziell gegründet worden war, kam 1927 in Plauen i. V. die „H. J. Z.-Sturmjugend" in bescheidenster Aufmachung als Monatsblatt heraus. Vorher bestand als erstes Blatt der nationalsozialistischen Jugend die „Großdeutsche Jugend", Markneukirchen. Die „H.J.Z." wuchs 1929 und in den folgenden Jahren in der Auflage und Form von Monat zu Monat, so daß im Frühjahr 1929 noch ein monatliches Führerblatt „Die junge Front" als Ergänzung erschien. In diese Zeit fällt auch die Gründung der ersten Presse-Korrespondenz der Bewegung, „Deutsche Jugend-Nachrichten", die vierzehntägig an sämtliche Parteiblätter und bald auch an andere Zeitungen geht, um die Fühlung zwischen der Presse und der nationalsozialistischen Jugendführung herzustellen. Der Verfasser dieser Rückschau, als damaliger Abteilungsleiter P der Reichsjugendführung, muß sich hier im gedrängten Raum mit der Feststellung begnügen, daß auch die ersten Gehversuche unserer nationalsozialistischen Jugendpresse mit unerhörten Opfern unternommen wurden. Die bekannte Personalunion von Schriftleiter, Zeichner, Dichter, Packer, Adressenschreiber, Verlagsbote usw. blieb auch bei einer schon zu Anfang 1929 erreichten Auflage von 12 000 noch notwendig. Wir haben seitdem nie vergessen, daß auch ein knurrender Magen und bei — 24 Grad und Kohlenmangel eingefrorene Tintenfässer keine Hinderungsgründe im Pressekampf sein müssen, sondern sogar das Gegenteil sein können, wenn jeder weiß, worum es geht. Bei dem heutigen Stand der riesigen Entwicklung der N.S.-Jugendpresse ist ein solcher Rückblick besonders reizvoll. Der Aufschwung der H.J.-Presse wurde eingeleitet durch die im November 1932 vom damaligen Gebietsführer Hartmann-Lauterbacher mit 100 000 Anfangsauflage gegründeten „Fanfare", H.J.-Zeitung des Obergebiets West.

Im August 1929 bringt Gauleiter Schemm

in Bayreuth die erste Folge der „Nationalsozialistischen Lehrerzeitung" heraus. Bald folgt ein aus Berlin kommendes Kampfblatt des nationalsozialistischen Schülerbundes, „Der Aufmarsch". Durch die schon im Bild des ersten Blattes erscheinende Mitarbeit des aus dem „V. B.", dem „Angriff", der „Kampfverlagspresse", sowie aus den besten Plakaten der Bewegung überall im Reich bekanntgewordenen nationalsozialistischen Künstlers Pg. Hans Schweizer-Mjölnir wird dem Blatt eine wertvolle Unterstützung zuteil. Schweizer-Mjölnir ist eine am Aufstieg der jungen N.S.-Presse stärkstens beteiligte Kraft. Seine aus den Impressionen der Straße und des politischen Ringens von Mann zu Mann kommenden Zeichnungen ersetzten ganze Bücher und Reden, ihre typenbildende Kraft hat ohne Worte Erfolge über Erfolge eingebracht. Keine andere Partei und keine andere Zeitung konnte ihm einen ebenbürtigen Gegner entgegenstellen. So gehört dieser Künstler in seinem Wirken mit zur geschichtlichen Entwicklung der nationalsozialistischen Presse.

Als erste parteiamtliche Pressekorrespondenz erschien vor der N.S.K. die am 19. 6. 1929 im „V. B." angekündigte N. S. - Pressekorrespondenz" (N. S. P. K.). Sie wurde von der jungen Reichstagsfraktion der Partei, die unter Führung des Parteigenossen Dr. Frick stand, herausgebracht und vom Parteigenossen Stöhr, M. d. R., geleitet. Redaktionssitz war der Reichstag. Am 1. August 1929 erschien dieses Mitteilungsorgan erstmals, um sodann „nach Bedarf", aber mindestens jeden Dienstag und Freitag im Umfang von 2—3 Folioblättern in Schreibmaschinenschrift herauszukommen. Nach dem Septembersieg von 1930 stellte die „N.S. P.K." ihr Erscheinen ein mit Rücksicht auf die nun notwendig gewordenen großzügigeren Einrichtungen der Partei. Überhaupt ist der September 1930 von besonderer Bedeutung für die Geschichte unserer Presse, nur wird der gerade in dieser Zeit und dem folgenden Halbjahr bemerkbare Aufstieg unserer Blätter schon heute in seinen Ursachen insofern verkannt, als nicht der Wahlerfolg vom 12. September, sondern die ihm vorausgegangenen höchsten Anstrengungen der Bewegung diesen Aufschwung gebracht haben. Nicht weil wir mehr Wähler bekamen, wurde die Presse stärker, sondern weil für diesen Wahltermin schon ein höchster Einsatz unserer Blätter erfolgt war, hatte der Kampf den Impuls zur Festigung der N.S.-Presse gegeben.

Am 1. August 1931 gründet der Führer eine offizielle Pressestelle der Reichsleitung der N. S. D. A. P. Parteigenosse Dr. Dietrich wird zum Reichspressechef der Partei ernannt. Ein Frontsoldat, Kriegsfreiwilliger mit dem E. K. I., und nach dem Studium der Philosophie und Staatswissenschaften in der Wirtschaftspraxis Erfahrungen sammelnder Parteigenosse, kommt er aus der Leitung des Stahlwarensyndikats und der wirtschaftlichen Abteilung des Staatlichen Schleppmonopols für die westfälischen Kanäle in Duisburg-Ruhrort zur „Nationalzeitung" in Essen und so als stellvertretender Chefredakteur in die nationalsozialistische Presse. Schon vorher war Dr. Dietrich leitender Handelsredakteur und Münchener Korrespondent großer Tageszeitungen. Weit über die Reichsgrenzen hinaus wurde er bekannt durch sein Werk „Mit Hitler in die Macht".

Mit dem Reichspressechef zugleich wurden die Parteigenossen Dr. Dresler und Helmut Sündermann in die Reichspressestelle eingesetzt. Heute vertritt Pg. Dresler als Hauptamtsleiter die Reichspressestelle in der Hauptstadt der Bewegung. Daneben hat er das Verdienst, in Berlin die ersten Schulungskurse der Partei zur Vertiefung der Kenntnisse des journalistischen Nachwuchses der Bewegungspresse vom 28. Juni bis 5. Juli und vom 17. September bis 26. September 1934 mit 76 Teilnehmern im Auftrag des Reichspressechefs durchgeführt zu haben. Bekannt wurde Dresler durch seine zeitungswissenschaftlichen Arbeiten, insbesondere durch die wissenschaftliche Bearbeitung der italienischen Presse, die ihm auch von seiten der italienischen Regierung Anerkennung brachte. In München leitet Dr. Dresler die Pressekonferenz der N.S.D.A.P.

Pg. Sündermann ist Amtsleiter des Pressepolitischen Amtes der Reichspressestelle. Das Amt ist die Zentrale der zahlreich gewordenen Parteipressestellen, der Reichs- und Gauleitungen, die dem Reichspressechef unterstellt sind. Als Hauptschriftleiter führt Sündermann die Schriftleitung der parteiamtlichen „N.S.-

Korrespondenz" (N.S.K.). Die erste Ausgabe der N.S.K. erschien am 15. Januar 1932 mit einem Geleitwort des Führers. Die N.S.K. ist seitdem der gesamten deutschen Presse zugänglich. Nachdem die N.S.K. am 1. Mai 1933 nach Berlin übergesiedelt war, kam es zu einem starken Bezieherzuwachs, zur Herausgabe mehrerer Sonderdienste und zum weiteren Ausbau des Nachrichtenapparates. Als Aufgabe des N.S.K.-Nachrichtendienstes gilt die Verbreitung aller wichtigen Parteimeldungen aus dem Reich. Im Februar 1934 wurde ein Funkdienst für die Parteizeitungen eingerichtet. In der Folgezeit kam es zu einer starken Zusammenfassung sämtlicher außerhalb der N.S.K. vorhandenen N.S.-Korrespondenzen, die zu Sonderdiensten der N.S.K. gemacht wurden. Die Ausgabe von Pressediensten der Parteigliederungen ist jetzt nur noch im Rahmen der N.S.K. genehmigt. Seit September 1934 sind bei den Gau-Presseämtern besondere „Gaudienste" unter redaktionellem Einfluß der N.S.K. eingerichtet worden. Als Aufgabe dieser Gaudienste wird die zusammenfassende Verbreitung der Meldungen aller Parteigliederungen eines Gaues bezeichnet. So besteht eine enge Fühlung zwischen den Gliederungen der Partei und der gesamten deutschen Presse. Darüber hinaus hat der vom Führer zum Auslandspressechef der N.S.D.A.P. eingesetzte Parteigenosse Dr. Hanfstaengl es verstanden, auch die Beziehungen der Bewegung zu maßgebenden Auslandsblättern zu festigen oder oft überhaupt erst zu schaffen.

Bei dieser Gelegenheit darf ein Blick auf den Pressekampf der im Ausland lebenden Nationalsozialisten geworfen werden, der uns allerdings nicht nur über die territorialen, sondern auch über die zeitlichen Grenzen der Betrachtung hinweg in die Gegenwart führt. Bisher hat die durch den Tod ihres Landesleiters Gustloff besonders bekanntgewordene Auslandsorganisation der N.S.D.A.P. im Auslande eine ganze Anzahl eigener Blätter geschaffen. So verfügt der jüngste Gau der Bewegung heute über folgende Blätter:

Columbia: „Nachrichten der deutschen Interessengemeinschaft Barranquilla", Barranquilla;

Costa Rica: „Mitteilungsblatt der Ortsgruppe San José", San José de Costa Rica;

Mexiko: „N. S.-Herold", Mexiko;

Paraguay: „Deutsche Warte", Asuncion;

Uruguay: „Deutsche Wacht", Montevideo;

Brasilien: „Fürs Dritte Reich", Rio Grande do Sul, „Deutscher Morgen", Sao Paulo;

Argentinien: „Der Trommler", Buenos Aires;

Chile: „Westküstenbeobachter", Santiago de Chile;

China: „Ostasiatischer Beobachter", Schanghai;

Niederländisch-Indien: „Deutsche Wacht", Batavia;

Polen: „Idee und Wille", Warschau;

Schweden: „Der Deutsche in Schweden", Stockholm.

Ferner verdienen in diesem Zusammenhang noch besonders erwähnt zu werden: Schweiz: „Nachrichten der Deutschen Kolonie", Bern; Spanien: „Deutsches Echo", Madrid; Süd-Afrika: „Der Deutsch-Afrikaner", Johannesburg; Belgien: „Deutsch-Belgische Rundschau", Brüssel; Griechenland: „Neue Athener Zeitung", Athen; Dänemark: „Kopenhagener Rundschau", Kopenhagen; Australien: „Die Brücke", Sydney; Finnland: „Die deutsche Warte", Helsingfors; Frankreich: „Deutsche Zeitung in Frankreich", Paris; Türkei: „Türkische Post", Istanbul.



Damit sei ein zur Vollständigkeit des Entwicklungsbildes notwendiger Ausblick in die dritte nach 1933 begonnene Periode des Werdens der Bewegungspresse abgeschlossen. Wir haben zunächst die Pflicht, noch jene Zeit festzuhalten, von der sogar die objektive Zeitungswissenschaft (Dr. H. A. Münster) berichtet: „Zur Zeit der Regierung Brünings war der größte Teil der nationalsozialistischen Parteipresse fast dauernd verboten. Die staatlichen Maßnahmen verstießen

längst gegen die Grundsätze liberaler Pressepolitik".

In diese Zeit fällt auch der Vormarsch der D.A.F.-Presse. Schon im November 1928 waren die „Signale" der Betriebszellenorganisation des Gaues Berlin ein allerdings noch nicht als Zeitung anzusprechender Auftakt gewesen. Es war ein Versuch, der Schule machte und in den Wahlkämpfen von 1932 sogar die Auflage von 400 000 erreichte. Im Frühjahr 1931 wird vom Parteigenossen *Muchow* das „*Arbeitertum*" gegründet. „Während die Ideen für das äußere Gesicht des „Arbeitertum" von *Muchow* stammen, lag die technische Ausführung bei Pg. *Biallas* in den besten Händen" (Gerhard Starke, N.S.B.O. und Deutsche Arbeitsfront). Die erste Auflage des neuen Monatsblattes betrug 13 000, aber schon nach drei Jahren ist das „Arbeitertum" mit 4,5 Millionen Auflage zur größten Zeitschrift der Welt geworden. Neben einigen weiteren Monatsblättern gab die N.S.B.O. 1931 auch die für Zeitungen und Amtswalter bestimmte Korrespondenz „*Informationsdienst*" („*In-Die*") heraus. In den Redaktionen dieser Monatsblätter werden aus bewährten Frontkämpfern der Bewegung die Fachmänner für die spätere redaktionelle Betreuung des Arbeitertums in der Tagespresse. Diese findet am 2. Mai 1933 ihre erste Form in dem zugleich mit den Gewerkschaften übernommenen Blatte „Der Deutsche".

Während so Monatsblätter den Kampf gegen die ganz besonders verjudete Gewerkschaftspresse und roten Tageszeitungen aufnehmen, müssen auch die Tages- und Wochenblätter der Partei die nicht ausreichende Resonanz ihrer Auflage durch „*Sondernummern*" verstärken. Insbesondere die großen Sondernummern des „Völkischen Beobachter" erregten viel Aufsehen. Eine zahlenmäßige Erfassung des starken Einsatzes solcher Extraausgaben wäre reizvoll, ist jedoch kaum noch möglich. Eine Stichprobe soll hier wieder beispielgebend für die Gesamtheit sprechen. Der Gau Sachsen allein kann folgende stattliche Leistungsbilanz seiner Wahlkampf-Sonderauflagen vorlegen:

1931:		
16. Oktober	18 500	Sondernummern, vierseitig.
24. „	50 532	Beilagen, vierseitig.
26. „	8 100	Chemnitzer Beilagen, zweiseitig.
11. November	10 000	Sondernummern: Deutschland.
11. „	20 000	Bilderzeitungen: 10 Jahre S.A.
27. „	6 020	Beilagen: Kampf um Chemnitz.
3. Dezember	5 370	Zeitungsbeilagen: Volksbegehren, zweiseitig.
11. „	92 000	Flugblätter: Nat.-soz. Kampf gegen jüdische Warenhäuser.
1932:		
29. Januar	11 550	Beilagen: 10 Jahre Kampf um Chemnitz.
20. Februar	10 140	Sondernummern: 10 Jahre Kampf um Chemnitz.
29. „	54 000	Sonderdrucke: „Chemnitz."
4. März	360 000	Wahlsondernummern Nr. 1.
9. „	6 520	Sonderbeilagen Wahl.
10. „	135 000	Flugblätter, vierseitig.
24. „	182 000	Sondernummern: Freiheitsfront
29. „	207 000	Wahlnummernfolge 73.
30. „	210 000	Wahlsondernummern, vierseitig.
31. „	207 000	Wahlsondernummern Folge 75.
1. April	8 050	Sonderbeilagen Chemnitz: Das System muß fallen.
1. „	206 000	Wahlnummern Folge 76.
2. „	280 000	Wahlnummern Folge 77.
4. „	196 000	Wahlnummern Folge 78.
5. „	189 000	Wahlnummern Folge 79.
6. „	184 000	Wahlnummern Folge 80.
7. „	172 000	Wahlnummern Folge 81.
9. „	200 000	Wahlnummern Folge 82.
9. „	9 150	Sonderbeilagen.
13. „	8 000	Sonderbeilagen Dresden.
14. „	415 000	Wahlnummern Folge 87.
15. „	428 000	Wahlnummern Folge 88.
27. Mai	10 000	Sonderdrucke: 10 Jahre Kampf um Chemnitz.
30. „	9 200	Sonderausgaben: Brüning zurückgetreten.
2. Juli	13 100	Sonderdrucke Chemnitz.
8. „	140 000	Flugblätter, zweiseitig.
23. „	16 800	Sonderdrucke: Adolf Hitler spricht.
1. August	39 160	Sonderausgaben, vierseitig.
5. Oktober	215 000	Sonderbeilagen: Mittelstand.
18. „	77 000	Kampf für den Mittelstand, 8 Seiten.
2. November	77 000	Kampf für den Mittelstand, 8 Seiten.
5. „	20 000	Flugblätter, Seite 1 und 2 der Nr. 260.
7. „	9 200	Sondernummern: Wahlergebnisse, sechsseitig.
8. „	250 000	Flugblätter: Schluß mit dem System.
9. „	252 000	Flugblätter: Regiewirtschaft.
11. „	221 000	Flugblätter: Wie lange noch, vierseitig.
11. „	112 000	Sonderdrucke, zweiseitig.
11. „	71 000	Flugblätter: Säubert die Rathäuser, zweiseitig.
2. Dezember	28 000	Sondernummern, vierseitig.
16. „	212 000	Warenhaus-Sondernummern, vierseitig.
1933:		
20. Februar	100 500	Wahlsondernummern 1.
21. „	100 000	Wahlsondernummern 2.
22. „	80 000	Wahlsondernummern 3.
23. „	96 000	Wahlsondernummern 4.

24. Februar	113 000	Wahlsondernummern	5.
27. „	132 000	Wahlsondernummern	6.
28. „	139 000	Wahlsondernummern	7.
1. März	181 000	Wahlsondernummern	8.
2. „	57 300	Wahlsondernummern	9.
3. „	160 000	Wahlsondernummern	10.

Diese Zahlen, in allen Gauen ähnlich und von Wahlkampf zu Wahlkampf, von Aktion zu Aktion wiederkehrend oder sogar noch wachsend, beweisen die damaligen Erfolge solcher Großleistungen. Zwischen den Zeilen aber steht die in Zahlen nie auszudrückende Kampfkameradschaft, die zwischen dem einzelnen Parteigenossen und seiner Zeitung lebendig war. Mit bezahlten Kräften wären derartig umfangreiche Aufwendungen nie möglich gewesen, so aber ließ diese enge Verbundenheit manches kleine Blättchen an Wirkung weit bedeutender scheinen als es an laufender Auflage Geltung hatte. Oft, ja in den meisten Fällen wurden die Sonderausgaben nicht verschenkt, wie das andere Parteien durch stundenweise bezahlte Austräger tun ließen, sondern der nationalsozialistische Aktivist ging ohne Gewerbeschein und Genehmigung auf eigene Gefahr von Dorf zu Dorf und von Haus zu Haus. Er half mit dem Vertrieb der einen Sondernummer zur Finanzierung einer noch stärkeren. Der „Kampfverlag" Berlin hatte für die in der Pressearbeit besonders eifrigen Parteigenossen ein vertrauliches „Schulungsblatt", „Der Pressewart", herausgebracht. Wie stark das Verständnis für pressepolitische Notwendigkeiten in den Reihen der Bewegung lebendig war, soll hier ein Auszug aus der Geschichte des ersten Sturms der Marine-S.A. zeigen:

„In diesen Tagen beginnen die Männer von der Marine-S.A. sich auf ein Gebiet zu begeben, das eigentlich nicht zu ihrem ureigensten Aufgaben- und Interessenkreis gehört. Sie gründen eine Zeitung. Eine richtige Zeitung. Sie nennen sie stolz „Der Sturm". Mit wildem Eifer stürzt sich alles auf die neue Arbeit. In der ganzen Stadt stehen die Männer mit der neuen S.A.-Zeitung. In der Spaldingstraße sitzen derweil die beiden „Chefredakteure" mit ihren Kameraden Nacht um Nacht an den Fenstern der kleinen Geschäftsstelle, um mit den Pistolen in den Fäusten die wütenden nächtlichen Angriffe der Kommune auf die Räume der „Redaktion" abzuwehren. Viel guter Wille steckt in dem Werk, aber ungewohnt mit Geld zu rechnen – eine Schwäche, die ja vielen Seeleuten nun einmal eigen ist –, muß „das Weltblatt" bereits nach der sechsten Nummer wegen zu schwacher Finanzen sein Erscheinen einstellen, worauf die Kommunisten in ihren Zeitungen von einem entscheidenden Niedergang der Nazipresse schreiben. Mit Zeitungsschreiben ist aber vorläufig bei der Marine-S.A. keine Liebe mehr zu gewinnen. Das haben sie seitdem den Kameraden in den Redaktionen der Gaublätter überlassen . . ."

Ihren schwersten und leistungswichtigsten Einsatz erlebte die junge N.S.-Presse im härtesten Kampfjahre der Bewegung, 1932, dem Jahr der dreizehn Wahlkämpfe vor der Machtübernahme. 121 N.S.-Blätter standen gegen 4526 andere Zeitungen im Kampf. Vielfache Erhöhung der bezahlten Auflagen wurden jetzt offiziell von München angeordnet, um den gefährlichen Flugblattmangel der äußerst erschöpften Propagandakassen durch meist der Tagesausgabe entnommene vierseitige Sonderdrucke auszugleichen. Unsere Blätter erhielten damals eine ganz besondere redaktionelle Wirkungskraft und hohe Aktualität durch ein großzügiges System von telephonischen Meldeköpfen, die Reichspressechef Dr. Dietrich im ganzen Reich eingerichtet hatte, um die von ihm schnellstens redigierten sensationellen Berichte über die Deutschlandflüge des Führers sofort in alle Partei- und Gaublätter zu bringen. Eine Armee von Schnellschreibern war jeden Abend in höchster Anstrengung eingesetzt, um zusammen mit zahlreichen Helfern, Boten, Kraftfahrern usw. diesen einzigartigen Meldeapparat mit minutiöser Genauigkeit in Bewegung zu setzen, damit die gewaltigen persönlichen Anstrengungen des Führers gewissermaßen durch ein Schneeballsystem der Telephonberichterstattung redaktionell vertausendfacht wurden, um Millionen Volksgenossen damit zu erfassen. Und sie wurden erfaßt . . . Wenn der Führer die letzte Kundgebung verließ, spien unsere technisch oft ach so bescheidenen Rotationen bereits die ersten fertigen Nummern in die Arme der vor Spannung fiebernden Aktivisten der Partei. Einen halben Tag später erst kamen die anderen Blätter mit den ersten Berichten.

Einen interessanten Querschnitt durch die redaktionelle Entwicklung unserer Presse im

Jahre 1932, wie sie in der zentralen Leitung der Partei aufmerksam verfolgt und geleitet wurde, gibt das Tagebuch von Dr. Goebbels. Da heißt es zu Beginn des Jahres am: 13. Januar 1932: „Ich schreibe eine Denkschrift über die Reorganisation unserer Presse. Die ist so nötig wie das tägliche Brot . . ."; am 24. Februar 1932: „In Berlin wurden „Völkischer Beobachter" und „Flammenwerfer" beschlagnahmt. Das ist der Kampf des Systems."

Der „Flammenwerfer" war ein wirkungsvolles Kampfmittel in schwarz-rotem Druck, vierseitig, Berliner Format, in riesiger Auflage im ganzen Reich als Wahlkampfmittel neben der Gaupresse verwendet. Außerdem wurden in dieser Zeit die Gaupresseämter von Dr. Dietrich erstmals intensiv eingesetzt. Sie mußten die pressepolitische Lage genauer erkunden, die bürgerliche Presse für unsere Wahlkampfzwecke nach Möglichkeit zu gewinnen suchen, insbesondere heimtückische Presseangriffe oder Inserate so rechtzeitig in Erfahrung bringen, daß noch Abwehrmaßnahmen möglich blieben. Schließlich galt es, besonders fähige Parteigenossen für die Pressearbeit einzusetzen.

Hierüber schreibt Dr. Goebbels am 6. März 1932: „Dr. Dietrich hat die Presse in einer einheitlichen Organisation zusammengefaßt. Es ist jetzt die Garantie gegeben, daß Presse und Propaganda absolut Hand in Hand arbeiten . . ." und am 21. März 1932: „Die nationalsozialistische Presse ist im Kaiserhof versammelt. Der Führer spricht. Die neue Aktion wird dargelegt . . ."

Hier verdient eine Erinnerung an eine Reichspropagandatagung des Jahres 1931 in München eingeschoben zu werden, da der Führer damals schon genau voraussagte, daß die stärksten Schwierigkeiten der letzten Kämpfe der Partei weniger im Straßenterror als in der Lügenflut aus nichtnationalsozialistischen Blättern entstehen würden. Das trat gerade 1932 am deutlichsten in Erscheinung, doppelt hart also, wenn Dr. Goebbels dann berichtet: „23. März 1932: Der „Angriff" ist wieder auf eine Woche verboten worden. Unsere anderen Zeitungen wurden schon in den letzten Tagen verboten. Damit ist die ganze nationalsozialistische Presse lahmgelegt.

Der 2. April 1932 ist wieder ein Lichtblick: „In Hannover wird Herrn Noske von einem anständigen Richter verboten, uns weiterhin zu verbieten, Zeitungen in erhöhter Auflage zu verbreiten. Das ist ein schwerer Schlag für das System. . ." Weiter geht die Erziehungsarbeit für einen verstärkten Einsatz. Im Juni ruft der „Völkische Beobachter" alle Parteigenossen, die innerhalb oder außerhalb unserer Parteipresse im journalistischen Berufe stehen, zu einer losen Vereinigung ohne Beitragsverpflichtung in die „Reichsarbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Journalisten", die im Braunen Haus ihre Zentrale hatte.

Das Tagebuch des Reichspropagandaleiters berichtet weiter: 10. Juli 1932: „Mit unserm Reichspressechef Dr. Dietrich wird die Einschaltung der nationalsozialistischen Zeitungen in den Wahlkampf festgelegt. Bei dieser Wahlaktion muß alles an einem Strang ziehen. Auch die Presse dient bis zur Entscheidung nur unseren propagandistischen Zielen. . ."

15. September 1932: „Der „Angriff" wird vergrößert. Er soll bis zur Wahl täglich zweimal erscheinen; da die bürgerliche Presse, die zum großen Teil auch von unseren eigenen Parteigenossen gelesen und gehalten wird, scharf gegen uns Stellung nimmt, bleibt uns nichts anderes übrig, als gegen sie den Boykott zu organisieren." 26. September 1932: „Die ganze Organisation der Berliner Partei arbeitet mit Hochdruck am Zeitungsboykott. Es wird uns doch auf die Dauer gelingen, die bürgerliche Presse zu einer anständigen Tonart zu zwingen."

1. Oktober 1932: „In unserem Pressewesen werden einige Änderungen getroffen. Die gegenwärtigen Leistungen reichen für die erweiterten Aufgaben, die jetzt gelöst werden müssen, nicht aus. Vielfach auch verstehen unsere Journalisten nicht, daß es in der Wahlzeit in der Hauptsache auf die propagandistischen Wirkungen der Zeitungen ankommt. Sie sind meist zu gründlich und eher für die Wissenschaft als für die schwarze Kunst geeignet. . . ."

Nach einer schweren Berliner Versammlung gegen die Reaktion aber wird die enge Verbundenheit zwischen Front und Bewegungspresse besonders deutlich in der Notiz vom 28. Oktober 1932, wo es heißt: „Das Horst-

Wessel-Lied steigt, mächtig gesungen, in den regnerischen Abend hinauf. Ein seltenes Gefühl des Sieges erfüllt uns alle. . . . Sofort auf die Redaktion und diktiert. Wir werfen eine Million Sondernummern auf die Straße, weil wir mit Recht vermuten, daß die Deutschnationalen unter Zuhilfenahme ihrer pressemäßigen Übermacht die Niederlage in einen Sieg umpfuschen werden. Am besten wirkt da der wiedergegebene Wortlaut der Reden, die gehalten worden sind.

Um 3 Uhr nachts sind wir mit der journalistischen Bearbeitung fertig. Um 6 Uhr werden unsere Zeitungen schon an den Untergrundbahnhöfen verteilt. . . ."

In diesen für die Bewegung nicht leichten Tagen sprach Dr. Dietrich auf einer Reichsführertagung der Partei über die Presse und die Zeitungspolitik der N.S.D.A.P. In seinen grundlegenden Ausführungen konnte der Reichspressechef auch bekanntgeben, daß etwa hundert Tageszeitungen bereits ihren täglichen Einfluß als Blätter der Bewegung wirken ließen. So ist es begreiflich, wenn der Reichspropagandaleiter aus dieser Zeit berichtet:

4. November 1932: „Unsere Presse steht uns in dieser Aktion tapfer und unentwegt zur Seite. Sie ist neben unserem rednerischen und propagandistischen Elan unsere einzige Waffe . . ." Leider erkennt das auch der Gegner und will die Lage ausnutzen. Aber so einfach ist das nicht . . .

5. November 1932: „Die Regierung nötigt uns für die letzte Nummer des „Angriff" vor der Wahl eine Zwangsauflage auf. Wir geraten in eine außerordentlich prekäre Situation. Diese Nummer soll also die letzte Lesekost für die eigenen Parteigenossen und Anhänger vor der Wahl sein. Ehe wir selbst unsere Hände dazu bieten, unsre eigenen Parteigenossen zu verprellen, greifen wir zu einem verzweifelten Mittel. Die Gesamtnummer des „Angriff", die diese Zwangsauflage enthält, wird abends feierlich in den Kanal hineingeworfen. Nimm und lies! . ."

Als nun die wichtigen Verhandlungen zwischen „Kaiserhof" und Wilhelmstraße beginnen, muß die Bewegungspresse in höchster Alarmbereitschaft stehen, um alle etwaigen Störungsversuche der noch immer sehr bedeutsamen Systempresse abzuwehren. Langsam rückt unsere Presse an die immer aktueller werdenden Probleme der Regierungsübernahme. Ein neues ungewohntes Gebiet muß betreten werden, und so schreibt Dr. Goebbels denn am 12. November 1932: „Wichtig ist auch, daß wir in Berlin eine Morgenzeitung bekommen. Mit einem Abendblatt allein können wir uns nicht gegen die feindliche Großmacht Presse durchsetzen. Unsere Presse bleibt immer unser Sorgenkind; vor allem jetzt wird es schwer sein, die nationalsozialistischen Zeitungen durch die schwierige politische Situation hindurchzumanövrieren. Im „Angriff" können wir nur mühsam und mit viel Umsicht und Vorsicht eine gewundene taktische Linie einhalten. Das ist für unsere Leute sehr schwer. Da heißt es aufpassen . . ." Gerade in diesen Endkämpfen tritt auch die große Bedeutung der oft auf scheinbar verlorenem Posten stehenden nationalsozialistischen Schriftleiter in gegnerischen Betrieben hervor. Mancher Volksgenosse weiß heute noch nicht, wie sehr sein Urteil über einzelne Parteien und Männer durch scheinbar ganz harmlose Artikel beeinflußt wurde. Artikel, die nicht selten der einzige Ausgleich waren gegenüber dem mit Geld oder mit behördlichem Druck in die Zeitung gebrachten, oft ebenfalls getarnten Wahlkampfartikeln der Gegner. Besonders wichtig aber wurde am 24. November 1932 der schneidige Einsatz einiger Schriftleiter im „Deutschen Nachrichtenbüro". Hierüber berichtet der Adjutant des Reichspressechefs, Hauptschriftleiter Pg. Alfred Ingemar Berndt. Er gehört zu den wenigen Journalisten, die in der ersten Kampfzeit außerhalb des Zentralverlags ihre kleine Zahl durch umso größeren Einsatz ausglichen.

„Die acht nationalsozialistischen Schriftleiter im W.T.B. hielten wie Pech und Schwefel zusammen; gemeinsam organisierten sie während der verschiedenen Regierungsverhandlungen des Führers und der Kaiserhof-Tage für den Reichspressechef der N.S.D.A.P., Dr. Dietrich, und den Berliner Gaupresseamtsleiter Hans Hinkel einen politischen Informationsdienst, der der Gegenseite außerordentlich unangenehm war, dessen Quelle man aber nicht erriet. Dieser Informationsdienst und die Arbeit der N.S.-Schriftleiter im W.T.B. waren in diesen Tagen der Krise um so wichtiger, als bei der im zweiten Halbjahr 1932 immer klarer zutage tretenden ablehnenden Haltung der Deutschnationalen



Einzelnummer 50 Pfennig.

Völkischer Beobachter

und Deutschwirtschaftszeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag. Bezugspreis: Jährlich 50 M., halbjähr. 25 M., vierteljähr. 12.50 M. Postscheckkonto München 11346. Einzelpreis 50 Pf.

Geschäftsstelle: Thierschstr. 15, Fernruf 20647. Geschäftszeit 8—4. Samstag 8—1 Uhr. — Sprechstunde der Verlagsleitung 9—11 Uhr, des Herausgebers 12—1 Uhr. — Schriftleitung: Schellingstr. 41. Fernruf 20647. Sprechstunde Montag bis Freitag 4—5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen brutto M. 1.50 mit entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.— Finanzanzeigen netto M. 1.50. Familienanzeigen M. 1.— Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 90 Pf.

Süddeutscher Beobachter / Münchener Beobachter / Deutschvölkischer Beobachter

Nummer 109 — München, Sonntag, den 19. Julmond (Dezember) 1920 — 34. Jahrgang

Es lebe die Weltrepublik!

Ich lege heute Geschäftsführung und Herausgabe des „Völkischen Beobachters" nieder, da das Unternehmen in andere Hände übergegangen ist.

München, den 17. 12. 20

Bernhard Köhler.

Für Wahrheit, Recht und Ehre!

Wir erhalten folgenden Aufruf:

Die Wiederherstellung unserer nationalen Ehre ist ein derart dringendes Bedürfnis, daß wir uns allen Ernstes mit dieser Frage beschäftigen müssen.

Denken wir daran, was vor dem Kriege, während des Krieges, und auch noch nach dem Waffenstillstande von unseren Feinden an Lügen und Verleumdungen in die Welt gesetzt wurde.

Wir wissen, daß auch unsererseits während des Krieges in den feindlichen Ländern kleine Fehler begangen wurden, wie der Krieg sie nun einmal mit sich bringt, aber niemals in dem Maße, wie unsere Gegner uns die Kriegsverbrechen zur Last legen.

Die dauernde Mitteilung solcher Berichte konnte natürlich nicht ohne Wirkung bleiben auf die neutralen Völker sowohl, wie auf unsere Landsleute im Auslande. Von unserer Seite aus wurde so gut wie gar nichts getan, und wenn, dann ohne Erfolg.

In unserem eigenen Volke wurden teil... die Nachrichten geglaubt, welche die Feinde über uns ausstreuten.

Durch den Friedensvertrag von Versailles wurden wir in unserer allbekannten, deutschen Gutgläubigkeit bitter enttäuscht, und noch immer sind unsere ehemaligen Feinde am Werke, uns neue Handschellen anzulegen.

Im deutschen Volke selbst aber hat man sich noch nicht klar gemacht, welche ungeheueren Lasten der Friedensvertrag uns eigentlich auferlegt.

Unser Volk tanzt und feiert, während der Tod in jeglicher Gestalt auf uns wartet. Vergessen ist auch heute schon, was unsere Gefangenen in ihrer Leidenszeit an körperlichen und seelischen Schmerzen erdulden mußten, vergessen, daß tausende junger, blühender Menschen nur deshalb dem Tode verfielen, weil jedes Menschlichkeitsgefühl in der Behandlung außer acht gelassen wurde.

Gewaltsam hat man unsere Brüder von uns losgetrennt, und doch zeigen gerade sie in ihrer schweren Not, wie innig sie an der Heimat hängen.

Die schwarze Schmach wütet im Rheinland und in der Pfalz, unsere Frauen und Mädchen sind der Willkür schwarzer Neger ausgesetzt, welche in ihrer Begierde nicht vor Kindern Halt machen.

Unsere Heerführer hat man verlangt, um ihnen die Faust des Siegers zu zeigen, aber der einige Wille des deutschen Volkes hat diese Auslieferung bisher zu verhindern gewußt.

Was uns noch alles bevorsteht, wir wissen es heute nicht. Aber das eine wissen wir, geschlossen und einig müssen wir in Zukunft allem Widerstand entgegensetzen, was unsere Ehre und unser Leben bedroht.

In diesem einen Gedanken müssen wir uns, Männer und Frauen aller Parteien und Konfessionen, zusammenfinden, um unseren Bedrückern und dem Auslande zu zeigen, daß der Sinn für nationale Ehre noch nicht in uns untergegangen ist.

Wir sind es auch jenen 2 Millionen Männern und Jünglingen schuldig, die ihr Leben für uns hingaben und draußen in fremder Erde ruhen.

Wir bekämpfen uns in nutzlosen Parteigezänken, und unsere Gegner freuen sich ob dieser Uneinigkeit, denn dadurch stärken wir ihre Stellung, sie können fordern, was sie wollen. Noch ist es Zeit, setzen wir ihren maßlosen Forderungen ein Halt entgegen, einig und kräftig nach alter deutscher Art. Nicht Haß wollen wir säen, aber der Wahrheit und Gerechtigkeit zum Sieg verhelfen. Die D. A. wird diese Bewegung einleiten und bittet Frauen und Männer aller Stände und Parteien um Mitarbeit. Arbeitsgruppen sollen in allen Städten Deutschlands gebildet werden.

Weitere Mitteilungen folgen an alle sich Meldenden.

Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Wahrheit, Recht und Ehre, München 2 SW.

Die Namen der Unterzeichner des Aufrufes haben guten Klang. Wir finden unter ihnen eine ganze Reihe, deren Träger einer wahrhaft völkischen Bewegung dienen. So ist auch der Gedanke, Männer und Frauen aller Parteien und Bekenntnisse zusammenzufassen, sicher nicht im „demokratischen" Sinne so zu verstehen, daß gläubige oder ungläubige Juden an einer deutschen Arbeitsgemeinschaft für Wahrheit, Recht und Ehre teilnehmen könnten. Denn das Judentum ist nicht ein Bekenntnis, sondern eine Volkszugehörigkeit, die Juden sind ein Volk, mit dem wir als Volk uns auseinanderzusetzen haben. So begrüßen wir die neue Arbeitsgemeinschaft als hoffentlich bald recht kräftigen Streiter für deutsche Wahrheit, deutsches Recht und deutsche Ehre. Kr.

Aus dem Inhalt.

Eine nichtbolschewistische Räterepublik.

In Armenien hat sich eine Räterepublik gebildet. Sie entstand aus der Furcht vor der türkischen kriegerischen Bewegung und sollte den Armeniern den russischen Schutz sichern. Die russische Hilfe versagte, da die Russen durch den Vormarsch Kemal Paschas gegen Batum und Baku bedroht sind. Kemal ist von der Entente mit der Bekämpfung der armenischen Sowjetrepublik beauftragt. Die Bildung der armenischen Sowjetrepublik ist eine Überrumpelung Moskaus insofern, als nicht Bolschewiken, sondern Menschewiken, also eine gemäßigte Richtung, maßgebend ist. In dieser Verschiedenheit gegenüber dem Moskauer System liegt wohl auch die Zurückhaltung Trotzkis gegenüber der von Armenien erbetenen Hilfe begründet.

Attentate gegen die russischen Räteführer.

Die Sowjetregierung erläßt eine amtliche Erklärung, in der sie behauptet — ganz ähnlich wie unsere auf jeden Schwindel hineinfallenden Blätter —, daß sie in den Besitz eines Planes gelangt sei, der von einer gegenrevolutionären Organisation im Auslande herrühre und auf die Beseitigung der kommunistischen Führer (also der heutigen unumschränkten Machthaber) in Rußland hinziele. Die Mitteilung der Sowjetregierung weiß sogar von der Errichtung von Sonderschulen für die Heranbildung von Attentätern und Hetzern zu erzählen (!). Natürlich benutzt die Moskauer Regierung die Gelegenheit, die Hinrichtung der in ihren Händen befindlichen Geiseln aus den Organisationen von Savinkow, Tschernow, des nationalen Zentrums und von gefangenen Wrangeloffizieren als Gegenmaßregel in Aussicht zu stellen.

Aus der Zeit.

Die „Politiken" aus Kopenhagen berichtet von einem Interview Konstantins, bei dem er erklärt habe, daß er von hervorragenden Persönlichkeiten Londons, deren Namen, wenn bekanntgegeben, großes Aufsehen erregen würde, folgendes Telegramm erhalten habe: „Verlieren Sie den Mut nicht."

Konstantin glaubt nicht, daß die Entente ihre feindliche Haltung beibehalten wird. Bei seiner Rückkehr nach Athen hofft Konstantin, das Kommando der Armee in Smyrna zu übernehmen.

*

Einem Drahtbericht der „Times" aus Smyrna zufolge, haben die Nationalisten die griechischen Truppen an verschiedenen Punkten angegriffen. General Papoulas, der seit dem Sturz der Regierung Venizelos den General Nivopoulos vertritt und der am 22. November in Smyrna angelangt ist, ist soeben mit seinem Regimentsstab nach der Front abgereist.

*

Aus der Entsendung Bodoviskis nach dem Kaukasus schließt die „Prawda", daß die Sowjetregierung die Vorbereitung größerer militärischer Maßnahmen dort betreibt.

*

Bei den Wahlen für die Arbeiterkontrollausschüsse in Petersburg wurden 28 v. H. Bolschewiken und 72 v. H. Vertreter nichtbolschewistischer Richtungen gewählt.

Auf dem Wege zur Weltrepublik.

> Das Recht darf nicht zur Vogelscheuche werden,
> Als stünd' es da, um Habichte zu schrecken,
> Und bliebe regungslos, bis sie zuletzt
> Gewöhnt, d'rauf auszuruh'n, statt zu flieh'n.
> Shakespeare (Maß für Maß II, 2).

In der Botschaft, die Präsident Wilson an den Kongreß gerichtet hat, der letzten seiner Präsidentschaft, enthielt er sich jeder Anspielung auf den Völkerbund. Er beschränkte sich darauf, dem Kongreß nahezulegen, ein Programm der Gesetzgebung festzulegen, das die Vereinigten Staaten an die Spitze der Welt stellen solle. Um zu diesem Ziele zu gelangen, sei es notwendig, Recht und Gerechtigkeit gegenüber jedem Staat zu unterstützen. Die Vereinigten Staaten könnten die Rolle des Vorkämpfers für die Demokratie nicht ablehnen, ohne das Andenken an die großen Männer der Vergangenheit zu beflecken.

Amerika als Vorkämpfer für die Demokratie! Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! Es hat eine Zeit gegeben, da Wilson als Staatsrechtslehrer ein anderes Urteil über den amerikanischen „Musterstaat" fällte, da er, der uns im Jahre 1917 im Namen der Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit mit Krieg überzog, um uns von der „imperialistischen Tyrannei" zu befreien, von seinem eigenen Vaterlande schrieb: „Wenn die Hüllen fallen, erkennt man allmählich kleine Gruppen von Leuten, die die Regierung zugunsten ihres eigenen Vorteils beherrschen und nicht zugunsten der Vereinigten Staaten. In all den Wendungen der Geschichte unseres Landes haben schmutzige Einflüsse, um nicht zu sagen, fäulniserregende, überall, sowohl im gesetzgebenden, als im Gerichtsverfahren, bestimmend gewirkt. Wir sind dahin gelangt, die am schlechtesten geleitete Regierung in der zivilisierten Welt zu besitzen." So schreibt Wilson in seinem Buche: „Der Staat, praktische und historische Elemente der Politik" (1894). Das war nun etwas sehr deutlich gesprochen, um so mehr muß es auffallen, daß Wilson nicht ganz 25 Jahre später, als er der entscheidende Lenker der Geschicke im Lande des Sternenbanners war, den Spieß umdrehte und sein Land als das Ideal aller Länder hinzustellen wußte, von dem alles „Heil" ausgehen sollte, während Preußen, das er zuerst von dem „militärischen System" befreien wollte, das abschreckende Beispiel eines Staates war, wie er nicht sein sollte, obwohl sein Urteil über Preußen in demselben Buch dahin ging: „Preußen hat sich stets und mit Erfolg bemüht, die bestmögliche Vervollkommnung in der Organisation der Verwaltung zu erreichen, eine Organisation, wie sie kein anderer europäischer Staat aufweist. Sein Verwaltungssystem ist das Vorbild einer zentralisierten bürgerlichen Verwaltung. — Die preußische Autonomie ist viel wirksamer gegen fortgesetzte Einmischungen der Machthaber geschützt. Die preußische Gemeindeverwaltung ist ein prächtiges Beispiel einer tätigen Selbstverwaltung. Die Richter genießen eine große Unabhängigkeit." —

Aber der Herr Präsident wuchs eben leider mit „seinen höheren Zwecken". Als amerikanisches Staatsoberhaupt mußte er seine alten Anschauungen zum alten Eisen legen, wenn er sich seines Amtes überhaupt als würdig erweisen wollte. Und so ist auch er ein Opfer jener „schmutzigen, fäulniserregenden Elemente" geworden. Er wurde zur Drahtpuppe, zum Vollzugsorgan des Willens höherer Mächte. Ihnen ist er mit Haut und Haaren verfallen und daraus erklärt sich die heuchlerische, verführerische und gemeine Politik Wilsons, deren Opfer wir dann auch wurden. Nun schließt er den letzten Akt seines Trauerspiels noch mit einer Lüge, indem er Amerika als den Vorkämpfer für Demokratie bezeichnet. Dabei muß Wilson aus eigener Erfahrung wissen, daß Demokratie, immer und vor allem in Amerika Plutokratie bedeutet, und daß von einer Freiheit, Gleichheit oder Menschlichkeit gar nie die Rede sein konnte. Amerika als Vorkämpfer für die Demokratie bedeutet darum nicht mehr und nicht weniger, als Bahnbrecher für die Herrschaft der Weltfinanz, als Versklavung, Aussaugung und Ausbeutung der Völker durch den ewigen Zins. Und darum wird dem deutschen Volk seit zwei Jahren das demokratische Idee mundgerecht gemacht, es wird geistig vorbereitet und mürbe gemacht, damit es die Sklavenfesseln nicht merke, die sich langsam um seine Glieder legen. Das größte Unheil, das

Der erste parteiamtliche V. B.

Aus Dr. H. A. Münster „Zeitung und Politik"

H.-J.-Z.

Hitler-Jugend

Kampfjahr 1929!



Hartung/Januar 1929 — Plauen i. V. — Folge 1

So sah das erste Blatt der H. J. aus

Für die Unterdrückten! **Gegen die Ausbeuter!**

Der Angriff

Einzelpreis 20 Pf.

Herausgeber: Dr. Goebbels.

Das Deutsche Montagsblatt in Berlin

Nummer 1 | Berlin, Montag, den 4. Juli 1927 | Jahrgang 1927

Vor einem Kommunistenputsch?

In der Berliner Journaille sind die Zusammenstöße am letzten Samstag-Sonntag in Ahrensdorf bei Frankfurt/Oder zwischen Reichsbanner und Wehrwolf lebhaft diskutiert worden. Je nach Parteieinstellung werden Reichsbanner oder Wehrwolf als die Schuldigen angeprangert. Angesichts der Tragweite dieser Zusammenstöße — es waren allein ein Toter und elf Schwerverletzte zu beklagen — hat sich der Berliner Bevölkerung eine lebhafte Unruhe bemächtigt. Im Zusammenhang damit weiß ein großer Teil der Berliner Asphaltpresse von geheimen Putschabsichten der K. P. D. zu berichten. Diese Meldungen werden in sensationeller Aufmachung in der Provinzpresse demokratischer und sozialdemokratischer Richtung breitgetreten. Vor allem spielte dabei ein geheimnisvolles Plakat eine Rolle, das dieser Tage an den Litfaßsäulen in Berlin erschien und großes Aufsehen erregte.

Der „Mittag" weiß in seiner Ausgabe vom 28. Juni darüber folgendes zu berichten: „Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen hat in Berlin ein Plakat lebhafte Unruhe hervorgerufen, das an auffälliger Stelle in roter Farbe an den Litfaßsäulen Berlins prangt, und auf dem zu lesen ist „Der Angriff erfolgt am 4. Juli". Irgend eine Anrede oder Unterschrift trägt das Plakat nicht. Zuerst nahm man an, daß es sich hierbei um die Reklame einer neuen Zeitschrift handelt. Am Sonnabend aber konnte man an den Litfaßsäulen ein weiteres Plakat lesen, das etwa lautete: „Arbeiter-Rettungsstelle leistet Hilfe bei Verwundungen, Unglücksfällen usw. Spenden erbeten vom 27. Juni bis 3. Juli 1927." Dieses Plakat ist offensichtlich im Zusammenhang zu bringen mit dem ersten Plakat, das den Angriff ankündigte. Es ist in Berliner Kreisen die Sorge aufgetaucht, daß es sich bei diesen Plakaten möglicherweise um eine kommunistische Aktion handelt. Es wäre dringend zu wünschen, daß umgehend in dieser Frage Klarheit geschaffen wird."

Wir sind in der glücklichen Lage, diese gewünschte Klarheit zu schaffen. Wie wir bestimmt versichern können, handelt es sich bei besagtem Angriff nicht um irgendeine kommunistische Aktion. Auch steht das geheimnisvolle Plakat mit dem aufsehenerregenden Text „Der Angriff erfolgt am 4. Juli" in keinem Zusammenhang mit dem Plakat der Arbeiter-Rettungsstelle. Die erste Annahme des „Mittag", daß es sich um die Reklame einer neuen Zeitung handle, trifft voll und ganz zu. Wir waren so frei, das geheimnisvolle Plakat an die Berliner Litfaßsäulen kleben zu lassen. Daß wir bei diesem doch immerhin harmlosen Vorgang das gespannte Interesse der gesamten Berliner Öffentlichkeit erwecken würden, das hatten wir dabei in unseren kühnsten Träumen nicht zu hoffen gewagt.

Wie wir allen Freunden und Verteidigern der Republik mitteilen können, richtet sich der „Angriff" nicht gegen die Republik. Im Gegenteil! Wir lieben und schätzen diese Republik. Wie sollten wir auch anders! Sind wir doch in ihr bisher mit den höchsten Ehrengaben ausgezeichnet worden, als da sind Verbote, Prozesse, Gefängnis, Verfolgung und anderes mehr. Darum ergreifen wir gleich in der ersten Ausgabe dieser Zeitung Gelegenheit, ihr unsere tiefste Reverenz zu machen.

Im übrigen der Berliner Presse für die ungewollte, aber ... die sie für uns und unsere junge Zeitung machte, Dank und frohes Händewinken!

Warum Angriff?

Deutschland ist eine Ausbeutungskolonie des internationalen jüdischen Finanzkapitals. Man hat uns Eisenbahn, Wirtschaft und Münze genommen, man hat aus unserem von jeher schon zu engem Raum lebensnotwendige Stücke herausgeschnitten und tastet jetzt nach den letzten Resten deutscher Unabhängigkeit, Landwirtschaft und Post. Mitleidlos schwingen die Büttel des Geldes über deutschen Arbeitern die Sklavenpeitsche, und es ist kein Ende in all dem Jammer abzusehen. Drei Millionen Erwerbslose sind stumme Kronzeugen des mörderischen Wirtschaftskrieges gegen deutschen Fleiß und deutsche Arbeit. Die ersten Armeekorps des namenlosen Heeres der zwanzig Millionen Deutsche, die in der Welt zu viel sind, gruppieren sich.

Diesem Volk nimmt eine gerissen lügende, heuchlerische Presse und angefaulte Moral den letzten ... Halt. Noch leben wir von den Vorräten vergangener Jahrzehnte des Fleißes und Kampfes. Allein mit automatischer Sicherheit naht der Tag, wo auch der letzte wirtschaftliche und seelische Besitz verkitscht ist, und wir Deutschen vor dem grauen, grauen Ende stehen.

So ist die Lage. Darüber hilft kein Drehen und Deuteln hinweg. Je mehr wir vor dem nahenden Zusammenbruch die Augen feige verschließen, um so grausamer wird über kurz oder lang das Erwachen sein. Darum rufen wir zur Einsicht und zur Sammlung der deutschen Widerstandskraft gegen die Verzweiflung.

Kann's so, wie es heute geht, noch zehn Jahre weitergehen? Diese mitleidlose Frage muß jeder beantworten, der noch an Deutschland glaubt. Und lautet die Antwort: nein!, dann gibt es nur eine Rettung: Kampf!

Darum rufen wir zum Widerstand!

Und noch eins: man hat uns, als wir diesen Zustand begründen halfen oder doch schweigend zusahen, Arbeit und Brot, ein Leben in Schönheit und Würde versprochen. Statt Arbeit gab man uns den Jammer des Almosenbettelns, statt Brot Steine und Hohn. Ist das ein Leben der Schönheit und Würde, das heute drei Millionen täglich durch Stempel und Hunger amtlich bescheinigt wird. Und sind dafür zwei Millionen unserer Väter und Brüder draußen an den Fronten für ein anderes Deutschland gefallen, daß heute der Jude und seine deutschen Henkersknechte aus unserer Haut Riemen schneiden?

Antwortet! Antwortet!

Wimmernd gestehen es die Parteien links und rechts, daß sie nicht helfen können. Sie können es nicht und wollen es nicht. ... lieferten ... den letzten Rest unserer Freiheit, und leise, fast schüchtern nur noch verteidigt der eine oder der andere die Ueberbleibsel jenes Heldengeistes, der einmal vier Jahre lang einer ganzen Welt die Stirne bot.

Prozeß gegen den Vorwärts

Der Münchener Rechtsanwalt Dr. Frank II hat gegen den „Vorwärts" Beleidigungsklage erhoben. Es ist dies ein Nebenprozeß zu dem berüchtigten Landfriedensbruchprozeß vom Kurfürstendamm, in dem am Mittwoch der Straße zuliebe jene ungeheuerlichen Urteile ergingen.

Der „Vorwärts" hatte dazu geschrieben: „Der Rechtsanwalt Dr. Frank entblödete sich nicht, eine antisemitische Hetzrede zu halten."

Die Klassenjustiz gegen deutsche Arbeiter erscheint nämlich dem „Vorwärts" nur dann hassenswert, wenn dabei nicht die Interessen jüdischer Geldschweine berührt werden. Vor den jüdischen Kapitalisten hat der deutsche Proletarier natürlich zu kuschen.

Ob sich nun ein Richter finden wird, der dem „Vorwärts" die krumme Nase zurechtzubiegen wagt? Nach allen bisherigen Erfahrungen zweifeln wir daran, denn welcher Richter wollte so leichtfertig seine Stellung riskieren?

(Näheres über den sensationellen Kurfürstendammprozeß siehe Seite 2 des Beiblattes).

Zustand



So siehst du aus!

Jacob Goldschmidt

heute unzweifelhaft der mächtigste Finanzmann in der Dawes-Kolonie Deutschland, ehemals Geschäftsinhaber der Danat-Bank von größtem Einfluß im öffentlichen Leben, gewährte bekanntlich dem „Vorwärts" einen Kredit von 800 000 M., wahrscheinlich zur Bekämpfung des Kapitalismus. Auch der Scherl-Verlag steht unter seiner Diktatur, denn Hugenberg, der vielbeschrieene Besitzer des Scherl-Konzerns ist von den Krediten der Danat-Bank abhängig. Bekanntlich ging durch die ganze Presse von rechts bis links ein Schrei der Entrüstung, als die Nationalsozialisten es wagten, Jacob Goldschmidt anzugreifen.

Jacob Goldschmidt ist „das Glückskind des Börsenjahres 1926", wie die „Welt am Montag" einmal sagte. Als Inhaber von 108 Aufsichtsratsposten übt er beherrschenden Einfluß auf die deutsche Wirtschaft aus. So sitzt er, um nur ein paar Beispiele zu nennen, im Aufsichtsrat der A. E. G., der Bergmann Elektrizitäts-A. G., der Continental Caoutschuk und Guttapercha Comp., der Deutschen Luft-Hansa, der Friedrich Krupp A. G., der Gelsenkirchener Bergwerks A. G., der Hamburg-Amerika-Linie, der Phönix A. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb und vieler anderer mehr.

Als Liquidator des Stinnes-Konzerns ist Jacob Goldschmidt der Erbe des von der marxistischen Arbeiterschaft bestgehaßten Mannes. Merkwürdigerweise hat sich aber dieser Haß nicht auf ihn übertragen, obwohl seine wirtschaftliche Macht eine zehnmal größere ist als die eines Stinnes es je gewesen.

Jacob Goldschmidt ist eben ein Jude, während Stinnes nur ein mieser Goi war.

Schächtverbot — in Schweden

Stockholm, 2. Juli.

Die zweite schwedische Kammer hat ein Schächtverbot beschlossen, und zwar mit den Stimmen der Sozialdemokraten. Die sozialdemokratisch organisierten schwedischen Schlachthausarbeiter haben mit dem Ausstand gedroht, wenn daß Schächtverbot nicht zustande kommen sollte.

In Deutschland aber gilt jeder, der mit der Kulturschande des Schächtens aufräumen will, als ein „an die niedrigsten Instinkte appellierender" antisemitischer Hetzer und Faschistenbund!

Die erste Folge des „Angriff"

Sondernummer 1

Der Stürmer

Nürnberger Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit

Herausgeber: Julius Streicher

Nürnberg, im Juli 1923. Preis 400 Mark

Blutiger Überfall der Judenknechte in Erlangen

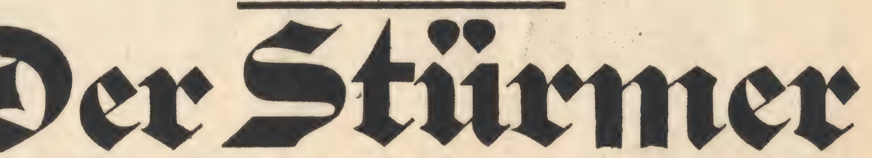
Der vergangene Sonntag hat den öffentlichen Beweis erbracht, wer den Bürgerkrieg heraufzubeschwören sucht. Die „Vaterländischen Verbände" hatten für diesen Tag die verschiedenen völkischen Organisationen zu einem Sommerfest nach Erlangen eingeladen gehabt. Besonders zahlreich waren auch die **Nürnberger Nationalsozialisten** erschienen. Gleichzeitig hatten die Marxisten aus Fürth, Nürnberg usw. **republikanische Stoßtrupps** zu einem sogenannten roten Turnertag einberufen. Bei den Völkischen, die jedem Zusammenstoß aus dem Wege gehen wollten, war die Parole ausgegeben worden, die Herausforderung der „Roten" **unter allen Umständen zu vermeiden.** Daß die Völkischen keinen Streit wollten, das wurde schon gleich beim Eintreffen der Nürnberger bewiesen. **Dr. Kloß**, der Führer der fränkischen Sturmabteilungen, hatte sich mit seinen Truppen gerade in Marsch gesetzt gehabt, da traf er am **Schloßplatze** mit den aus einer Seitenstraße kommenden „Roten" zusammen. **Kloß** gab seinen Leuten sofort Befehl zum Halten und ließ die sogenannten roten Turner ungehindert vorbeiziehen. Einen Nachtrupp der „Roten", aus welchem heraus **Schimpfworte auf die „Hakenkreuzler"** fielen, ließen diese unbeachtet. Auch die Aufstellung der einzelnen Völkischen Verbände und deren Marsch durch die fahnengeschmückten Straßen ging ohne Zwischenfall vor sich. Nach Beendigung des Umzuges hatte sich auf dem Bergkellern ein festliches Treiben entwickelt. Noch während der erste Redner sprach, kam die erste Unruhe in das Getriebe der vielen Tausende von Festteilnehmern. Ein **Jude** besaß die Frechheit, sich in den Schatten des Festplatzes hereinzustehlen und gegen die Absingung des Deutschlandliedes in unflätiger Weise zu hetzen. Es war selbstverständlich, daß dieser Jude Hiebe bekam und mit blutigem Schädel den Platz verließ, wo Juden nichts zu suchen hatten.

Wenige Minuten waren vergangen, da traf eine Meldung ein, die auf dem Festplatze eine ungeheure Entrüstung hervorrief. Einige Festteilnehmer, die sich ahnungslos durch ein Arbeiterwohnviertel begeben hatten, wurden überfallen, in ein Haus geschleppt und entsetzlich zugerichtet. Ihre Befreiung wurde durch rasch zugreifende Sturmtrupps bewerkstelligt.

Gegen 7 Uhr abends marschierten die auswärtigen Abteilungen in Zwischenräumen zum Bahnhof ab. Als die Nürnberger den Schloßplatz erreicht hatten, vernahm man plötzlich wüste Schreie aus einer Seitenstraße. Ein paar „Rote" waren mit Stahlruten vor dem „Bräustübl" erschienen und schrien zu den dort sich aufhaltenden Angehörigen des „Jungdeutschen Ordens" hinein, sie sollten sich noch ein bißchen gedulden, sie bekämen noch die Köpfe blutig gehauen. Es wurde zunächst versucht, diese roten „Turner", die sich ihre Tapferkeit beim Maßkrug „erturnt" hatten, zu beruhigen und zu vernünftigem Denken zu bringen. Alles war umsonst, die verhetzten Kerle fingen schließlich an, handgreiflich zu werden und nun war kein Halten mehr. Alles ging drunter und drüber. Es war eine Freude, zu sehen, wie tapfer sich die „Hakenkreuzler" schlugen. Es gab viel zum Verbinden, auf beiden Seiten gab es blutige Köpfe.

In der Zwischenzeit hatten sich neue Kampfherde gebildet. Am Südende der Stadt hatten die „Roten" einen fahnengeschmückten Bauernwagen überfallen und mehreren der Insassen Messerstiche beigebracht. Einer derselben blutete aus einer schweren Stichwunde am Kopfe. Von allen Seiten eilten die Sturmleute der S. A. und der R. Fl. herbei, um den Überfallenen zu Hilfe zu kommen. Wildes Kampfgeschrei erfüllte die Straßen, Menschenknäuel wälzten sich im Blute. Die Wut wurde bis zur Siedehitze gesteigert, als die „Roten" ihre Revolver zogen und in die **unbewaffneten** Haufen der Nationalsozialisten hineinschossen. Die Sanitätsmannschaften waren vollauf beschäftigt, die blutig geschlagenen Leiber zu verbinden und aus dem Gefahrbereich wegzuschaffen. Es war eine **blutige Schlacht**, was da in den Abendstunden des 15. Juli in Erlangen durch die Stadt raste. Es war der Anfang zu dem Bürgerkrieg, von dem so oft gesagt wird, daß er kommen müsse.

Daß das „W.T.", das Wolff'sche Telegraphenbüro und die „Tagespost" lügen und die Schuldigen bei den „Hakenkreuzlern" suchen, war nicht anders zu erwarten. Das Wolff'sche Telegraphenbüro besitzt die Unverschämtheit zu behaupten, bei der Feier auf dem Felsenkeller sei mit Beilen und Gummiknütteln zugeschlagen worden. Kein Wort davon ist wahr. Und wenn die Tagespost behauptet, die Provokation sei von



„Der Stürmer" am Beginn seines Kampfes

Volkspartei, insbesondere nach der Reichstagsauflösung vom 12. September 1932, dem B.V.G.-Streik und der Novemberwahl, die Telegraphen-Union, die der Partei jahrelang zur Verfügung gestanden hatte, als Nachrichtenquelle auszufallen begann.

Am 23. November abends hatte im W.T.B. ein Parteigenosse als Chef vom Dienst die Redaktionsführung. Gegen 21 Uhr mußten wir feststellen, daß, von amtlicher Seite inspiriert, einer der damaligen Hauptschriftleiter einen Kommentar für den Conti-Dienst diktiert hatte, der als regelrechter Dolchstoß gewertet werden mußte. In diesem Kommentar wurde der Führer bösartig verleumdet und des Wortbruches beschuldigt. Zunächst „gerieten" einmal — wie so etwas mit nazifeindlichen Manuskripten leicht vorkommen konnte — die Korrekturabzüge des Kommentars tief unter anderes Material und fanden sich erst so spät wieder, daß der Kommentar für die Morgenblätter in den meisten Fällen nicht mehr zurechtkam. Zu zweit gingen wir dann mit Schreibmaschinendurchschlägen des Kommentars in den Kaiserhof zu Dr. Dietrich, der seinerseits nun sofort den Führer informierte. So konnte, noch ehe der Kommentar veröffentlicht war, bereits eine schlagkräftige Abwehr dieses aus dem Hinterhalt abgegebenen Schusses gesichert werden.

Es war am Mittag des nächsten Tages. Aus einem Telephongespräch, das einer der Hauptschriftleiter vertraulich, offenbar mit dem Staatssekretär der Reichskanzlei, Herrn Planck, führte und dessen unfreiwilliger Zeuge ein Parteigenosse geworden war, ergab sich, daß die Presseabteilung der Reichsregierung für den Abend eine Pressekonferenz plante, auf der, selbstverständlich mit entsprechend gefärbten Kommentaren, ein Teil des Briefwechsels zwischen dem Führer und Herrn von Papen bzw. dem Führer und dem Büro des Reichspräsidenten der Öffentlichkeit übergeben werden sollte. Nach einer halben Stunde telephonischer Bemühungen gelang es, Pg. Hinkel zu erreichen und ihn von dieser Absicht in Kenntnis zu setzen.

Es glückte Pg. Hinkel, rechtzeitig Pressechef Dr. Dietrich von der Absicht der Reichsregierung zu unterrichten. In Vorahnung des Kommenden war auf Anordnung des Führers durch Julius Schaub bereits die Vervielfältigung des bis dahin vorliegenden Briefwechsels vorgenommen worden, um den Briefwechsel ungekürzt der gesamten Presse zur Verfügung stellen zu können, und damit zu verhindern, daß ihr ein schiefes Bild über die Verhandlungen gegeben werde. Im Laufe des Nachmittages erschien Ministerialdirektor Marcks, der damalige Pressechef der Reichsregierung, bei Dr. Dietrich und bat, von einer Veröffentlichung der Dokumente vorläufig abzusehen. Die Absichten der Regierung wurden dadurch nur noch deutlicher. Das Berliner Gaupresseamt wurde mobilisiert und der gesamte Schreib- und Vervielfältigungsapparat eingespannt. Am späten Nachmittag ging der Schlußbrief des Führers an das Büro des Reichspräsidenten heraus. Eine Viertelstunde später war auch dieser Brief vervielfältigt, und Dr. Dietrich konnte in aller Eile eine Pressekonferenz zusammenbringen. Für 19 Uhr war die Pressekonferenz vorgesehen, die die Reichsregierung beabsichtigte. Es gelang, die Reichsregierung um eine halbe Stunde zu schlagen und durch die schnelle Arbeit und die rechtzeitige Kenntnis der Absichten der Regierung schon für 18.30 Uhr eine Pressekonferenz in den „Kaiserhof" einzuberufen. Auf dieser Pressekonferenz erhielt die Presse nun den ungekürzten Briefwechsel. Ferner gab Hermann Göring einen Kommentar, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließ . . ."



Am 3. Januar 1933 schreibt Dr. Goebbels:

„Ich gebe der Redaktion neue Anweisungen und umreiße die Tendenz, nach der jetzt gearbeitet werden muß. Unsere Presse in Berlin hat sich fabelhaft herausgemacht. Sie hält jeder Konkurrenz mit den bürgerlichen Zeitungen stand. . . ."

Mit dieser hochverdienten Anerkennung geht die Bewegungspresse in die Zeit der vom „Angriff" als erstem Blatt verkündeten Machtübernahme. Noch bringen die nächsten Monate genau die gleichen Anforderungen des unmittelbaren propagandistischen Einsatzes; dann aber beginnt im Sommer 1933 der Kampf nach innen, das zähe Ringen um den Ausbau und um eine Form, die, dem alten Geist immer ver-

bunden bleibend, auch den Repräsentationspflichten einer nationalsozialistischen Staatspresse gerecht wird. War aus dem wild bedruckten Papier zunächst eine gefürchtete Waffe der Opposition und dann die geeignete Vertretung der Partei geworden, galt es nun zum würdigen Mittel der Volks- und Staatsführung zu werden. Der Nation das immer besser werdende Erziehungs- und Bildungsmittel der breitesten Masse zu sein, ist heute die Mission des gewaltigen pressepolitischen Apparates, der immer mehr aufräumt im unglaublich wirren Dickicht des liberalistischen Pressegestrüpps. Die roten Sümpfe dieses Urwaldes sind trockengelegt, die schwarzen werden folgen und ein ebenso kräftiges wie vielverzweigtes Wachstum sichert der Nation einen der Größe des Reiches und der Idee wahrhaft würdigen Blätterwald nationalsozialistischer Zeitungen. „Manchester Guardian" schrieb kürzlich: „In der deutschen Presse angegriffen zu werden, ist eine ernste Sache." Und wer im „christlichen" Österreich mit einem Blatt der N.S.D.A.P. getroffen wird, kann sich im Kerker über „Nächstenliebe" die entsprechenden Gedanken machen oder sich an die ebenso krampfhaft bekämpften Anfangszeiten des „corpus delicti" erinnernd — trösten. Unsere Presse ist eine ebenso beliebte wie gefürchtete Macht geworden. Ihr Wachstum bedarf auch weiterhin der sorgsamen Pflege und der Mitarbeit aller. Niemand weiß das besser, als die verantwortlichen Männer in den Redaktionen und Verlagen. In diesen Parteigenossen lebt das unablässige Bemühen um einen Stil, dem nach einem Worte Alfred Rosenbergs „die Aufgabe der Schrift nicht die Möglichkeit bedeutet, ausbrechende Gefühle niederzulegen, sondern im Dienste der Geistes- und Seelengestaltung zu stehen".

Fragekasten

Z. A., Berlin.

Die Zahl der Vertrauensmänner beträgt bei 60 Gefolgschaftsmitgliedern drei. Müssen nun tatsächlich drei gewählt werden und tritt als vierter der Betriebsführer hinzu, oder dürfen nur zwei gewählt werden und tritt als dritter der Betriebsführer hinzu?

Nach dem A.O.G. (§ 7) beträgt die Zahl der Vertrauensratsmitglieder bei 60 Gefolgschaftsmitgliedern drei. Es müssen also durch die Wahl drei Vertrauensmänner aus der Gefolgschaft gewählt werden. Der Betriebsführer steht nicht zur Wahl. Der Betriebsführer tritt also als vierter Vertrauensmann zu den Dreien hinzu.

Die Zahl der zu wählenden Vertrauensmänner beträgt in Betrieben mit

20 – 49	Beschäftigten	= 2	Vertrauensmänner
50 – 99	"	= 3	"
100 – 199	"	= 4	"
200 – 399	"	= 5	"

Ihre Zahl erhöht sich für je 300 weitere Beschäftigte und für jede angefangene 300 Beschäftigte um einen Vertrauensmann und umfaßt im Höchstfalle außer dem Betriebsführer zehn Personen. Hierzu kommt in jedem Falle dieselbe Zahl von Ersatzmännern.

S. St., Berlin W.

Welche Voraussetzungen muß ein Gefolgschaftsmitglied erfüllen, um in den Vertrauensrat seines Betriebes gewählt werden zu können?

Mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit ist der Betriebsrat als einseitige Interessenvertretung der Belegschaft verschwunden. Die Arbeitskameraden wählen Vertrauensmänner, die dem Betriebsführer beratend zur Seite treten. An diese stellt das Gesetz hohe Anforderungen. Darüber heißt es in § 8: Vertrauensmann soll nur sein, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat. mindestens ein Jahr dem Betriebe oder dem Unternehmen angehört und mindestens zwei Jahre im gleichen oder verwandten Berufs- oder Gewerbezweige tätig ist. Er muß die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen, der Deutschen Arbeitsfront angehören, durch vorbildliche menschliche Eigenschaften ausgezeichnet sein und die Gewähr bieten, daß er jederzeit rückhaltslos für den nationalen Staat eintritt. Auch Frauen können Mitglied des Vertrauensrates sein.

M. B., Hannover.

Laut Anordnung des Hauptorganisationsamtes wird das Hoheitszeichen niemals allein getragen, sondern immer in Verbindung mit dem Parteiabzeichen. Berechtigt zum Tragen des Hoheitszeichens sind:

1. Politische Leiter,
2. soweit sie Parteigenossen sind: S.A.-, S.S.- und N.S.K.K.-Männer.
3. Angehörige der H.J. (einschl. B.D.M. und Jungvolk), ebenfalls soweit sie Parteigenossen sind.

Das Hoheitszeichen wird lediglich auf dem Zivilrock, niemals aber auf der Uniform getragen.

Werkschar-Angehöriger, Essen.

Gemäß einem Abkommen zwischen Reichsleiter Dr. Ley und Stabschef Lutze umfaßt die Werkschar N.S.G. „K.d.F." grundsätzlich nur einen Betrieb (den eigenen Betrieb). Eine Zusammenfassung von Werkscharen zu größeren Einheiten gibt es nicht. Die Werkscharen werden grundsätzlich von S.A.-Führern geführt. Ihre Einsetzung erfolgt auf Vorschlag der zuständigen S.A.-Dienststellen vom Dienststelleninhaber der D.A.F.

H. F., München.

Die Reichs-Rednerschule der Partei geht von Gau zu Gau. Erfaßt werden in ihren Kursen die Gau- und Kreisredner und die Redner der Gliederungen. Die Reichs-Rednerschule ist für das ganze Reichsgebiet zuständig. Die Gaupropagandaleitungen bilden die Redner für diese Kurse in theoretischen und praktischen Redner-Schulungskursen vor.

Das deutsche Buch

Gerd Rühle:

„Das Dritte Reich". Dokumentarische Darstellung des Aufbaues der Nation.

Hummel-Verlag, Berlin NW 7, 1. Band 1934, 2. Band 1935; 498 Seiten. Preis bei Bestellung des Gesamtwerkes 15,– RM. pro Band, Einzelband 16,– RM.

Wissenschaftliche Genauigkeit und eine klare, nach Sachgebieten geordnete Zusammenstellung der wichtigsten Reden des Führers, der neuen Gesetze und Verordnungen, sowie gut ausgewählte Bilder geben einen historisch genauen, vielseitigen Überblick über die ersten Jahre des Reiches. Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis, Zeittafel und Sachregister erhöhen die bequeme Brauchbarkeit des Werkes. Diese Arbeit hat vor allen Dingen den Vorzug, zur sachlichen Gewissenhaftigkeit der Darstellung die weltanschauliche Zuverlässigkeit eines langjährigen Aktivisten der Bewegung zu gesellen, der sich eine Charakteristik der wichtigsten Punkte nationalsozialistischer Anschauung erlauben darf und damit seine Arbeit nicht nur auf eine chronistische Darstellung beschränkt läßt, sondern zu einem zuverlässigen Führer durch diese ereignisreiche Zeit ausgestaltet hat. Für Schulungsleiter, Erzieher und Redner, für Büchereien und Redaktionen kann die Arbeit gern empfohlen werden.

Dr. Friedrich Burgdörfer:

„Aufbau und Bewegung der Bevölkerung".

Ein Führer durch die deutsche Bevölkerungsstatistik und Bevölkerungspolitik mit 81 Abbildungen im Text.

Verlag Joh. Ambrosius Barth, Leipzig, 1935. Broschiert 8,40 RM.

Was der um die deutsche Bevölkerungskunde hochverdiente Direktor beim Statistischen Reichsamt Berlin in diesem Band VIII der staatsmedizinischen Abhandlungen darlegt, stellt eine für die politische Erziehungs- und Schulungsarbeit außerordentlich wertvolle Rüstungssammlung und Materialquelle dar. Sie hat den Vorzug, mit modernsten Mitteln aufwarten zu können und ist auch nicht in wissenschaftlich abstrakter Stilform abgefaßt, sondern vielmehr gedruckte Rede. Das Werk ist eine Ergänzung der bekannten Schriften Burgdörfers. Es ist nicht unbescheiden, wenn es sich zum Ziel setzt, „weitere Kreise unseres Volkes von der Bedeutung und dem Ernst der deutschen Bevölkerungsfrage zu überzeugen und ein Führer durch die deutsche Bevölkerungspolitik zu sein."

Schwarz van Berk:

„Die Stunde diktiert". Kurze Sprechstunde für Unpolitische.

Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1935 Preis kart. 2,60 RM. 136 Seiten.

Schwarz van Berk ist es gelungen, die Kampftradition des „Angriff" in die Zeit nach dem 30. Januar hinüber zu tragen. Auch die 25 Aufsätze dieses Büchleins beweisen das. Zeitnahe Fragen aus dem neuen Werden sind so offen, so eindeutig und überzeugend entwickelt, daß die Lektüre der Aufsätze für den Nationalsozialisten geradezu eine politische Erquickung, und für alle anderen zu einer flüssig eingehenden und mit wachsender Spannung verfolgten Belehrung wird. Diese „kurze Sprechstunde" vermittelt kristallklare Allgemeinverständlichkeit grundsätzlicher Gesichtspunkte aus dem Wachsen der neuen Volksgemeinschaft.

Dr. Siegfried Kadner:

„Rasse und Humor".

J. F. Lehmanns Verlag, München 1935, 50 Abbildungen, geh. 3,80 RM., Leinen 4,80 RM.

Wissenschaftlicher Ernst und deutsche Gründlichkeit vermitteln in ergötzlicher Anschaulichkeit einen lehrreichen Streifzug quer durch alle Gattungen des Humors der Völker. Durch die Sonde moderner Rassenpsychologie werden an Hand zahlreicher Proben die bekanntesten Humoristen und Komiker aller Zeiten betrachtet. Weit über hundert Persönlichkeiten verschiedenster Völker und Zeiten finden Beachtung, und man staunt über die Vielseitigkeit der Gesichtspunkte, die dieses Büchlein erschließt. Gerade weil unser täglicher Kampf uns leicht geneigt sein läßt, ein Thema wie „Rasse und Humor" als zweitrangig zu erklären, soll die Arbeit Kadners hier vor einem solchen Verdacht geschützt werden. Das Buch bietet eine positive Bereicherung des rassischen Weltbildes, ohne dabei doktrinäre Versteifung des Urteils aufkommen zu lassen, was beispielsweise die vorsichtige Beurteilung Thomas und Valentins beweist.

Frau Dr. Johanna Haarer:

„Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind"

mit 47 Abbildungen.

Lehmann's Verlag, München, 1934. Brosch. 3,20 RM., geb. 4,20 RM.

Ein Buch für die deutsche Volksgenossin, die allen hohen Pflichten ihrer Lebensaufgabe gegenüber gerecht werden will. Die Verfasserin geht aus von dem Bestreben, einer Kameradschaft der Mütter und derer, die Mutter werden wollen, zu dienen. Rat und Hilfe, Beistand und Belehrung soll geboten werden, Ratgeber in allen kleinen und großen Angelegenheiten, die mit dem umwälzenden Erlebnis der Mutterschaft zusammenhängen. Ein Buch, das jede der Ehe und der Mutterschaft entgegengehende deutsche Volksgenossin nur dankbar aus der Hand legen wird.

Heinrich Guthman:

„Zweierlei Kunst in Deutschland?"

Volkschaftsverlag für Buch, Bühne und Film, Berlin, Bleibtreustraße 22/23.

Was dieses angreifende Buch uns sagen will, kann nicht besser zum Ausdruck kommen, als es durch den Februarheft-Artikel „Was sollen wir tun?" von Heinrich Guthmann selbst gesagt wird. Schöpferische Leistungen sprechen nun einmal durch sich selbst am besten, und daß dieses Buch als solche gewertet werden darf, wird jeder Leser empfinden und bestätigen, auch wenn der Charakter einer Kampfschrift zu Ausfällen führt, die sichtlich zu weit gehen.

Bernd Ehrenreich:

„Marine-S.A.". Das Buch einer Formation.

Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1936, kart. 3,– RM., Leinen 3,80 RM. 139 Seiten.

Wohl wird hier die Geschichte einer jüngeren Gliederung der Bewegung geschildert, aber im Kampf mit der Elite Moskaus, der „Roten Marine", haben diese Nationalsozialisten an der Wasserkante eine jahrelange, fast ununterbrochene Einsatzbereitschaft und Kameradschaft bewiesen, die es verdient, im Buch festgehalten zu werden. Ein Teilnehmer des schweren Weges der jungen, vom Marxismus verbissen gehaßten Formation schildert mit packender Anschaulichkeit die

heroischen Leistungen und Opfer dieser Männer, die seit 1930 tagaus, tagein bereit waren, „das Jahrhundert im allgemeinen und das Reichsbanner im besonderen in die Schranken zu fordern", und ihr erwerbsloses Dasein „zwischen Marschieren und Kämpfen, Schlagen und Geschlagenwerden" in den Dienst der Bewegung zu stellen. Ein kraftvolles, gutes Buch.

Heinz Otto:
„Rot Mord"

Nationaler Freiheitsverlag, Berlin 1933, brosch. 1,80 RM., Leinen 2,60 RM.

Ein Parteigenosse, der von klein auf mitgekämpft hat und aus eigenem Erleben schreibt, schildert in klaren Zügen den Weg des jungen Großstadt-Arbeitslosen der Systemzeit, der, eigentlich arbeits- und wehrdienstfähig, keine Möglichkeit der Betätigung findet. In seinem Ringen zwischen Not und Tatendrang fehlt die Volksgemeinschaft. So genügt ein kleiner Anstoß, um ihn zum Opfer des Kommunismus und zum Heckenschützen des roten Terrors werden zu lassen, bis er im „Sowjet-Paradies" umkommt. Ein Schicksal, das in geordneten Zeiten und Verhältnissen fast unbegreiflich erscheint und gerade deswegen immer wieder den noch immer zahlreichen Volksgenossen gezeigt werden soll, die nicht wissen, was Bolschewismus heißt.

Günter Kaufmann:
„Der Reichsberufswettkampf".

Die berufliche Aufrüstung der deutschen Jugend.
Verlag Junker & Dünnhaupt, Berlin, 1935. 1,60 RM.

Der Leiter der Presse- und Propagandastelle des Reichsberufswettkampfes gibt in der Schriftenreihe der deutschen Hochschule für Politik einen authentischen Überblick über die Aktion zur beruflichen Aufrüstung der deutschen Jugend.

Zum gleichen Thema bringt Obergebietsführer A. Armann ein Bildwerk „Olympia der Arbeit" mit ausgezeichneten Lichtbildern von Hahn-Hahn im selben Verlag heraus. Die gute Ausstattung der 74 Bilder und der Stückpreis von 2,80 RM. lassen das Werk zu einem schönen Geschenk für die Teilnehmer am Wettkampf werden.

Gustav Kossinna:
„Die deutsche Vorgeschichte"

eine hervorragend nationale Wissenschaft.

7. Auflage (15.—25. Tausend), durchgesehen u. durch Anmerkungen erg. Verlag K. Kabitzsch, Leipzig, 1936. 7,— RM., geb. 8,40 RM.

Diese neue Auflage des Fundamentes der modernen deutschen Vorgeschichtsforschung ist durch Anmerkungen über die neuen Ergebnisse und durch weitere Bilder so ergänzt worden, daß Kossinnas Arbeit nach wie vor am Anfang jeder Beschäftigung mit deutscher Vorgeschichte stehen muß und ihre grundlegende Bedeutung behält, so daß die bisherige Auflage noch keineswegs im richtigen Verhältnis zum Wert des Werkes steht.

Bücher zu unseren Aufsätzen:
„Unsere N.S.-Presse"

Adolf Hitler:
„Mein Kampf"
Zentralverlag der N.S.D.A.P., München 2 NO, 1930.

Dr. Joseph Goebbels:
„Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei"
Zentralverlag der N.S.D.A.P., Frz. Eher Nachfolger, München 2 NO, 1934.

Dr. O. Dietrich:
„Mit Hitler in die Macht"
Zentralverlag der N.S.D.A.P., München 2 NO, 1934.

Gerhard Starke:
„N.S.B.O. und Deutsche Arbeitsfront"
Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Berlin 1934.

Eugen Hadamovsky:
„Propaganda und nationale Macht"
Verlag G. Stalling-Oldenburg, 1933. —

Dr. Hans A. Münster:
„Zeitung und Politik"
Universitätsverlag Robert Noske, Leipzig C 1, 1935.

Theodor Lüddecke:
„Die Tageszeitung als Mittel der Staatsführung"
Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, 1933.

„Deutsche Presse"
Zeitschrift des Reichsverbandes der Deutschen Presse, Berlin. Sonderausausgabe zum 2. Reichspressetag.

B. Ehrenreich:
„Marine-S.A.", das Buch einer Formation.
Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, 1935.

Gau-Presseamt Hessen-Nassau:
„Das erste Presse-Kameradschaftslager der N.S.D.A.P."
G.P.A., Frankfurt a. M., 1934.

Sonderausgaben
der parteiamtlichen Blätter in den Gauen

Auflage der März-Folge: 1225000

Nachdruck, auch auszugsweise, nur m. Genehmigung d. Schriftl. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter, Hauptschulungsamt. Hauptschriftleiter u. verantwortl. f. d. Gesamtinhalt: Franz H. Woweries, M.d.R., Berlin W 57, Potsdamer Str. 75, Fernruf B 7 Pallas 0012. Verlag: Zentralverlag der N.S.D.A.P. Franz Eher Nachf. G.m.b.H., Berlin SW 68 Zimmerstraße 88 Fernruf A 1 Jäger 0022 Druck: M. Müller & Sohn K.G., Berlin SW 68.

DER SCHULUNGSBRIEF



mit seinem in jeder Beziehung wertvollen Inhalt ist heute das wichtigste Organ der NSDAP. für weltanschauliche Erziehung. In Wort und Bild ist jede Folge also von dauernder Gültigkeit. Ein Grund mehr, um sowohl die bisher erschienenen als auch von Anfang an den Jahrgang 1936 pfleglich zu behandeln und in der würdigen und dauerhaften

SAMMELMAPPE

aufzubewahren. Dann sind sie immer griffbereit als Handbuch nationalsozialistischer Weltanschauung.

Bestellen Sie auf dem Dienstweg die Schulungsbrief-Sammelmappen 1934-1936, die geschmackvoll aussehen, einfach, gediegen und mit ihrer Klemmnadelheftung sehr praktisch sind.

Preis: RM. 1,50 pro Mappe

Titelseite: Kaiser Maximilian I.
Holzschnitt von Albrecht Dürer